



Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum
20. Juli 2023, Stadthalle Gunzenhausen

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Frauen und ihr Weg in die Rathäuser – Inspiration und Unterstützung in der Podiumsdiskussion. V.l.: Moderatorin Constanze von Hassel, Chefredakteurin der Bayerischen Gemeindezeitung; Kathrin Alte, 1. Bürgermeisterin Anzing; Irene Biebl-Daiber, 1. Bürgermeisterin Bernau am Chiemsee; Heike Faltermeier, 1. Bürgermeisterin Bruck i. d. Oberpfalz; Carmen Pepiuk, 1. Bürgermeisterin Trabitz sowie Katrin Albsteiger, Oberbürgermeisterin von Neu-Ulm.
Bilder: Sebastian Franz

KPV-Kongress für CSU-Kommunalpolitikerinnen:

Strukturen und Netzwerke

Wie wichtig Frauenförderung ist, um einen erhöhten Frauenanteil in der CSU und der bayerischen Kommunalpolitik zu generieren, hat am Weltfrauentag ein KPV-Kongress explizit für CSU-Kommunalpolitikerinnen gezeigt. Organisiert von der KPV-Frauenbeauftragten und Leiterin der KPV-Initiative „Starke Kommunalpolitikerinnen braucht das Land“, Christine Borst, wurde die Rolle von Frauen in der Kommunalpolitik mit prominenten Gästen und erfahrenen Mandatsträgerinnen diskutiert. Es gilt, Frauen in der Kommunalpolitik verstärkt zu fördern, zu vernetzen und zu unterstützen. So ist es ein Ziel, den Frauenanteil bei den nächsten Kommunalwahlen 2026 zu erhöhen.

Unter dem Motto „Mehr Frauen braucht das Land“ leitete GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel eine Podiumsdiskussion mit den bayerischen Rathauschefinnen Katrin Albsteiger (Neu-Ulm), Kathrin Alte (Anzing), Irene Biebl-Daiber (Bernau am Chiemsee), Heike Faltermeier (Bruck i. d. Oberpfalz) und Carmen Pepiuk (Trabitz), die über ihren Weg ins Rathaus berichteten und Impulse für die kommenden Kommunalwahlen gaben. Ergänzend informierten die stellvertretende

hauschefinnen, darunter eine von der CSU. Genauso verhält es sich bei den Oberhäuptern der 25 kreisfreien Städte in Bayern. Und auch von den 71 Landräten in Bayern sind lediglich sieben weiblich, davon 3 CSU-Mitglieder.

Generelle Familienunfreundlichkeit

Als Gründe für die hartnäckige Unterrepräsentanz wurden der enorme Zeitaufwand und (Fortsetzung auf Seite 4)

Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags:

Flüchtlingskrise und Kinderarmut bekämpfen

Die Entlastung der Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten darf aus Sicht des Deutschen Städtetags nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden. Viele Kommunen kämen zunehmend an ihre Grenzen. Bund und Länder seien jetzt in der politischen Verantwortung. Verbandspräsident Markus Lewe forderte nach einer virtuellen Sitzung des Präsidiums „ein dauerhaftes Konzept statt immer neuem Verhandlungs-Ping-Pong“.

Für Lewe kommt das Bund-Länder-Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz im Mai sehr spät. Jeder Tag ohne klare Zusagen, auch finanzielle, bringe die Städte weiter in Bedrängnis. Mehr finanzielle Unterstützung für die Kommunen sei zwar wichtig, jedoch werde Geld allein den Städten bei den aktuellen Herausforderungen nicht helfen. Der Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine habe gezeigt, dass sich die Zahl von Geflüchteten, die nach Deutschland kommen, schnell und dynamisch entwickeln kann.

Es geht um viel mehr

Der Präsident plädierte für ein umfassendes und dauerhaft gültiges Konzept für die Unterbringung, aber auch für die Integration von Geflüchteten. Kurzfristig eine Unterkunft für immer mehr Schutzsuchende zu finden, sei schon eine große Herausforderung. Es gehe aber um viel mehr. Es gehe um Kita- und Schulplätze, Wohnraum, Perso-

Für Humanität und Ordnung in der Flüchtlingspolitik

Kommunalgipfel der CDU/CSU mit über 200 Bürgermeistern und Landräten

Noch nie haben so viele Menschen in Deutschland Schutz vor Krieg und politischer Verfolgung gesucht wie im vergangenen Jahr. Das bleibt nicht ohne Folgen: Die Aufnahmekapazitäten stoßen vielerorts an ihre Grenzen, bisweilen sind sie sogar überschritten. Die CDU/CSU-Fraktion zeigte jetzt Flagge für die Kommunalpolitiker und lud Vertreter aller Parteien aus ganz Deutschland zum Kommunalgipfel nach Berlin. Am „offenen Mikrofon“ schilderten Bürgermeister und Landräte die Lage vor Ort: Es mangelt sowohl an Plätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen als auch an bezahlbarem Wohnraum für diejenigen Menschen, die länger oder dauerhaft in Deutschland bleiben. Für die Kinder fehlen Kita- und Schulplätze.

Die steigende Zahl der Migranten bringe das Land „an die Grenzen dessen, was die Gesellschaft noch bereit ist zu akzeptieren“, betonte der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Friedrich Merz. Man werde sich auch zusammen mit der Bundesregierung um Abhilfe bemühen. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt erklärte, es gehe nicht allein ums Geld, sondern auch darum, Humanität vor Ort noch zu ermöglichen.

Merz zufolge wurden im vergangenen Jahr zusätzlich rund 244.000 Asylanträge gestellt. Monatlich sind es derzeit 30.000, was aufs Jahr hoch-

gerechnet weit über 300.000 bedeuten würde. Auch zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte und zur Genfer Flüchtlingskonvention bekennt sich die Unionsfraktion. Doch gelte es zu beachten, dass die Infrastruktur Deutschlands nur auf rund 80 Millionen Menschen ausgelegt ist und nicht auf 84 Millionen – die höchste Einwohnerzahl, die das Statistische Bundesamt je gemessen hat.

Positionspapier

Die CDU/CSU-Fraktion tritt für Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik ein.

Ein gleichnamiges Positionspapier stellte Landesgruppenchef Dobrindt auf dem Kommunalgipfel vor. Darin plädiert die Union einerseits für die Begrenzung der irregulären Migration, andererseits für die Trennung von Asylverfahren und Arbeitsmigration. Von der Koalition erwartet die CDU/CSU, dass sie keine Anreize für eine zusätzliche Migration nach Europa setzt. Staaten, aus denen nur wenige Asylbewerber kommen, sollen als sichere Herkunftsländer eingestuft werden, was Verfahrenserleichterungen mit sich bringt.

Ausreisepflichten durchsetzen

Wichtig ist der Fraktion, dass Menschen ohne Bleiberecht in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Einen entsprechenden Antrag mit dem Titel „Abschiebebehörden beseitigen, Ausreisepflichten konsequent durchsetzen“ brachte sie kürzlich in den Bundestag ein. Ende vergangenen Jahres waren über (Fortsetzung auf Seite 4)



Größes Engagement investieren die KPV-Frauenbeauftragte Altbürgermeisterin Christine Borst und die Landesvorsitzende der Frauen-Union, Staatsministerin Ulrike Scharf, in ihren Plan, den Frauenanteil auf allen Ebenen in der Politik zu stärken.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

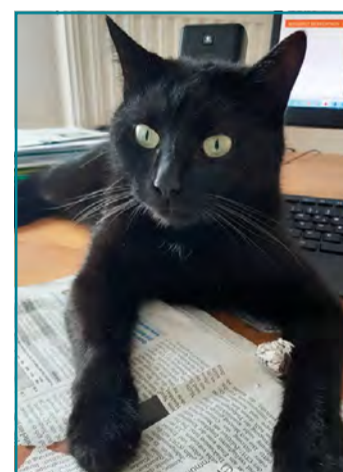
Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Generalsekretärin der CSU, Tanja Schorer-Dremel (MdL), sowie die Landesvorsitzende der Frauen-Union und Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Ulrike Scharf (MdL), über Frauenförderung in der CSU.

Hartnäckige Unterrepräsentanz

Dass Frauen in der bayerischen Kommunalpolitik nach wie vor unterrepräsentiert sind, zeigen die harten Fakten: Beim Vergleich des Frauenanteils in den Landesparlamenten liegt Bayern mit 26,8 Prozent auf dem letzten Platz. Von insgesamt 238 Bürgermeisterinnen im Freistaat gehören 79 der CSU an. Unter den 29 Oberbürgermeisterinnen großer Kreisstädte gibt es gerade einmal drei Rat-



Königsbesuch in Deutschland. Für unseren Pino die Gelegenheit, Abstand von der bundesrepublikanischen Tristesse zu gewinnen. Warum aber der Bundeskanzler zum royalen Abendessen nicht erschienen ist, das liege nicht am verordneten Frackzwang. Wahrscheinlich, so mutmaßt der Kater, hätte er lediglich vergessen, wo die Einladungskarte liegt. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayerischer Landtag: 71 Mrd. Euro-Haushalt	Seite 2
Bayerns Herz schlägt für's Ehrenamt	2
BKG-Umfrage: Drohender Versorgungsengpass	3
GZ-Kolumne Christoph Göbel: Wohnortnahe, kostenlose Beratung	3
Für ein Umdenken in der Impfpolitik	3
Führerscheinentzug: SEN gegen Zwangsuntersuchungen	3
Breitband · KT · IT · Arbeitsplatz Kommune	5 - 9
Umwelt · Abfall	10 - 11
Kommunalfahrzeuge	12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Beschluss des Bayerischen Landtags:

71 Mrd. Euro-Haushalt

Der Bayerische Landtag hat den Einzelhaushalt für 2023 auf den Weg gebracht. Insgesamt umfasst der Staatshaushalt 71,2 Mrd. Euro gegenüber 71,1 Mrd. Euro für 2022. Die Investitionsausgaben belaufen sich auf 10,3 Mrd. Euro, das entspricht einer Investitionsquote von 14,4 Prozent. Anders als in den Corona-Jahren zuvor sind neue Schulden nicht vorgesehen. Für die Schuldentilgung sind lediglich 50 Mio. Euro eingeplant. Die Staatsregierung will heuer allerdings rund 3 Mrd. Euro aus der Rücklage entnehmen.

Die Energiekrise infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, die Rekordinflation aufgrund stark gestiegener Energiepreise, die noch nicht überwundene Corona-Pandemie und eine sich abzeichnende Rezession im Jahr 2023 führen zu hohen Unsicherheiten im Hinblick auf die weitere konjunkturelle Entwicklung. Aufgrund dessen wurde – ebenso wie im Jahr zuvor – auch für das Haushaltsjahr 2023 ein Ein-Jahres-Haushalt aufgestellt.

Unterstützung für den Breitbandausbau

Im Bereich Finanzen und Heimat mit einem Gesamtetat von 3,1 Mrd. Euro unterstützt die CSU-Fraktion insbesondere den Breitbandausbau. Mit zusätzlichen 200 Mio. Euro wird der Aufbau einer flächendeckenden gigabitfähigen Infrastruktur gefördert. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Heimatpolitik. Sie umfasst nicht nur rund 13 Mio. Euro zur Stärkung der Heimatpflege und regionalen Identität, sondern auch 158 Mio. Euro für Bayerns Schlösser, Gärten und Seen.

Im Bereich Bildung mit einem Gesamtetat von 14,8 Mrd. Euro setzt sich die CSU-Fraktion für mehr Personal und eine Stärkung der Digitalisierung an Bayerns Schulen ein. Insgesamt werden 1.602 neue Stellen an den Schulen geschaffen. 86,1 Mio. Euro werden in die Bayern-Cloud Schule, die IT-Administration und das Pilotprojekt „Digitale Schule der Zukunft“ investiert. Zur Unterstützung der Lehrkräfte durch Schulassistenten, Differenzierungskräfte und Drittkräfte nimmt der Freistaat insgesamt 41,8 Mio. Euro in die Hand.

Der Etat für Wissenschaft und Kunst beläuft sich auf insgesamt 8,7 Mrd. Euro, nach 8,4 Mrd. in 2022 ein neuer Höchststand für dieses Ressort. Einen Schwerpunkt setzt die Fraktion dabei erneut auf die Hightech-Agenda mit 597,5 Mio. Euro in 2023. Insgesamt werden mit der Hightech-Agenda und der High-

tech-Agenda Plus bis zum Ende der Legislatur damit rund 3,5 Mrd. Euro in die Zukunft Bayerns investiert; 1,9 Mrd. entfallen dabei auf Wissenschaft und Forschung an den Hochschulen. Ein deutliches Plus gibt es auch für Kunst und Kultur im Freistaat. Für die Förderung von Theatern, Orchestern, Musik- und Laienmusik, Museen, Festivals, Literatur und Kunst werden insgesamt 758,6 Mio. Euro bereitgestellt. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein deutlicher Zuwachs von 55,5 Mio. Euro.

Stärkung von Familien

Im Ressort Familie und Soziales mit einem Gesamtetat von 7,59 Mrd. Euro (+2,7 Prozent) liegt das Augenmerk auf der Stärkung von Familien. Die Förderungen für Kindertageseinrichtungen betragen auch dieses Jahr über 2,9 Mrd. Euro. Die Mittel schließen die Betriebskostenförderung, den Beitragszuschuss, das Krippengeld sowie Mittel für die Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung mit ein. Mit der Erhöhung des Etats für das Bayerische Familiengeld auf 785,5 Mio. Euro wird auf die steigenden Geburtenzahlen reagiert. Im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder erhöht die CSU-Fraktion die Mittel auf 16,3 Mio. Euro.

Im Ressort Inneres mit einem Gesamtetat von 7,3 Mrd. Euro (+6,7 Prozent) setzt die CSU-Fraktion einen Schwerpunkt im Bereich Sicherheit, um den im Bundesvergleich besten Sicherheitsstandard zu erhalten. Wesentlicher Bestandteil ist hier der weitere Stellenaufwuchs um 500 Stellen bei der bayerischen Polizei, so dass 2023 das Ziel von 45.000 Stellen erreicht wird. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Sportförderung mit 81,6 Mio. Euro. Hierunter fällt auch die Erhöhung der Vereinspauschale.

Für Wohnen, Bau und Verkehr wurde ein Etat in Höhe von insgesamt 5,98 Mrd. Euro beschlossen, mit einem Plus ge-

genüber 2022 von 1,29 Mrd. Euro. Im Vordergrund stehen dabei die Mobilität und die Wohnraumförderung. Für die Mobilität werden zum einen die Mittel für den öffentlichen Nahverkehr weiter erhöht, sie steigen um 237,5 Mio. auf insgesamt 1,7 Mrd. Euro. Gleichzeitig werden auch die Gelder für Staatsstraßen massiv erhöht, hier gibt es ein neues Rekordniveau in Höhe von insgesamt 498 Mio. Euro. Für mehr Wohnraum im Freistaat werden 784 Mio. Euro in die staatliche Wohnraumförderung investiert, so viel wie noch nie zuvor. Mit dem kommunalen Wohnraumförderungsprogramm, der Studentenraumförderung und der Bayerischen Holzbauförderung wird im Staatshaushalt erstmals eine Wohnungsbaumilliarde erreicht.

Bei einem Gesamtetat von über 2,9 Mrd. Euro (+3,4 Prozent) im Bereich Justiz setzt die CSU-Fraktion besonders auf Investitionen in die Leistungsfähigkeit: Im Mittelpunkt stehen hier 150 neue Stellen für Richter, Staatsanwälte und weitere Justizbeschäftigte, die weitere Digitalisierung der Justiz (125,5 Mio. Euro) sowie der Neubau des Strafjustizentrums München, der JVA Passau und der JVA Marktredwitz.

Kulturlandschaftsprogramm

Für den Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurden insgesamt 1,8 Mrd. Euro freigegeben. Besonderer Schwerpunkt ist dabei das Kulturlandschaftsprogramm (KuLaP) mit 337,2 Mio. Euro, um freiwillige umweltschonende Bewirtschaftungsmaßnahmen für mehr Arten- und Naturschutz sowie die Biodiversität zu finanzieren. Neu ist die Erweiterung der Mehrgefahrenversicherung auf Ackerbau und Grünland. Mit 17,0 Mio. Euro werden Landwirte vom Freistaat unterstützt, wenn sie sich gegen Ernteaufwände aufgrund von Naturkatastrophen versichern. Um den ländlichen Raum zu stärken und attraktiv zu gestalten, werden 108,4 Mio. Euro an Landesmitteln in die Dorferneuerung investiert.

Schwerpunkt Erneuerbare Energien

Im Ressort Wirtschaft mit einem Gesamtetat von 1,76 Mrd. Euro setzt die CSU-Fraktion Schwerpunkte im Bereich Erneuerbare Energien. Mit insgesamt 15 Mio. Euro wird dabei die Geothermie unterstützt. Um das Handwerk weiter zu stärken, werden 60 Mio. Euro für den Meisterbonus zur Verfügung ge-

Hauptamt stärkt Ehrenamt

Deutscher Landkreistag veröffentlicht Handreichung

Gemeinsam mit 18 Landkreisen hat der Deutsche Landkreistag im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung das Verbundprojekt „Hauptamt stärkt Ehrenamt“ durchgeführt. Nun liegt der Abschlussbericht vor. Die Erkenntnisse aus der Praxis sollen anderen Landkreisen als Basis für Aufbau und Fortentwicklung eigener Strukturen zur Ehrenamtsförderung dienen.

Die Handreichung beschäftigt sich im ersten Schritt mit einer Bestandsaufnahme („Wo bestehen welche Unterstützungsbedarfe?“), um darauf aufbauend konzeptionelle Hinweise für die organisatorische Umsetzung zusammenzutragen („In der Kreisverwaltung oder außerhalb?“, „Stabsstelle oder Amt?“). In einem weiteren Teil widmet sich die Ausarbeitung der Zielgruppendefinition, den digitalen Möglichkeiten einer aktiven Ansprache des Ehrenamts und der Einbindung externer Akteure. Dabei werden auch besondere Zielgruppen in den Blick genommen,

stellt. Hierbei soll ein Anreiz zur beruflichen Weiterbildung zum Meister gegeben werden.

Bereich Umwelt

Im Bereich Umwelt mit einem Gesamtetat von 1,17 Mrd. Euro wird besonderer Wert auf Naturschutz und Landschaftspflege, Klima- und Hochwasserschutz sowie Artenschutz und Biodiversität gelegt. Insgesamt 162 Mio. Euro werden für Naturschutz und Landschaftspflege investiert. In den Bau von Wasserversorgungsanlagen und in die Sanierung von Wasserleitungen wird die Rekordsumme von rund 166 Mio. Euro veranschlagt. Darüber hinaus stehen in diesem Jahr allein für den Umweltbereich insgesamt knapp 92 Mio. Euro für Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung.

Wohnortnahe Pflege

Mit einem Gesamtetat von 876,3 Mio. Euro im Bereich Gesundheit und Pflege liegt das Augenmerk auf wohnortnaher Pflege und dem Bereich Geburtshilfe. Heuer können mit 54 Mio. Euro 1.000 Pflegeplätze gefördert werden. Die Finanzmittel für das Bayerische Landespflegegeld werden auf hohem Niveau in Höhe von 430 Mio. Euro fortgeschrieben. Für die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Hebammenhilfe und dem Defizit ausgleich für Abteilungen der Gynäkologie und Geburtshilfe an Krankenhäusern investiert der Freistaat 28 Mio. Euro. Dazu kommen 643 Mio. Euro für den Bereich der Krankenhausbauinvestitionen, die im kommunalen Finanzausgleich veranschlagt sind.

Im Bereich Digitales mit einem Gesamtetat von 115 Mio. Euro unterstützt die CSU-Fraktion den weiteren Ausbau der digitalen Verwaltung. 36,7 Mio. Euro sind dafür im Haushalt eingestellt. Die bayerische Film- und Computerspielbranche wird mit weiteren 33 Mio. Euro gefördert.

Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker sprach von einem „soliden und transparenten Haushalt“. Im Mittelpunkt stünde die finanzpolitische Stabilität in Krisenzeiten und zukunftsgerichtete Investitionen: in Bildung, bezahlbaren Wohnraum, Mobilität und Infrastruktur auf Straße und Schiene sowie Wissenschaft und Forschung im Hightech-Land Bayern. Der kommunale Finanzausgleich 2023 erreicht laut Füracker ein Rekordniveau von erstmals über 11 Mrd. Euro. „Für die bayerischen Kommunen stehen damit insgesamt über 20 Mrd. Euro bereit. Somit fließt mehr als jeder vierte Euro an die Städte und Gemeinden“, unterstrich der Minister. **DK**

GZ

Akademie

GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Social Media für Kommunen

9. Mai 2023, 14:00 - 16:30 Uhr

Über die Nutzung von Sozialen Netzwerken wird viel diskutiert. Was ist für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sinnvoll zu nutzen? Wovon hängt es ab, wie Informationen an die Öffentlichkeit getragen werden? Und wie sollen Politiker und Verwaltungen agieren? Der Vortrag öffnet Gedanken und Wege der Social Media-Nutzung und der sinnvollen Alternativen. Diskutieren Sie mit!

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Bildrechte und DSGVO

Teil 1: 13. Juni 2023, 14:00 - 16:30 Uhr

Teil 2: 11. Juli 2023, 14:00 - 16:30 Uhr

Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht in die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 290,- € zzgl. MwSt.



Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum

20. Juli 2023, 9:00 - 16:30 Uhr

Stadthalle Gunzenhausen, Isle-Platz 1, 91710 Gunzenhausen

Das Bayerische EnergieForum findet bereits zum 14. Mal statt! In diesem Jahr bündeln wir unsere Kräfte und schließen uns mit unserer Schwester-Veranstaltung, dem Bayerischen WasserkraftForum zusammen. Die Foren finden in zeitlicher Nähe zu den Bayerischen Energietagen statt.

Als Hauptredner zugesagt hat Hubert Aiwanger, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, der die Bayerische Gemeindezeitung als Unterstützerin der Energiewende in Bayern auszeichnet.

Das Bayerische EnergieForum und das Bayerische WasserkraftForum sind DIE Fachveranstaltungen für bayerische kommunale Entscheiderinnen und Entscheider, die in ihren Heimatgemeinden und -städten mit Energie- und Klimaschutzthemen betraut sind.

Anmeldung: www.bayerisches-energieforum.de

Teilnahmegebühr: Für Kommunalvertreter kostenfrei, Abonnetten 55,- Euro, Wirtschaftsvertreter 95,- Euro (jeweils zzgl. MwSt.)

GEMA-Gratisticket als Entlastung für Vereine:

Bayerns Herz schlägt für's Ehrenamt

Der Freistaat übernimmt künftig die GEMA-Gebühren für zwei Veranstaltungen pro Verein pro Jahr. Davon profitieren alle ehrenamtlichen Organisationen. Ehrenamtsministerin Ulrike Scharf und Georg Oeller, Vorstandsmitglied der GEMA, unterzeichneten im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales die entsprechende Vereinbarung.

Bayerns Ehrenamtsministerin Ulrike Scharf betont: „Mehr Zeit fürs Miteinander, weniger Bürokratie, weniger Kosten – das GEMA-Gratisticket entlastet gezielt unsere bayerischen ehrenamtlichen Organisationen. Bayerns Herz schlägt für das Ehrenamt! Gemeinsam ist Bayern stark!“

Ehrenamtsbeauftragte Eva Gottstein, MdL freut sich: „Mit dem neuen Vertrag sorgt der Freistaat für einen echten Schub für das Ehrenamt in Sachen Fest- und Feiern und unterstützt damit Bayerns Vereine vorbildlich!“

Die Vereine können ihre Ver-

anstaltungen auf dem Portal der GEMA anmelden. Der Freistaat deckt damit die Kosten für alle Vereine ab, also für jene mit und ohne bestehenden GEMA-Rahmenvertrag. Die Vereinbarung gilt für Veranstaltungen von Vereinen, die keinen Eintritt kosten, mit Tonträgern und mit Livemusik, im Innen- und im Außenbereich – bei einer Maximalfläche von 300 Quadratmetern. Die Mittel, die der Freistaat aufwendet, wurden nochmal um eine Million jährlich Euro erhöht und betragen nun insgesamt 2,5 Millionen Euro jährlich.

einen Schritt weiter. Hier stehen einzelne Vereine mit ihren individuellen Problemlagen im Mittelpunkt. 30 Vereine unterschiedlicher Größe und Art bekommen passgenau auf sie zugeschnittene Workshops – draußen, vor Ort, in ihrer Gemeinde. Am Ende des Projekts steht die Erarbeitung eines möglichst allgemeingültigen Modells zum individuellen Coaching von Vereinen, das in Form eines Leitfadens veröffentlicht werden soll.

Das Verbundprojekt hat nach Auffassung des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Landkreistages, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, gezeigt, dass nicht nur auf Landkreisebene, sondern auch bei Bund, Ländern und Gemeinden ehrenamtsunterstützende Strukturen wichtig sind. „Die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements ist keine Sparten-, sondern eine Querschnittsaufgabe aller Ebenen. Auch bestätigt sich, dass die vielen Institutionen, Organisationen und Personen, die das ehrenamtliche Engagement stärken wollen, miteinander in Austausch treten und zusammenarbeiten müssen. Auch hierzu will die Handreichung einen Beitrag leisten.“

Wichtig sei es, das ehrenamtliche Engagement durch das kommunale Hauptamt zu unterstützen und zu entlasten. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Fridolin Zehner
97517 Rannungen
am 14.4.

Bürgermeister Alfons Haf
87459 Pfronten
am 17.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erwin Losert
86836 Obermeitingen
am 7.4.

Bürgermeisterin Christine Moser
84384 Wittibreut
am 11.4.

Bürgermeister Harald Hofmann
97720 Nüdlingen
am 12.4.

Bürgermeister Harald Mundl
85258 Weichs
am 12.4.

Bürgermeister Bruno Sauter
87538 Fischen
am 12.4.

Bürgermeister Kurt Krömer
90547 Stein
am 14.4.

Bürgermeister Reimund Voß
97647 Willmars
am 17.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Panten
94365 Parkstetten
am 13.4.

Bürgermeister Josef Huber
83119 Obing
am 14.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Matthias Bäuerlein
96181 Rauhenebrach
(Untersteinach)
am 10.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Christian Holzemer
97833 Frammersbach
am 12.4.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Sven Dietrich
95183 Trogen
am 13.4.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

BKG-Umfrage zum Bayerischen Krankenhaustrend 2023:

Drohender Versorgungsengpass

Bund und Länder arbeiten derzeit intensiv an einer umfassenden Krankenhausreform. Zwar ist die konkrete Ausgestaltung derzeit offen; dass die Pläne auch die stationäre Versorgung im Freistaat verändern werden, scheint jedoch unausweichlich. Wie die Verantwortlichen in den bayerischen Krankenhäusern auf die Vorschläge der Regierungskommission für eine Krankenhausreform blicken und wie die aktuellen Hilfsinstrumente wirken, geht aus der Umfrage zum 14. Bayerischen Krankenhaustrend (BKT) hervor, deren Ergebnisse im Münchner Presseclub vorgestellt wurden. Zudem erhob die BKG auch in diesem Jahr die derzeitige wirtschaftliche Situation der bayerischen Krankenhäuser sowie umfangreiche Daten zur Lage in den Krankenhäusern.

Laut BKG-Umfrage rechnen 89 Prozent der Kliniken in Bayern mit zum Teil immensen Verlusten in Millionenhöhe. Für 2022 erwarten 71 Prozent ein Defizit, das Jahr zuvor hatte etwa jedes zweite Krankenhaus im Freistaat rote Zahlen geschrieben und die Höhe der Defizite durch pandemiebedingte Ausgleichszahlungen einigermaßen in Grenzen halten können.

Personalmangel führt zu eingeschränkter Behandlungsmöglichkeiten

Die Befragten gaben an, dass aufgrund von Personalmangel ca. 7.400 Betten nicht betrieben werden können; auf Bayern hochgerechnet wären dies über 11.000 Betten, also nahezu jede siebte Behandlungsmöglichkeit. Davon sind 800 Intensivbetten und 600 Betten auf pädiatrischen Abteilungen betroffen.

Auf die Frage, ob die angekündigte Krankenhausreform zu einer qualitativ besseren Versorgung führt, antworteten 63 Prozent der Befragten mit „nein“, 33 Prozent mit „teils/teils“, und 4 Prozent mit „ja“. Dass eine umfassende Krankenhausreform ohne hohe zusätzliche Finanzmittel gelingen kann, glauben 2 Prozent der Befragten, während 84 Prozent dies verneinten.

Steigende Betriebskostendefizite

75 Prozent der bayerischen Krankenhausverantwortlichen schätzen die wirtschaftliche Situation ihrer Einrichtungen in den kommenden zwei bis drei Jahren als „eher schlecht bis sehr schlecht“ ein. Als größte Herausforderungen der nahen Zukunft sehen Bayerns Klinikmanager vor allem den Fachkräftemangel, weiter steigende Betriebskostendefizite, eine permanente Unsicherheit durch politische Rahmenbedingungen, eine ausufernde Bürokratie, mangelnde Investitionsmittel sowie den Digitalisierungsschub. „Bayerns Krankenhauslandschaft ist gefährdet. Fehlender

Inflationsausgleich der Betriebskosten, Fachkräftemangel und eine Verunsicherung durch die Bundespolitik treiben unsere Kliniken im ganzen Freistaat in eine dramatische Situation und gefährdet die Versorgung“, unterstrich Landrätin Tamara Bischof, 1. Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft. „Wenn 89 Prozent der Krankenhäuser Defizite verkraften müssen, ist dies ein völliges Versagen des Finanzierungssystems und nicht die Schuld der Verantwortlichen vor Ort. Jetzt gilt es, die Finanzierung der Kliniken zu sichern, um Insolvenzen und dramatische Versorgungslücken zu vermeiden. Dann gilt es, eine Reform zu entwickeln, die die Interessen der Patientinnen und Patienten sowie der Beschäftigten in den Kliniken in den Mittelpunkt stellt. So ein Reformprozess bedarf mehr Zeit und eine breitere Einbindung der Verantwortlichen in den Kliniken“, betonte Bischof. Dass die Träger dauerhaft Millionenverluste ausgleichen, sei keine Option. Bereits jetzt müssten Landkreise und Städte Investitionen beispielsweise in Schulen zurückstellen, um Klinik-Defizite auszugleichen.

Gemeinsame Reformziele

Aus Sicht der BKG sollte vor einer Detailausarbeitung von Levels, Leistungsgruppen und einer völlig neuen Finanzierung zunächst eine gemeinsame Basis zu den Zielen der Reform mit Einbindung der Praktiker gefunden werden. „Die enorme Komplexität wird derzeit von der Regierungskommission unterschätzt und die Auswirkungen der theoretischen Reformideen auf die Versorgungspraxis nicht ausreichend bedacht“, machte die Landrätin deutlich.

Der Geschäftsführer der Kliniken Dr. Erler Nürnberg, Markus Stark, der als 1. Vorsitzender des Verbandes der Privatkrankenanstalten in Bayern e. V. (VPKA) zugleich als Vertreter vieler Klinikverantwortlichen in ganz Bayern spricht, machte darauf aufmerk-

sam, dass die fest vom Bund versprochenen Finanzhilfen zum Ausgleich der horrenden Energiepreise und Inflationskosten nicht bei den Krankenhäusern ankommen. „Aus dem sogenannten Härtefallfonds wurden im vierten Quartal 22 nur weit unter 10 Prozent der für diesen Zeitraum vorgesehenen Mittel an die Kliniken aufgrund falscher Bezugsdaten und komplizierter Detailregelungen ausbezahlt. Die Hilfsfondsgelder müssen schnellstmöglich wie versprochen vollständig in den Kliniken ankommen.“

Defizit monatlich über 100 Millionen Euro

Wegen des fehlenden Inflationsausgleichs und der Probleme mit dem Hilfsfonds des Bundes summieren sich derzeit die Defizite in nahezu allen Krankenhäusern. Bayernweit beträgt das Defizit bereits monatlich über 100 Millionen Euro.

„Auf vage Aussagen aus der Bundespolitik können wir uns nicht mehr verlassen. Wir haben kein Vertrauen mehr, weil blumigen Worten bisher nicht die passenden Taten folgen. Die Kliniken müssen verbindlich ihre Rechnungen bezahlen und ihre Beschäftigten auch entlohnen können“, unterstrich BKG-Geschäftsführer Roland Engehausen.

Reformpapier schafft neue Versorgungsengpässe

Die Verantwortlichen in den Krankenhäusern seien von der Notwendigkeit einer grundlegenden Krankenhausreform und Neuordnung der Klinikfinanzierung überzeugt. Das von der Regierungskommission vorgelegte Reformpapier würde aber keine Probleme lösen, sondern neue Versorgungsengpässe – insbesondere im ländlichen Raum – schaffen sowie die Aus- und Weiterbildung in den Kliniken gefährden. Der kalte Strukturwandel werde nicht gestoppt, sondern allenfalls durch einen technologischen Strukturwandel nach einer starren bundesweiten Schablone ersetzt. „Die Krankenhäuser in

ÄFI-Positionspapier:

Für ein Umdenken in der Impfpolitik

Die Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie waren einseitig ausgerichtet: Die Massenimpfungen sollten unbedingt durchgesetzt werden, obwohl ihre Wirksamkeit und Sicherheit nur unzureichend untersucht worden waren. Die Ärztinnen und Ärzte für individuelle Impfentscheidung e. V. (ÄFI) fordern eine fachwissenschaftliche Aufarbeitung, evidenzbasierte Impfempfehlungen und eine Neuausrichtung von RKI, STIKO und PEI.

Mit Beginn der Corona-Pandemie wurden Impfungen zum entscheidenden Mittel der Pandemiebewältigung erklärt. Die Zulassung der modRNA-basierten Impfstoffe verletzte jedoch bewährte Standards: Beschleunigte Verfahren für eine bedingte Zulassung suggerierten Sicherheit, obwohl der Nachweis hierfür vorab und bis heute nicht erbracht wurde.

Unzureichende Daten

Die Impfstrategie in Deutschland beruhte auf unzureichenden und teilweise falschen Daten zu Infektionen und Erkrankungen. Die Auswirkungen der neuartigen Impfstoffe werden erst nach und nach verstanden. Der Einfluss des auf der Basis von eingebrachter modRNA und im Organismus hergestellten Spike-Proteins auf Gefäßrezeptoren könnte ursächlich für die zahlreichen beobachteten Nebenwirkungen bzw. für das sogenannte Post-Vac-Syndrom sein.

Liebe Leserinnen und Leser,

früher war alles ganz simpel, möchte man meinen. Eltern zogen ihre Kinder auf, vor allem Mütter widmeten lange Jahre ihres Lebens dem Nachwuchs – und dieser übernahm im Gegenzug später die Pflege der Eltern. Veränderte Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, ein größerer Bewegungsradius, hoher Siedlungsdruck und neue Lebensentwürfe entzerrten jedoch zunehmend das klassische Mehrgenerationen-Modell. Heute ist es nicht mehr selbstverständlich, seinen Lebensabend im Kreise der Familie oder zumindest in den eigenen vier Wänden zu verbringen. Und doch ist das der Wunsch der allermeisten Menschen.

Daher setzen wir in der Seniorenarbeit im Landkreis München einen starken Fokus auf die

Wohnortnahe, kostenlose Beratung

Sicherstellung der häuslichen Versorgung. Ergänzend zu den vielen Unterstützungsangeboten, angefangen bei der aufsuchenden Seniorenberatung, der Fachstelle für pflegende Angehörige bis hin zum Postpatenprojekt ist vor kurzem eine weitere wichtige Säule errichtet worden: der Pflegestützpunkt.

Oft tritt eine Pflegebedürftigkeit ganz plötzlich und unerwartet ein und stellt Betroffene wie Angehörige vor eine schwierige Situation. Fragen zu Organisation der Pflege und zu deren Finanzierung stehen dabei meist an erster Stelle. Ich bin sehr froh darüber, dass den Bürgerinnen und Bürgern im Landkreis München seit Anfang März für diese und viele andere Anliegen rund

KOLUMNE Christoph Göbel



um das Thema Pflege mit dem Pflegestützpunkt ein neues kostenloses Beratungsangebot zur Verfügung steht.

Die Mitarbeitenden unterstützen Ratsuchende beispielsweise bei der Organisation einer individuellen, passgenauen pflegerischen Versorgung im eigenen häuslichen Bereich, sie finden die passenden Dienstleistungen für sie heraus und sparen ihnen dadurch Zeit und lange Wege. Die Beantragung von finanziellen Leistungen, von Zuschüssen für den behindertengerechten Umbau der Wohnung oder eines Pflegegrads sind ebenso Fragen, die im Pflegestützpunkt geklärt werden können, wie die Vorbereitung auf den Besuch des medizinischen Dienstes und vieles andere mehr. Auch wenn die Möglichkeiten der häuslichen Versorgung erschöpft sind, gibt es Rat und Unterstützung. Betroffene können sich sowohl in den Räumlichkeiten des Stützpunkts als auch in der eigenen häuslichen Umgebung beraten lassen.

Das Angebot richtet sich aber nicht nur an Seniorinnen oder Senioren oder deren Angehörige. Alle Bürgerinnen und Bürger, die Beratung zum Thema Pflege benötigen, also beispielsweise auch Menschen mit einer Behinderung, können sich an die Fachkräfte wenden.

Die Kosten für den Pflegestützpunkt tragen zu zwei Dritteln die Kranken- und Pflegekassen und zu einem Drittel der Bezirk Oberbayern sowie der Landkreis München. Ich bin mir sicher, dass dieses neue Angebot als weiterer Beratungsbaukasten rund um das Thema Pflege und Senioren schon bald nicht mehr wegzudenken ist und für die Bürgerinnen und Bürger eine große Unterstützung sein wird.

Wer sich für die Arbeit des Pflegestützpunktes interessiert findet dazu unter www.landkreis-muenchen.de weitere Informationen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Christoph Göbel

Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises München

Bayern fordern einen bedarfsgerechten Strukturwandel, der die regionale Versorgungssituation berücksichtigt“, hob Engehausen hervor und ergänzte: „Wir hoffen auf deutliche Nachbesserungen in den laufenden Bund-Länder-Gesprächen.“

Forderungen an den Freistaat

Die Krankenhäuser in Bayern richten ihre Forderungen im diesjährigen Bayerischen Krankenhaustrend nicht nur an die Bun-

despolitik, sondern auch an die Landespolitik. Konkret erwarten sie neben einem Entbürokratisierungsprogramm die weitere Beschleunigung der Anerkennungsverfahren für Fachkräfte aus dem Ausland, eine Erhöhung der regulären Investitionsmittel im Freistaat auf 900 Mio. Euro jährlich sowie gezielte Förderprogramme für Nachhaltigkeitsmaßnahmen und ein breites Aktionsprogramm zur Fachkräftegewinnung im Krankenhaus- und Gesundheitswesen.

DK

des Deutschen Bundestages zur Bewertung der Impfprogramme und ihrer Durchsetzung.

- Das RKI muss aus der politischen Abhängigkeit herausgelöst werden, um seinem wissenschaftlichen Auftrag nachkommen zu können.

- Die STIKO sollte streng wissenschaftlich, evidenzbasiert und vollständig unabhängig von politischen Vorgaben tätig sein. Ihre Unabhängigkeit sollte durch solche Mitglieder sichergestellt sein, die keine Verbindung mit der industriellen oder industriefinanzierten Entwicklung von Impfstoffen haben bzw. mindestens 10 Jahre mittelbar oder unmittelbar keinerlei Honorare durch Impfstoffhersteller bezogen haben. Die Perspektive von Patientinnen und Patienten, Bürgerinnen und Bürgern sollte durch eine stimmberechtigte und gleichgewichtete Vertretung innerhalb der STIKO gewährleistet sein.

- Die STIKO sollte ihre Impfempfehlungen für die modRNA-Impfstoffe nach evidenzbasierter Risiko-Nutzenabwägung und im Sinne des aktuellen Forschungsstandes für Säuglinge, Kinder, Jugendliche und Jung erwachsene komplett zurücknehmen, ihre Empfehlung für unter 60-Jährige der Risikogruppen „niedrig“ und „mittel“ nach WHO-Kriterien ebenfalls den Realworld-Daten anpassen.

- Die derzeit praktizierte Spontanerfassung von Impfstoffnebenwirkungen muss um eine aktive Surveillance ergänzt werden. Jeder neue Impfstoff muss in Postmarketing-Studien in Deutschland fortlaufend auf seine Wirksamkeit und Sicherheit überprüft werden, um auch seltene und gegebenenfalls schwerwiegende Nebenwirkungen erfassen zu können. Die Verarbeitung dieser Daten sollte nicht durch dieselbe Institution erfolgen, die auch – wie derzeit das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) – für die Zulassung von Impfstoffen zuständig ist.

Führerscheinentzug ab 70:

Senioren-Union strikt gegen Zwangsuntersuchungen

Eigenverantwortung wirkungsvoller als Zwangsmaßnahmen

Mit allem Nachdruck weist die Senioren Union der CSU (SEN) das Vorhaben der EU-Kommission zurück, für Führerscheinbesitzer ab 70 Lebensjahren eine Zwangsuntersuchung vorzuschreiben, die alle fünf Jahre wiederholt werden soll. „Wir brauchen keine Änderung der Führerscheinvorschriften, die ganz klar eine versteckte Altersdiskriminierung darstellt. Wir bauen auf die Eigenverantwortlichkeit der Autofahrer und deren Einschätzung ihrer Fahrtauglichkeit“, erklärt der Landesvorsitzende des Senioren Union der CSU, Franz Meyer.

„Bis heute gibt es keine wissenschaftliche Grundlage, dass altersbezogene, flächendeckende Gesundheitsuntersuchungen der Erhöhung der Verkehrssicherheit dienen. Gerade die älteren Autofahrer handeln vernünftig, vorsichtig und mit großer Erfahrung. Gerade für ein Flächenland wie Bayern ist die Mobilität von besonderer Bedeutung und auf dem flachen Land sind auch ältere Menschen darauf angewiesen, das Auto nutzen zu können. Hier darf es keine unnötige bürokratische Hürde geben, wenn ein bestimmtes Lebensalter erreicht wird“, betont SEN-Chef Franz Meyer, Staatssekretär a.D. und Altlandrat. „Auch gibt es keinerlei Nachweise, dass das Fahrverhalten der älteren Menschen besonders unfallträchtig ist.“

„Wenn ohne Fakten für Menschen über 70 eine Zwangsüberprüfung eingeführt wird, dann ist das ganz offensichtlich versteckte Altersdiskriminierung, die unnötig in das selbstbestimmte Leben der älteren Generation eingreift. Das wollen wir auf alle Fälle vermeiden!“, fasst Franz Meyer zusammen.



„Lebensmittel müssen bezahlbar bleiben!“

Sozialministerin Ulrike Scharf besuchte Mitgliederversammlung des Landesverbands Tafel Bayern

Vor genau 30 Jahren wurde die erste Tafel in Deutschland gegründet. Heute gibt es allein im Freistaat 174 Tafeln – die Nachfrage steigt weiter ungebrochen. Scharf besuchte die Mitgliederversammlung des Landesverbands Tafel Bayern e.V., die in Erding tagte.

Die Ministerin betonte: „Was die Ehrenamtlichen der Tafeln leisten, ist unglaublich! Sie verdienen unsere höchste Anerkennung! Mir ist bewusst, dass die Tafeln mit großen Herausforderungen kämpfen: Inflation, eine steigende Zahl an Kundinnen und Kunden und gleichzeitig immer weniger Spenden. Aber die Staatsregierung lässt die Tafeln nicht im Stich! Bayern unterstützt sie dieses Jahr mit einer Million Euro. Wichtig ist, dass Lebensmittel trotz Inflation bezahlbar bleiben.“

In Bayern engagieren sich etwa 11.300 Helferinnen und Helfer bei den Tafeln. Die Zahl der Tafeln ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Durch die Corona-Pandemie und zuletzt den Ukraine-Krieg ist auch die Zahl der Tafel-Kundinnen und -Kunden sprunghaft gestiegen – zum Teil um ein Dreifaches. Angesichts dessen erhöht der Freistaat seine Fördermittel auf insgesamt knapp eine Million Euro. Im Entwurf des Haushalts 2023 ist eine Erhöhung der bisherigen Fördermittel für den Landesverband Tafel Bayern auf 600.000 Euro enthalten. Außerdem stehen (vorbehaltlich der Zustimmung des bayerischen Landtags) aus Mitteln der Bayerischen Härtefallfonds bald weitere 400.000 Euro zur Unterstützung der Tafeln und tafelhähnlicher Einrichtungen zur Verfügung.

Bild: STMAS

Strukturen und Netzwerke ...

(Fortsetzung von Seite 1)

die generelle Familienunfreundlichkeit ehrenamtlicher politischer Arbeit genannt. Da Frauen nach wie vor deutlich mehr Zeit für Haushalt und Familie als Männer aufwendeten, seien Ressourcen für Netzwerkarbeit oft weniger vorhanden. Hinzu kämen kulturell männlich geprägte Parteikulturen, die nicht selten eine offene und subtile Form der Abwertung bis hin zur sexuellen Belästigung bedingten, zudem männlich dominierte Netzwerke, in denen Frauen nicht ernst genommen und auf ihr Äußeres reduziert werden.

Oftmals Verlegenheitskandidatinnen

Oftmals, so hieß es in der Diskussionsrunde, seien Frauen zunächst „Verlegenheitskandidatinnen“, letztlich aber „Überraschungssiegerinnen“. Hatte bei Kandidatur oder Wahl die Hälfte der Frauen mit Schwierigkeiten oder Widerständen zu kämpfen, waren es bei den Männern lediglich ein Drittel. Auch die schwindende Attraktivität des Bürgermeisteramtes spiele in punkto fehlendes Engagement eine Rolle. Während in früheren Zeiten den Honoratioren Bürgermeister, Pfarrer und Arzt mit Achtung und Respekt begegnet wurde, seien gerade erstere heutzutage „Dienstleister und Fußabtreter“. Außerdem stünden familienunfreundliche Arbeitszeiten, eine fehlende Absicherung bei einer möglichen Abwahl und die schwierige Rückkehr in die Wirtschaft oftmals einem politischen Amt im Weg.

Auf die Frage, was die KPV in ihrem Zuständigkeitsbereich tun kann, wurde zunächst der Ruf nach Förderung und Unterstützung von Amtsinhaberinnen laut. Es gelte, die Ortsverbände bei der Aufstellung geeigneter Frauen zu unterstützen. Grundsätzlich müssten die Rahmenbedingungen des Amtes für Männer und Frauen auf den Prüfstand. Die Attraktivität des Amtes müsse gesteigert werden,

um letztlich auch eine deutliche Erhöhung des Frauenanteils in den Rathäusern zu erreichen.

Ansprache, Gewinnung und Bindung (Vernetzung der Neumitglieder, Sichtbarkeit von weiblichen Vorbildern erhöhen, Vernetzung von Frauenorganisationen vor Ort, aktive Willkommens- und Anerkennungskultur, Ausbau des Mentoringprogramms der Frauen Union) wurden ebenso hervorgehoben wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Hier sei die Einhaltung klarer Regeln bei den Sitzungszeiten ebenso zu beachten wie die flexible Gestaltung der Sitzungstermine, und die gezielte Nutzung digitaler Formate. Überdies müsse das Augenmerk sowohl auf der Schaffung von Beratungsangeboten als auch verbesserter Regelungen zu Mutterschutz und Elternzeit liegen.

Coaching-Angebote

Neben Coaching-Angeboten für Orts- und Kreisverbände wurden auch Leitlinien und verbindliche Gleichstellungspläne genannt. Männer mit ins Boot zu holen, sei aufgrund der weiblichen und männlichen Sicht auf die Dinge unverzichtbar, hieß es. Darüber hinaus seien Nachwuchsgewinnung und -förderung durch direkte und persönliche Ansprache gerade in Ehrenämtern und vopolitischen Organisationen wie etwa Verwaltungshochschulen in den Blick zu nehmen. Mentoringprogramme täten ihr übriges.

Wichtig ist es nach Auffassung der Kongressteilnehmerinnen, dem Amtsinhaberinnen „ein Gesicht zu geben“ und damit deren Vorbildfunktion hervorzuheben. Jährliche Kongresse der amtierenden Kommunalpolitikerinnen, der Aufbau eines Unterstützungsnetzwerks, Workshops wie „Strategien zur Wiederwahl“, die Entwicklung einer Anerkennungskultur sowie schließlich auch Kampagnen zur Gewinnung von Kandidatinnen seien erste Ideen für Maßnahmen auf dem Weg zu erfolgrei-

(Fortsetzung von Seite 1) vom Bund neben der vollständigen Übernahme der Kosten der Unterkunft auch eine Pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke, Mittel für unbegleitete minderjährige Geflüchtete und eine 670-Euro-Pro-Kopf-Pauschale. Dieses Modell hat sich aus Sicht des Deutschen Städtetags grundsätzlich bewährt.

Nicht zuletzt müsse auch die Verteilung der Geflüchteten und Asylsuchenden in Europa besser gelingen, wie Markus Lewe ausführte: „Unser Appell an die Bundesregierung ist klar: Wir brauchen in dieser Frage endlich feste Vereinbarungen auf europäischer Ebene für eine faire Verteilung. Auch das würde die Städte in Deutschland entlasten.“

Meilenstein gegen Kinderarmut

Darüber hinaus riefen die Städte die Ampel-Koalitionäre dazu auf, sich sehr bald über die Kindergrundsicherung zu verständigen und damit Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Laut Verbandspräsident Burkhard Jung „soll die neue Kindergrundsicherung zum Meilenstein gegen Kinderarmut werden. Das ist richtig und wird von den Städten unbedingt unterstützt.“

Wir brauchen Chancengerechtigkeit für alle Kinder. Es

chen Kommunalwahlen 2026.

„Als KPV werden wir uns in Zukunft verstärkt für die Förderung von Frauen in der bayerischen Kommunalpolitik einsetzen“, machte KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle abschließend deutlich. „Der erfolgreiche Kongress war der Startschuss unserer KPV-Initiative, um die Strukturen und Netzwerke für Frauen in der bayerischen Kommunalpolitik zu stärken und dies federführend durch erfolgreiche und erfahrene Frauen sowie Männern aus der KPV zu begleiten.“ DK

„ARGE Frauen führen Kommunen“:

Kritik an Kommunalrechtsnovelle

Im Nachgang zum KPV-Kongress am Weltfrauentag wurde parteiübergreifend u.a. die aktuelle Novelle des Kommunalrechts aufgegriffen. Wenn es das gemeinsame Ziel ist, die Zahl der Frauen im Bürgermeisteramt ab 2026 signifikant zu steigern, müssen aus Sicht der „ARGE Frauen führen Kommunen“ entscheidende Rahmenbedingungen in der Novelle angepasst werden.

In einem Brief an den Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags Dr. Uwe Brandl heißt es: „Wir begrüßen grundsätzlich... die gemeinsamen Vorschläge, durch Verbesserungen am Kommunalrecht künftig mehr Frauen und Männer für das Amt des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin zu gewinnen. In den bisher uns bekannten Vorschlägen wurde allerdings die besondere Situation der Bürgermeisterinnen – insbesondere der Kolleginnen, die ehrenamtlich tätig sind – nicht ausreichend berücksichtigt.“ Allein das Hochsetzen der Altersgrenze oder die Anpassung der Bezüge der Bezirkstagspräsidenten machten noch keine Novelle und spiegelten keinesfalls das wider, was vor Ort tatsächlich die Themen sind.

Folgende Themen sollten bei einer Modernisierung des Kommunalwahlrechts überdacht werden:

1. Hauptamt/Ehrenamt: Dieses Amt sollte nach Auffassung der ARGE grundsätzlich immer hauptamtlich und entsprechend finanziell honoriert sein. „Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, die Grenze für die Ehrenamtlichkeit von 5.000 auf 2500 Einwohner herabzusetzen. Das ist aber nicht ausreichend. Warum zählt weder die Zahl der zu betreuenden Ortsteile

muss für jedes Kind möglich sein, gut ausgestattet die Schule zu besuchen, gemeinsam mit Gleichaltrigen Sport zu treiben, Theater zu spielen oder bei Vereinen mitzumachen.“

Tatsächlich lebt etwa jedes fünfte Kind in Familien mit Armutsrisiko und ist von sozialen Transferleistungen abhängig. Seit Corona ist die Benachteiligung von armen Kindern noch offensichtlicher geworden. Die Lösung liegt nach Jungs Auffassung nicht in einem weiteren Förderprogramm, „sondern wir brauchen eine Familienunterstützung aus einem Guss. Dieses Versprechen der Ampel muss jetzt konkret werden, damit das neue System bis 2025 kommen kann.“

Überforderung durch aktuelle Preissteigerungen

Die Kinderarmut steigt gerade in den Städten immer weiter an. Besonders Familien mit geringen Einkommen, Alleinerziehende und Langzeitarbeitslose sind angesichts der aktuellen Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln überfordert. Deshalb muss das Gesetz für die Kindergrundsicherung sehr bald auf festen Füßen stehen.

Bei der Kindergrundsicherung wird es neben einem Basisbeitrag für alle Kinder und Jugendlichen einen einkommensabhängigen Zusatzbetrag für hilfebedürftige Familien geben. Deshalb müssen viele Ämter und Behörden zusammenarbeiten, damit bisherige Zahlungen zusammenfließen können. Dazu gehören Kindergeld, Kinderzuschlag und Regelleistungen nach dem Sozialgesetzbüchern II und XII. Und es wird laut Deutschem Städtetag Schnittstellen geben müssen zum Unterhaltsvorschuss, zum Wohngeld und zum Jobcenter.

Einfache Antragstellung

Jung zufolge brauchen einkommensarme Familien Unterstützung, die verlässlich und einfach zu beantragen ist. „Es ist richtig, das bisherige Zuständigkeitsdickicht zu lichten und den

Familien das Beantragen der familienunterstützenden Leistungen zu erleichtern.“ Die Kindergrundsicherung als reine Geldleistung sollte bundeseinheitlich und unbürokratisch aus einer Hand durch die Bundesverwaltung ausgezahlt werden. Zudem müsse sie einfach, verständlich und online zu beantragen sein, damit sie alle Familien erreicht und unnötige Bürokratie in der Verwaltung überflüssig wird.

Soziale Infrastruktur vor Ort

Genauso wichtig für eine gute Bildungskarriere von Kindern und Jugendlichen sei die soziale Infrastruktur vor Ort, machte der Städtetags-Vizepräsident deutlich: „Die Städte sorgen schon heute für die soziale Infrastruktur, um Kinder und Jugendliche zu fördern: in Kita und Schule und mit weiteren Bildungsangeboten, in der ambulanten und stationären Jugend-

(Fortsetzung von Seite 1)

300.000 Personen ausreisepflichtig. Bei rund 250.000 von ihnen wurde die Abschiebung jedoch zeitweilig ausgesetzt. Die Union kreidet der Regierung auch an, dass sie Fehlanreize setzt, die zu weiterer Migration nach Deutschland führt. Zu diesen Fehlanreizen gehören etwa die Ausweitung von Sozialleistungen und die Aufhebung von Arbeitsverboten.

Außengrenzen schützen

Auf europäischer Ebene sollen nach Auffassung der CDU/CSU die Außengrenzen besser geschützt werden. Schleusern und anderen Menschenhändlern soll das Handwerk gelegt werden. So will die Unionsfraktion die offenen Grenzen im Schengen-Raum bewahren, die sie als große Errungenschaft sieht. Schlüssel für das grenzenlose Europa sei allerdings ein faires und funktionierendes gemeinsames Asylsystem.

Begrenzte Ressourcen

„Eines ist heute besonders deutlich geworden: Die Landkreise und Kommunen im gesamten Bundesgebiet geben

hilfe, Jugendtreffs und Sportvereine. Kinder können auf städtischen Spiel- und Sportplätzen toben und sich bewegen, ins Schwimmbad gehen oder die Bibliotheken nutzen. In den Jobcentern gibt es Beratungsstellen für Jugendliche beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf.“

In Krisensituationen erhielten Kinder und Jugendliche und ihre Eltern Hilfe und Unterstützung vor Ort. Vor allem in der Kindertagesbetreuung und der Ganztagsbetreuung für Grundschul-kinder gebe es jedoch noch erheblichen Ausbaubedarf, der die Kommunen extrem fordert, monierte Jung. „Für diese gesamtgesellschaftlichen Aufgaben müssten sie als verantwortlicher Jugendhilfeträger stärker in die Verabredung strategischer Ziele zwischen Bund und Ländern eingebunden und dann auch besser finanziell unterstützt werden.“ DK

Für Humanität und ...

(Fortsetzung von Seite 1)

derzeit ihr Bestes, Geflüchtete aufzunehmen und unterzubringen. Klar ist aber auch, dass die Ressourcen mittlerweile einfach begrenzt sind – und zwar nicht nur beim Thema Wohnraum. Auch bei den ehrenamtlichen Helferkreisen, bei den hauptamtlichen Integrationshilfen oder auch in Kitas und Schulen sind die Kapazitätsgrenzen erreicht“, stellte Rosenheims Landrat Otto Lederer beim Kommunalgipfel fest. „Alle zwei Wochen trifft im Landkreis ein Bus mit neuen Flüchtlingen ein, wir müssen ständig improvisieren. Der Bund muss endlich seiner Pflicht nachkommen und unterstützen, u.a. Bundesimmobilien zur Verfügung stellen. Wir fühlen uns komplett allein gelassen“, unterstrich Lederer. Die Bundesregierung müsse sich deswegen verstärkt mit dem Thema auseinandersetzen, die Sorgen, Probleme und Nöte der Kommunen hören und daraus möglichst schnell Konsequenzen ziehen. „Der Bundeskanzler muss dieses Thema zur Chefsache machen. Ein entsprechender Maßnahmenkatalog mit Vorschlägen der Kommunen liegt ihm bereits vor.“

Über der Belastungsgrenze

Über der Belastungsgrenze

„Wir befinden uns seit Monaten über der Belastungsgrenze“, unterstrichen auch die Landräte Siegfried Walch aus Traunstein und Bernhard Kern aus dem Berchtesgadener Land. Die Unterkünfte seien jetzt schon voll und alle zwei Wochen kämen bis zu 50 Flüchtlinge dazu. Beide Landkreischefs forderten in Berlin eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge – und zwar nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch unter den Ländern Europas. Außerdem müssten abgelehnte Asylbewerber auch schneller abgeschoben werden, um wieder Platz in den Unterkünften zu schaffen, betonte Walch. Derzeit leben in den Landkreisen Traunstein und Berchtesgadener Land zusammen ca. 5.700 Flüchtlinge. Etwa zwei Drittel davon stammen aus der Ukraine und sind vor dem dortigen Krieg geflohen.

Druck auf den Bundeskanzler erhöhen

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, sprach von einem „durchaus positiven Echo“ bei Bürgermeistern auf die Unionsveranstaltung. Insofern könne das Treffen den Druck erhöhen, dass Bundeskanzler Olaf Scholz beim für den 10. Mai geplanten Bund-Länder-Gipfel mit Blick auf das Thema Flüchtlingskosten eine „vernünftige Lösung“ finde. DK

Live-Abstimmung aus dem Homeoffice:

Sitzungssoftware ermöglicht zeitgemäße Gremienarbeit

Von zu Hause aus arbeiten: seit Corona alltäglich. Virtuell bei einer Gremiensitzung dabei sein: mit der passenden Software kein Problem. Doch live an einer Abstimmung oder Wahl teilnehmen, unabhängig vom Ort? Auch das ist für Kommunen, Behörden und Verbände jetzt möglich. Das Sitzungsmanagement SD.NET hat entsprechend aufgerüstet.

„Unsere Software für virtuelle Sitzungen wird schon seit Jahrzehnten in vielen Verwaltungen eingesetzt. Während Corona ist die Nachfrage dann nochmal extrem gestiegen“, erklärt Jan-Christopher Reuscher, Geschäftsführer der STERNBERG Software GmbH & Co. KG. „Nun haben wir Funktionen ergänzt, die auch eine geheime Wahl und eine Live-Abstimmung ermöglichen.“ Damit wird das Bielefelder Softwareunternehmen dem großen Wunsch der Kommunen nach mehr Flexibilität gerecht.

Live und hybrid abstimmen

Mit dem Modul „Interaktive Virtuelle Sitzung“ (IVS) gehören Abstimmungen, für die sich die Gremienmitglieder zur selben Zeit am selben Ort befinden müssen, der Vergangenheit hin. Sie können aus dem Homeoffice oder von der Geschäftsreise aus nicht nur an der Sitzung teilnehmen, sondern auch in Echtzeit ihre Stimme bei einer Wahl abgeben. Selbst hybride Sitzungen sind unkompliziert möglich: Einige Teilnehmende sind vor Ort, andere nicht – alle können live mit abstimmen und die eingehenden Ergebnisse in über-

sichtlichen Diagrammen beobachten.

Die Software macht Wahlen nicht nur effizient, transparent und rechtssicher, sondern ermöglicht je nach Bedarf auch offene,



Virtuelle Sitzung mit Smartphone und Tablet.

Bild: STERNBERG

mentliche oder geheime Abstimmungen. Sicherheitstechniken und Verschlüsselungen gewährleisten, dass die Voting nicht manipuliert werden können. „Das ist nahezu ein Quantensprung in der Durchführung der digitalen Gremienarbeit, die nicht nur für die Kommunen, sondern auch für andere Körperschaften und Wirtschaftsunternehmen zunehmend an Bedeutung gewinnen wird“, so Reuscher.

Vor allem wird die Gremienarbeit dank des neuen Moduls eines: zeitgemäß. Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass Abstimmungen vor Ort keine gute Lösung mehr sind. Auch dass Nordrhein-Westfalen jüngst eine Verordnung über die Durchführung digitaler und hybrider Sitzungen kommunaler Vertretungen erlassen hat, zeigt, dass hier ein Wandel stattfindet. Die Vereinbarkeit des kommunalen Mandats mit Beruf und Familie ist ein weiteres Thema der Zeit, dem STERNBERG mit seiner Software Rechnung trägt.

Zurzeit befindet sich die Lösung, die zusammen mit einer bayerischen Oberbehörde entwickelt wurde, in der Zertifizierung durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW. Reuscher: „Wir sind sehr stolz, dass unser Team die Funktionen in knapp einem Jahr bis zur Marktreife gebracht hat.“

Berechtigungskonzept auf Rollenbasis

Für eine möglichst reibungslose Durchführung der Abstimmungen enthält IVS ein Berechtigungskonzept auf Rollenbasis.

Ein Moderator verfügt über besondere Rechte und kann etwa Beschlusstexte während einer Diskussion umformulieren. Seine Hauptaufgabe besteht darin, die Anmeldungen der Teilnehmer zu überwachen, Befangenheiten zu einzelnen Tagesordnungspunkten festzulegen und die Abstimmungen zu starten. Er kann die Abstimmung nach Ablauf einer Frist vorzeitig beenden oder im Extremfall abbrechen und wiederholen lassen. Alle Vorgänge werden protokolliert und in einem Logbuch festgehalten.

Teilnahme der Bürger

Neben der Verwaltung profitieren aber auch die Bürger. Denn diese können nun an virtuellen Gremiensitzungen teilnehmen und die Diskussionen und den Abstimmungsvorgang live im Videokonferenzsystem verfolgen.

Über das Unternehmen

1990 gegründet, überzeugt das Familienunternehmen STERNBERG Kommunen, Institutionen und Unternehmen in der gesamten DACH-Region von den Vorteilen einer digitalen Gremienarbeit. „Vor allem Kommunen möchten ressourcenschonend und transparent arbeiten“, erklärt Reuscher. „Daher begleiten wir sie bei der Umstellung auf ein digitales Sitzungsmanagement, mit dem sie Papier einsparen, Kosten senken und Prozesse effizienter gestalten können.“ Neben dem Verwaltungs-System SD.NET und dem dazu passenden Gremieninformationssystem entwickelt STERNBERG mobile Apps und Module, die auch ganz spezielle Anforderungen der Verwaltungen abdecken. □



Unterzeichnen die gemeinsame Erklärung. V.l.: Bernhard Multerer, Kommunalberater Glasfaser, und Bürgermeister Thomas W. Holz. Bild: Telekom

Gemeinde Kochel am See:

2.400 Glasfaser-Anschlüsse

Geschwindigkeiten bis 1 Gigabit pro Sekunde (Gbit/s) möglich
Hausanschluss ist kostenfrei

Die Telekom wird eigenwirtschaftlich im Gebiet von Kochel am See ein Glasfasernetz für 2.400 Gewerbetreibende und Haushalte ausbauen. Die Planungsarbeiten und Kommunikationsmaßnahmen werden im 2. Halbjahr 2023 durchgeführt und der Ausbaustart ist für das 2. Quartal 2024 vorgesehen.

Das neue Netz ermöglicht Bandbreiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde (Gbit/s). Es ist so leistungsstark, dass Arbeiten und Lernen zu Hause, Video-Konferenzen, Surfen und Streamen gleichzeitig möglich sind. Zudem besteht für die Endkundinnen und -kunden eine größere Produktwahlmöglichkeit, denn auf dem Glasfasernetz der Telekom können neben den Telekomprodukten auch Produkte der 1&1, Vodafone und Telefónica gewählt werden. Der Glasfaserhausanschluss ist für die Eigentümerin-

nen und Eigentümer kostenfrei. Hierzu wurde eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet. Bürgermeister Thomas W. Holz zeigt sich erfreut über die Investition der Telekom und hebt die Bedeutung von schnellen und stabilen Internetverbindungen hervor: „Glasfaser ist die Technologie, die die zukünftig notwendigen Datenmengen transportieren kann. Ein Glasfaseranschluss in der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus ist genauso wichtig wie ein Anschluss an Strom und Wasser.“ □

T GLASFASER

Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

Die Zukunft der Digitalisierung ist jetzt

Unsere Ziele für Bayern:

- Zukunftsweisende und ganzheitliche Glasfaser-Partnerschaften mit den Städten und Kommunen Bayerns
- Echte digitale Transformation ohne Investitionsdruck
- Schnelles und stabiles Glasfasernetz als entscheidender Standortfaktor für attraktive Gemeinden und die steigende Bedürfnisse ihrer Bürger
- Verbindlichkeit beim Ausbau durch nachhaltige, regionale und maßgeschneiderte Planung und Entwicklung
- Persönliche Beratung durch das Glasfaserteam Bayern der Telekom direkt vor Ort



www.telekom.de/glasfaser

T Erleben, was verbindet.

Glasfaserausbau – So informieren Sie Ihre Bürger:innen aktiv und unkompliziert

Ein Gastbeitrag von Sven Butler, Leiter des Gigabitbüros des Bundes

Das Gigabitbüro des Bundes bietet ein Informationsangebot rund um den Glasfaserausbau und -anschluss an, welches sich direkt an Bürger:innen richtet. Kommunen können Publikationen in hoher Auflage kostenlos beim Gigabitbüro anfragen, um den Ausbau und insbesondere die Buchungsbereitschaft vor Ort aktiv zu unterstützen.

Die Bedeutung des Glasfaseranschlusses bewusst machen

Heute ist schon abzusehen, dass zukünftig Bandbreiten genutzt werden, die die technologischen Möglichkeiten der bestehenden Netze überschreiten. Doch momentan reicht die bestehende Versorgung für viele Menschen (noch) aus. Sie sehen noch keinen direkten Bedarf eines

Glasfaseranschlusses, fragen diesen nicht aktiv nach und scheuen den Aufwand, einem Glasfaseranschluss auch nur zuzustimmen – obwohl dieser in vielen Fällen kostenfrei bereitgestellt wird. Doch: bei einem nachträglichen individuellen Anschluss ist damit zu rechnen, dass der Aufwand deutlich größer ist und zusätzliche Kosten anfallen.

Das Gebäudenetz hinter dem Glasfaseranschluss

In Mehrfamilienhäusern trifft das neue Glasfasernetz vielerorts auf ältere Bestandsnetze, die die Anforderungen an zukünftige Bedarfe nicht ausreichend erfüllen können. Die Vorteile der Glasfaser im Hinblick auf Bandbreite und Qualität bleiben dann ungenutzt. Die Ausstattung mit Glasfaser im Haus bis zu den Wohnungen ist daher ein wichtiger Teil der neuen Infrastruktur.

Auch im Einfamilienhaus ist eine strukturierte Verkabelung

bzw. eine ausreichende Ausstattung mit drahtlosen Techniken sinnvoll, damit das schnelle Internet auch bis in den letzten Winkel des Hauses gelangt und die Möglichkeiten des Glasfaseranschlusses vollumfänglich genutzt werden können.

Informationsmaterialien kostenfrei in hoher Auflage

Das Gigabitbüro des Bundes, als Kompetenzzentrum des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV), unterstützt Kommunen bei der Kommunikation und Information der Bürger:innen. Dazu wurden Publikationen erstellt, die umfassend und leicht verständlich erste Grundlagen zur neuen Technologie bis zur Vernetzung des ganzen Hauses erläutern.

Kommunen können durch die Verteilung des Informationsbedürfnis der Bürger:innen decken, so dass mögliche Fehleinschätzungen vermieden werden. Ansichtsexemplare beider Publikationen liegen dieser Ausgabe der Gemeindezeitung bei.

Die Publikationen können als Printausgabe (mind. 80 Stück) kostenlos über das Kontaktcenter des Gigabitbüros (+49 (0)30/2636 5040, kontakt@gigabitbuero.de) bestellt werden. □

Den Gigabitusbau aktiv vorantreiben

Als Kompetenzzentrum des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr bietet das Gigabitbüro des Bundes kostenfrei umfangreiche Informations-, Schulungs- und Beratungsangebote für Kommunen, Unternehmen und Bürger:innen. Gerne kommen wir mit unserer Roadshow auch zu Ihnen in die Region. Das Gigabitbüro informiert, vernetzt, qualifiziert und berät rund um den Ausbau digitaler Infrastrukturen: <https://gigabitbuero.de/> □

AKDB mit neuem Schnittstellen-Service

Die AKDB bietet jetzt allen kommunalen IT-Dienstleistern einen Service an, der unterschiedlichste OZG-Dienste mit den Fachwendungen in den Verwaltungen verknüpft. Der neue OK.KOMM Service baut auf der bewährten Datentransport-Lösung OK.KOMM der AKDB auf. Mit OK.KOMM werden bereits heute täglich millionenfach Nachrichten aus diversen Systemen medienbruchfrei und damit Ende-zu-Ende digital ausgetauscht. Die neue Dienstleistung wird als Managed Service angeboten.

Mit ihrem neuen OK.KOMM Service bietet die AKDB kommunalen IT-Dienstleistern einen Service an, mit dem Ende-zu-Ende digitale Verwaltungsprozesse möglich sind. Dabei werden Online-Dienste mit beliebigen Schnittstellen ergänzt oder über ein Plugin-System jederzeit mit neuen Software-Erweiterungen versehen. Die Basis des OK.KOMM Services ist die Middleware OK.KOMM, die sämtliche XÖV-Standards unterstützt, bei Bedarf neue schnell implementiert und Anbindungen an bestehende Plattformen wie FIT-Connect der FITKO aufweist. Wo es keine XÖV-Standards gibt, kann der OK.KOMM Service neue Standards auf Open-Source-Basis entwickeln. Der OK.KOMM Service wird auf monatlicher Basis abgerechnet und kann sowohl on premise als auch aus dem Rechenzentrum betrieben werden.

Der OK.KOMM Service beinhaltet den Betrieb sämtlicher Schnittstellen zu Online-Diensten. Dabei können Schnittstellen beliebiger Fachverfahren auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene unkompliziert miteinander



Der Flyer „Ihr Glasfaseranschluss“ führt kompakt in das Thema Glasfaser ein. Neben den Eigenschaften eines Glasfaseranschlusses und den Bauteilen im Ein- und Mehrfamilienhaus enthält er Hinweise zu weiteren Informationsangeboten: <https://gigabitbuero.de/publikation/flyer-ihr-glasfaseranschluss/> Bild: Gigabitbüros des Bundes



Der Leitfaden „So kommt die Glasfaser zu Ihnen nach Hause“ richtet sich an Bürger:innen, die vor einem Ausbau stehen oder sich über das Thema informieren möchten. Der Fokus liegt dabei auf Einfamilienhäusern: <https://gigabitbuero.de/publikation/so-kommt-die-glasfaser-zu-ihnen-nach-hause/> Bild: Gigabitbüros des Bundes

Arbeitstagung in Kirchdorf am Inn:

Cluster zum Glasfaserausbau

Nach wie vor brennt das Thema Breitbandausbau allen Kommunen, die noch eine schlechte Versorgung haben, auf den Nägeln. Nicht verwunderlich war es daher, dass die Arbeitstagung des „Cluster zum Glasfaserausbau“ im Landkreis Rottal-Inn auf großes Interesse stieß. Neben Vertretern des Landratsamts und involvierten Behörden, Repräsentanten der Telekom und weiterer Unternehmen sprachen zahlreiche Vertreter der beteiligten Gemeinden in Kirchdorf am Inn über Fortschritt und Umsetzung des Glasfaserausbaus im Landkreis. Eingeladen hatte Breitbandkoordinatorin Monika Hiebl vom Landratsamt Rottal-Inn.

Der Glasfaserausbau wird mit Bundes- und Landesmitteln gefördert, den Zuschlag erhielt nach Abschluss einer EU-weiten Ausschreibung die Deutsche Telekom. Der Abschluss des Netzausbaus ist etwa bis Mitte 2025 geplant. Zu diesem Thema hat sich im Landkreis Rottal-Inn ein interkommunales Zusammenschluss mit insgesamt 17 Kommunen gebildet, der die Breitbandprojekte gemeinsam durchführt – ein in dieser Größe in Bayern bislang einzigartiger Vorgang.

Die Kommunen sind eingeteilt in das Cluster Mitte (Eggenfelden, Hebertsfelden, Mitterskirchen, Postmünster, Wurmansgrub, Zeilarn), das Cluster Süd (Erting, Stubenberg, Kirchdorf, Tann, Reut, Wittbreut) und das Cluster West (Falkenberg, Malgersdorf, Dietersburg, Massing, Schönau). Für den Breitbandausbau erforderlich sind Tiefbau- bzw. Trassenbauarbeiten über eine Länge von 300 Kilometern. Für etwa 2.300 Adressen werden Glasfaseranschlüsse bis ins Haus gebaut, mit einer Downloadrate von bis zu 1 Gbit/s. Die Maßnahme beläuft sich auf gut 40 Millionen Euro, davon sind 90 Prozent Fördermittel für die Kommunen genehmigt. Andernfalls wäre dieser Glasfaserausbau nicht finanzierbar.

Realisierungsphasen

Im Zentrum des Kirchdorfer Gesprächs standen die Realisierungsphasen, insbesondere die ersten beiden Teilmilesteine: Im ersten geht es um die Trassen-Feinplanung, die Genehmigung der Trassen und Standorte sowie die Akquise, Zustimmung und Errichtung der Hausanschlüsse im Einvernehmen mit den Bürgerinnen und Bürgern. Teilmilestein 2 nimmt vor allem die Tiefbaumaßnahmen in den Blick. Aktuell wird die Feinplanung für die Trassen detailliert bearbeitet. Als äußerst wichtig wurde dabei der Kontakt zum Bürger bezeichnet. Der Grundstückseigentümer muss eine Beauftragung zur Herstellung des Hausanschlusses und eine Genehmigung für die Leitung auf dem Privatgrundstück abgeben, damit gebaut werden kann. In dieser Akquisephase werden die betroffenen Bürger mit ei-

ner weiteren Tagung vertieft. DK

Mit 80.323 Kilometer Glasfaser zweimal um die Welt

„Dank der starken Unterstützung des Freistaats wurden und werden in Bayern über 80.323 Kilometer Glasfaserkabel verlegt – das ist mehr als zwei Mal um die Erde! Der Freistaat fördert den Breitbandausbau seit vielen Jahren auf freiwilliger Basis massiv. So werden insgesamt über 900.000 Adressen in ganz Bayern mit schnellem Internet versorgt – 80 Prozent der Anschlüsse sind bereits in Betrieb“, freut sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

„Insbesondere die ländlichen Gemeinden in Bayern sind inzwischen zu 94 Prozent mit schnellem Internet versorgt – das ist ein bundesweiter Spitzenwert! Dass Freistaat und Kommunen für dieses gemeinsame Ziel tatkräftig an einem Strang ziehen, zeigt das starke Engagement im Rahmen der bayerischen Gigabitförderung“, so Füracker.

Im Zuge der bayerischen Breitbandförderung hat der Freistaat seit 2014 über 2,1 Milliarden Euro investiert. Insgesamt 20.847 Kilometer entfallen hierbei auf

dem „Bürgermeisterbrief“ informiert, schließlich müssen diese eine fristgerechte Rückmeldung abgeben, damit der Bau des Hausanschlusses eingeplant und kostenlos hergestellt werden kann. Nach dem Netzausbau sei der Hausanschluss mit aktuell ca. 800 Euro selbst zu bezahlen, hieß es vonseiten des beauftragten regionalen Planungsbüros.

Tiefbaumaßnahmen

Die Tiefbaumaßnahmen sollen bei geeigneter Witterung im Frühjahr beginnen. Diskutiert wurden hier die unterschiedlichen Verlegemethoden und Verlegetiefen. Seit Einführung des neuen Telekommunikationsgesetzes im Jahre 2021 sind sehr viel mehr Methoden zugelassen, es wird nicht alles mit klassischer offener Bauweise verlegt werden. Alternative Verlegemethoden wie Pflugverfahren, Fräsvfahren und Spülbohrungen werden vermehrt eingesetzt, was vor allem Zeit und möglicherweise auch Kosten spart.

Beim Thema zugelassene Mindertiefe wurde darauf verwiesen, dass nicht wie bisher auf mindestens 60 cm oder mehr Tiefe verlegt werden muss; vom Gesetzgeber seien 40 bis 45 cm zugelassen. Allerdings würden etwa bei Kabelpflugverfahren Verlegetiefen von 90 bis 120 cm erreicht, entsprechend seien auch keine Folgeschäden zu erwarten. Einigkeit bestand darin, dass auf Qualität beim Tiefbau und eine ordnungsgemäße Leitungsverlegung besonderer Wert zu legen ist. Für das Staatliche Bauamt, Landkreis und Kommunen gilt es, Straße und Wege zu schützen, gefordert ist eine saubere Wiederherstellung der Oberflächen, ohne Folgeschäden befürchten zu müssen. Verinbart wurde, dass sich nicht nur die Bauleiter vor Ort kümmern, sondern auch die Kommunen im eigenen Gemeindegebiet mit den Bauamtsleitern die Bauarbeiten überwachen und Auffälligkeiten rechtzeitig melden.

Die weiteren Teilmilesteine wie die Errichtung der aktiven Technik und Inbetriebnahme sowie Abschlussarbeiten und Dokumentation wurden kurz erörtert und werden im Rahmen einer weiteren Tagung vertieft. DK



Sven Butler. Bild: Gigabitbüros des Bundes

LEW TelNet errichtet Green Data Center

LEW TelNet, das Telekommunikationsunternehmen der LEW-Gruppe, errichtet mit Investitionen in Höhe von mehr als 30 Millionen Euro ein nachhaltiges und leistungsstarkes Rechenzentrum in Augsburg.

Das LEW Green Data Center zeichnet sich zum einen durch eine sichere, hochverfügbare und leistungsstarke Infrastruktur aus, in der Unternehmen, Systemhäuser oder Kommunen eigene Technik aufstellen und betreiben können. Zum anderen wurde für das Rechenzentrum ein eigenes, innovatives und umfassendes Energiekonzept entwickelt.

So wird die Stromversorgung im Regelbetrieb vollständig aus erneuerbaren Energien gewährleistet – durch Photovoltaikanlagen direkt vor Ort sowie zusätzlich durch Strommengen aus regionaler Wasserkraft. Die Kühlung erfolgt besonders energieeffizient, anfallende Wärme wird als Nahwärme weitergenutzt. Eine Dach- und Fassadenbegrünung bietet darüber hinaus natürliche Klimatisierung und kompensiert Flächenversiegelung. Für die unterbrechungsfreie Stromversorgung sorgt ein so genannter kinetischer Speicher – ein großes

Schwungrad, das bei Bedarf sofort Strom erzeugt.

Baubeginn im Sommer

Das Rechenzentrum wird in zwei Bauabschnitten mit jeweils zwei Serverräumen errichtet. Dabei bildet jeder Serverraum einen eigenen Brandabschnitt. Im Endausbau bietet das LEW Green Data Center auf 1.900 qm Platz für bis zu 600 Racks.

LEW TelNet wird auch eigene Server betreiben und hierüber entsprechende Services für Kunden anbieten. Durch redundante Energiesysteme und mehrfach ausgelegte Glasfaser-Anbindung an das regionale Glasfasernetz von LEW TelNet ist das Rechenzentrum hochverfügbar und erfüllt sehr hohe Sicherheitsstandards. Die Bauarbeiten für das Green Data Center beginnen im Sommer dieses Jahres, die Fertigstellung des ersten Bauabschnittes ist für die zweite Jahreshälfte 2024 geplant. □

Neues innerstädtisches Besucherleitsystem in Kempten

Bereits zum vierten Mal hat sich die Arbeitsgruppe – bestehend aus verschiedenen Vertretern der Stadt Kempten (Allgäu) – getroffen und weitere Details des Besucherleitsystems diskutiert und beschlossen. Somit wird das neue Konzept immer detaillierter und ausgereifter. Sowohl Besuchende von Kempten als auch deren Bewohnerinnen und Bewohner sollen mithilfe eines modernen Leitsystems durch die Stadt geführt werden. Themen wie Barrierefreiheit, Mehrsprachigkeit und allgemeine Verständlichkeit waren Schwerpunkte des vierten Workshops.

Die Orientierung für Besucherinnen und Besucher sowie für Bürgerinnen und Bürger soll innerhalb der Stadt Kempten durch das neue Fußgängerleitsystem deutlich verbessert und durch ein neues Design auf einen modernen Stand gebracht werden. Hierzu koordiniert das Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung der Stadt Kempten in Zusammenarbeit mit der CIMA Beratung + Management GmbH die Neukonzipierung des neuen Besucher-

leitsystems. Diese wird finanziert mithilfe des Förderprogramms REACT-EU-Innenstadt – Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung als Teil der Reaktion der Union auf die COVID-19-Pandemie.

Die Arbeitsgruppe besteht aus Vertretern aus den Bereichen Tourismus, Kultur, Stadtplanung, Citymanagement sowie dem Referat für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung und dem Referat für Planen, Bauen und Verkehr. □

M-net schlägt Überbau-Moratorium für den Glasfaserausbau vor

Anlässlich des Jahresempfangs in der Münchner Unternehmenszentrale hat Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net eine positive Bilanz des Geschäftsjahres 2022 gezogen. Das Glasfaser-Potenzial der per FTTC, FTTB oder FTTH angeschlossenen Haushalte stieg im vergangenen Geschäftsjahr auf 860.000. Dabei war das Unternehmen auch verstärkt außerhalb der eigenen Gesellschafterstädte für die Erschließung des ländlichen Raums aktiv: Insgesamt wurden neue Glasfaserausbauvorhaben in mehr als 30 bayerischen Kommunen gestartet. Die Netze des Unternehmens stehen über Open Access auch weiteren Anbietern im Markt zur Versorgung ihrer Kunden zu Verfügung, gleichzeitig fragt M-net auch selbst aktive Vorleistungen zur Steigerung der eigenen Reichweite nach. Dazu wurden im vergangenen Geschäftsjahr entsprechende Open Access Kooperationen mit Anbietern wie Deutsche Glasfaser, 1&1 sowie der Deutschen Telekom vereinbart oder weiter umgesetzt.

In seiner Keynote zur Veranstaltung bekräftigte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr, Michael Theurer, die Bedeutung der Glasfaser-Infrastruktur für den Wirtschaftsstandort Deutschland: „Deutschland darf nicht hinterherhinken! Mit unserer Gigabitstrategie treiben wir den flächendeckenden Ausbau mit Glasfaser- und Mobilfunknetzen des neuesten Standards zügig voran. Die Umsetzung der Maßnahmen läuft auf Hochtouren. Dabei sind wir dankbar für Anbieter wie M-net, die als Gestalter und Treiber für die digitale Transformation mutig vorangehen.“

Open Access als Triebfeder für die Transformation

Um den Glasfaserausbau gerade in der Fläche weiter zu stärken und die ambitionierten Gigabit-Ziele der deutschen Bundesregierung zu erreichen, schlug Nelson Killius, Sprecher der Geschäftsführung von M-net, ein Überbau-Moratorium vor: „Wir sollten uns als Branche selbst

verpflichten, keine bestehenden Glasfaser-Infrastrukturen mit parallelen Netzen zu überbauen. Anders ist das Ziel, bis 2030 jeden Haushalt in Deutschland per Glasfaser zu erschließen, angesichts der knappen Tiefbau-Ressourcen nicht zu erreichen. Open Access ist das Gebot der Stunde.“

Dieser Sichtweise schloss sich auch Michael Theurer an. „Die intensive Debatte um die Problematik des parallelen Ausbaus von Glasfasernetzen beobachten wir sehr genau. Eine freiwillige Branchenlösung, wie sie M-net vorschlägt, begrüßen wir sehr. Open Access ist auch unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten ein gewinnbringender Ansatz, weil es Ressourcen schon und den wichtigen Glasfaser-Ausbau effizienter macht und dadurch beschleunigt. Dafür braucht es Gestalter und Umsetzer wie M-net als Triebfeder“, so der Parlamentarische Staatssekretär.

In Zusammenhang mit dem Ausbau breitbandiger Telekommunikations- und Daten-Infrastrukturen rücken zunehmend

auch deren Stabilität und Sicherheit in den Fokus. Neue Gefahren wie Crypto-Trojaner, physische Angriffe auf kritische Infrastrukturen, aber auch die Häufung von Naturkatastrophen und die unsichere geopolitische Lage – all dies bedroht die Sicherheit von Infrastrukturen und fordert neue Schutzmaßnahmen. Das betonte Joachim Astel, Founder und Vorstand des bayerischen Rechenzentrumsbetreibers noris network, im Expertengespräch.

Lücken im Sicherheitssystem schließen

„Auf die steigenden Bedrohungen wird derzeit mit Gesetzgebungen auf EU-Ebene reagiert, um die Widerstandsfähigkeit gegenüber Cyberangriffen zu erhöhen. Vor allem müssen mit hohen redundanten Leitungskapazitäten mögliche Krisensituationen vorgeplant und so das Schlimmste verhindert werden“, sagte Joachim Astel. Seine Empfehlung: „Redundante Anbindungen mit synchroner Kapazität zur Hauptleitung, umfassende Restore-Lösungen mit langfristigen Back-Ups und die Orientierung an der ISO-Zertifizierung 27001 helfen dabei, Lücken im Sicherheitssystem zu schließen und resiliente Daten-Infrastrukturen sicherzustellen.“ An diesen Standards orientiert sich auch die Partnerschaft von M-net und noris network, die für Unternehmenskunden ein kombiniertes Angebot aus leistungsstarken Datenanbindungen und umfassenden Rechenzentrumslösungen auf dem neuesten Stand der Technik bietet.

Smarte Zeiterfassung und Co.:

Im Wettlauf mit der Zeit?

Digitalisierung ist in aller Munde – doch in punkto Zeiterfassung haben viele Unternehmen Nachholbedarf. Wer noch nicht gehandelt hat, sollte dies schnell tun. Denn: Die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes zur Einführung einer objektiven, verlässlichen und zugänglichen Arbeitszeiterfassung sind auch in Deutschland bindend und warten nur noch auf ihre gesetzliche Verankerung.

Gleichzeitig verändern sich die Strukturen auf dem Arbeitsmarkt: Hybride Zeitmodelle fordern mehr Flexibilität vonseiten der Unternehmen. „Entsprechend modern und digital müssen sich Arbeitgeber aufstellen, um nicht nur die erforderliche Dokumentation sowie Datenschutz und Sicherheit zu gewährleisten, sondern auch auf dem Arbeitsmarkt attraktiv zu sein“, weiß Marc Hoffmeister, Geschäftsführer der Miditec Datensysteme GmbH.

Von der Kür zur Pflicht

Spätestens mit Implementierung der Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes im deutschen Arbeitszeitgesetz müssen Unternehmen eine genaue Aufschlüsselung der Arbeitszeit ihres Personals vorweisen können, ansonsten drohen entsprechende Bußgelder. „Für Unternehmer lohnt es sich daher, zeitnah zu handeln und gut vorbereitet zu sein“, erklärt Marc Hoffmeister. „Wie die systematische Erfassung erfolgt, ist gesetzlich nicht vorgeschrieben, allerdings sollte die Lösung rechtlich sicher sein und sich für jegliche Arbeitsform – mobil oder standortgebunden – eignen. Die Zukunft der Zeiterfassung wird daher digital sein.“

Bürokratie abbauen, Effizienz steigern

Smarte Softwaresysteme bieten bei der Zeiterfassung nicht

nur maximale Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, sondern sparen Unternehmen auch Zeit und Geld. „Viele unterschätzen den Aufwand für eine manuelle Zeiterfassung beispielsweise in Excel-Tabellen“, erklärt der Experte. „Ausfüllen, korrigieren, zusammenführen, überprüfen – alle diese Arbeitsschritte kosten Unternehmen bares Geld und sind zudem fehleranfällig.“ Bei einer smarten Lösung laufen alle Prozesse automatisiert. Wer sich digital aufstellt, sollte allerdings auf eine übersichtliche Benutzeroberfläche sowie eine einfache Bedienbarkeit für eine möglichst effiziente Abwicklung setzen.

Human Ressource

Nicht nur für Personalabteilungen kann eine smarte Zeiterfassung eine enorme Entlastung bedeuten. „Beim Einsatz einer zentralen Web-Software haben Mitarbeiter ortsungebunden Zugriff und können ihre Arbeitszeiten auch im Homeoffice oder im Außendienst entsprechend festhalten“, erläutert der Experte. „So können Angestellte ihre Arbeitszeit flexibel bestimmen und entweder per Browserlösung oder über eine gekoppelte App dokumentieren.“ Gleichzeitig sorgt die neue geschaffene Transparenz für klare Strukturen und Absprachen und beugt Missverständnissen vor. Auch die Korrektur von Fehlzeiten, die Beantragung von Urlaub oder der Eintrag von Abwesenheitszeiten wird durch

das flexible Zeiterfassungssystem enorm vereinfacht. Dank übersichtlicher Planungsansicht ist der Status der Mitarbeiter jederzeit einsehbar.

Individuelle Skalierbarkeit

Smarte Software passt sich an die internen Strukturen von Betrieben an und nicht umgekehrt. „Parametrierbare Module wie MTZ Time lassen sich bezüglich der Arbeitszeitmodelle individuell konfigurieren“, erklärt Marc Hoffmeister. „Arbeits-, Zuschlags- und Fehlgrundzeiten werden dann automatisch berechnet.“ Bereits bei der Installation sollten allerdings klar umrissene Rollenprofile mit Zugriffsrechten festgelegt werden, damit Angestellte nur Zugriff auf für sie relevante Informationen erhalten.

Digitale Personalarbeit?

Smarte Zeitwirtschaftslösungen sind nicht nur effiziente Tools, um Arbeitszeiten zu erfassen, sondern sie verringern zugleich den Administrationsaufwand und sorgen für mehr Flexibilität. Die gespeicherten Informationen finden beispielsweise Verwendung für die weiterführende Datenverarbeitung in einem entsprechend integrierten Lohn- und Gehaltssystem. „Wer hier auf integrierte Systeme statt auf einzelne Lösungen setzt, kann die Funktionen jederzeit nach Bedarf erweitern“, erklärt Marc Hoffmeister. „Dank vielfältiger Software-Schnittstellen lassen sich Zeiterfassung, Personalmanagement, Zutrittskontrolle und Gebäudesicherheit effizient miteinander verknüpfen.“

Weitere Informationen unter <https://miditec.de>

Digitale Transformation im Einklang mit Nachhaltigkeit

Bei allem Fokus auf Leistungsfähigkeit, Sicherheit und Resilienz – der Ausbau des Glasfasernetzes und der kritischen Infrastruktur kann nur im Einklang mit der großen globalen Herausforderung Klimaschutz gelingen. Da-

rüber herrschte unter den Speakern des Jahresempfangs großer Konsens. „Neben den Anforderungen an die Sicherheit steigen auch die Anforderungen an die ökologischen Standards. Digitale Transformation und Nachhaltigkeit müssen Hand in Hand gehen, keines der beiden Ziele darf vernachlässigt werden. Auch wir bei

M-net wollen einen aktiven Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit leisten. Wir sind Deutschlands erster klimaneutraler Telekommunikationsanbieter und befassen uns zunehmend auch mit den Emissionen in der vor- und nachgelagerten Wertschöpfungskette“, unterstrich Nelson Killius abschließend.

Weitere Mobilfunklücke in Eichstätt geschlossen

In Eichstätt nimmt die zweite Mobilfunk-Sendeanlage den Betrieb auf, die mit dem Mobilfunk-Förderprogramm des Bayerischen Wirtschaftsministeriums errichtet worden ist. Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert war zu diesem Anlass persönlich vor Ort und betonte: „Eichstätt geht voran und sorgt eigenständig für einen besseren Handyempfang. Ich freue mich sehr, dass wir durch unser Mobilfunk-Förderprogramm den Bau des Sendemasts mit bis zu 500.000 Euro unterstützen können. Die Stadt hat das Projekt von der Standortsuche über die Bauplanung bis hin zur Genehmigung im Eiltempo umgesetzt. Auch ein zusätzlich erforderlicher Bodengutachten aufgrund aufgefundenen Juralkalks hat die Stadt nicht bremsen können. In Eichstätt geht damit der zweite geförderte Mobilfunkmast in Bayern in Betrieb. Eine weitere Mobilfunklücke ist geschlossen.“

Die Sendeanlagen werden auf dem 45 Meter hohen Mast von allen Netzbetreibern – Deutsche Telekom, Vodafone und Telefónica – mit LTE und 5G ausgestattet. Durch den neuen Mast verbessert sich die Mobilfunkversorgung für die Bewohner Buchenhülls und entlang der Jurahochstraße zwischen Eichstätt und der A9 deutlich. Als erster Netzbetreiber startet Vodafone den Betrieb über die Sendeanlage. Deutsche Telekom und Telefónica wollen zeitnah im Sommer folgen.

Josef Grienberger, Oberbürgermeister von Eichstätt: „Es freut mich sehr, dass der Mobilfunkmast künftig dazu beiträgt, die Funklöcher entlang der vielbefahrenen Jurahochstraße deutlich zu verringern und dass so bei Unfällen eine schnellere Alarmierung möglich wird. Ebenso erhält der Ortsteil Buchenhüll endlich eine ordentliche Mobilfunkversorgung, was heute als wichtige Infrastruktur zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger immer wichtiger wird. Die Errichtung durch die Stadt als Bauherrin im Rahmen der Bauauftragsvariante bedeutet für uns als Stadtverwaltung zwar einen deutlichen administrativen Aufwand, der sich aber durch eine sehr zügige Bau-durchführung mit positivem Ergebnis gelohnt hat.“

Christian Schilling, Leiter Politische Kommunikation Bayern bei Vodafone Deutschland: „In Bayern leistet das Mobilfunk-Förderprogramm einen wichtigen Beitrag. Wir als Vodafone sind bei den ersten geförderten Standorten mit dabei, machen beim Netzausbau weiter Tempo und schalten die modernste 5G+-Technologie an immer mehr Orten frei. Der Mast hier in Eichstätt ist ein großartiges Bei-

spiel dafür, was möglich ist, wenn Politik und Netzbetreiber an einem Strang ziehen. Davon profitieren vor allem die Menschen vor Ort, weil die Zahl der nervigen Funklöcher immer weniger und schneller Netz immer selbstverständlicher wird.“

Udo Harbers, Beauftragter Landespolitik der Deutschen Telekom AG: „Wir freuen uns, mit Unterstützung der Stadt und des Freistaates die Mobilfunkversorgung im ländlichen Bereich von Eichstätt deutlich verbessern zu können. Diesen Schwung möchten wir gern mitnehmen und in enger Zusammenarbeit mit der Stadt, beispielsweise bei kommunalen Liegenschaften, die Versorgungsqualität jetzt auch in der Kernstadt verbessern.“

Christian Groeneveld, Beauftragter Landespolitik Bayern bei Telefónica Germany: „Die Mobilfunknetze in Deutschland und Bayern sind so leistungsstark wie nie. Als o2 Telefónica treiben wir unseren Netzausbau massiv voran. Zum Ende des Jahres 2022 haben wir die Versorgungsauflagen der Bundesnetzagentur erfüllt, soweit dies rechtlich und tatsächlich möglich war. Wir versorgen in jedem Bundesland mindestens 98 Prozent der Haushalte mit mindestens 100 Mbit/s. Mit unserem 5G Netz erreichen wir bereits heute mehr als 80 Prozent der Bevölkerung und bis 2025 ganz Deutschland. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Politik und Wirtschaft wird es uns in den kommenden Jahren gelingen, die letzten weißen Flecken zu schließen. Hierbei kann das bayerische Förderprogramm eine wichtige Rolle spielen.“

Staatssekretär Weigert verwies auf die umfassend angelegte bayerische Mobilfunkinitiative.

Der Netzausbau im Freistaat wurde dadurch deutlich beschleunigt. „Zu einem leistungsfähigen Wirtschaftsstandort gehört leistungsfähiger Mobilfunk. Das Smartphone ist heute unverzichtbar. Die Menschen wollen überall einen Zugang zum mobilen Internet. Wir haben uns diesen Herausforderungen gestellt und sind einen großen Schritt vorangekommen“, betonte Weigert. „Mobilfunkpakt, Rahmenbedingungen, Versorgungsauflagen und Förderprogramm zeigen Wirkung. Tempo und Qualität des Netzausbaus haben sich seit 2020 massiv beschleunigt. In den letzten drei Jahren wurden rund 21.000 Funk-sender ausgebaut oder neu installiert.“ Diese Entwicklung sei nicht zuletzt Folge der strengen Versorgungsauflagen, für die sich der Freistaat bei der Frequenzauktion 2019 massiv eingesetzt habe, erklärte Weigert: „Erst kürzlich hat Bayern wieder als einziges Bundesland Nachmessungen durchführen lassen. Das Mobilfunknetz wurde entlang von über 3.600 Kilometern Bahnstrecke und mehr als 1.300 Kilometern Bundesstraßen im ganzen Freistaat überprüft.“

Durch das Mobilfunk-Förderprogramm werden Funklöcher dort geschlossen, wo der Ausbau durch die Netzbetreiber aufgrund der rechtlichen Rahmendaten unterbleibt. Seit dem Start im Herbst 2018 haben über 660 Gemeinden ihr Interesse bekundet. 161 Kommunen haben einen Antrag gestellt. 97 haben einen Förderbescheid vorliegen und können mit der Umsetzung starten.

Das Bayerische Wirtschaftsministerium beabsichtigt das Erfolgsprogramm fortzusetzen. Die Verlängerung der Förderrichtlinie bedarf der Genehmigung durch die Europäische Kommission. Seit Juli 2022 befindet sich das Bayerische Wirtschaftsministerium dazu in Abstimmung mit Brüssel. Nach ersten positiven Signalen stellte die Kommission im Dezember 2022 überraschend völlig neue Anforderungen, die sie im Januar 2023 konkretisiert hat. Die EU-Kommission verlangt nun zusätzliche Zugangsverpflichtungen für die Netzbetreiber. Aufgrund dessen dauert die Abstimmung mit der Europäischen Kommission weiter an.

M-net

Mit Glasfaser in die Zukunft

M-net als regionaler Partner Ihrer Kommune.

breitbandausbau@m-net.de

Begeisternd bis gruselig – Arbeiten in der Verwaltung

Ein Gastbeitrag von Gisela Goblirsch, pr-competence

Wer die Augen aufmacht, sieht es. Unsere Kommunen brauchen Personal. Kein Tag auf Facebook ohne Anzeigen, keine kommunale Website ohne Hilferufe. Allein in und um München fehlen derzeit 6.684 Mitarbeiter in der Verwaltung (Stand 07.03.2023) 468 Jobs sind für Bauwesen und Architektur zu vergeben: Wasser und Abwasser, Bautechnik, Versorgungs- und Gebäudetechnik, Bauleitplanung, Hochbau, Baustellensicherung, Support Gebäudemanagement. Dreimal so viele Stellen sind in den sozialen Bereichen (Kindergarten, Kita, Krankenhaus, Quartiersmanagement etc.) offen, aber auch in der klassischen Verwaltung, in der IT, in kaufmännischen und technischen Berufen fehlen Fachkräfte. 566 leitende Verwaltungs-Positionen warten in und um München auf geeignete Bewerber.

Gut – rund um München sind die Mieten unerschwinglich. Vielleicht liegt es daran, dass die Verwaltung keine Leute findet? Aber das Erste, was Bürgermeister Herbert Jakob aus

kompetenz steigen. Nur das Personal - das wird weniger.“

Dabei hat kommunale Verwaltung alles zu bieten, was ein neugieriger, leistungsorientierter Mensch braucht: Hohe Re-

Die Kommunalverwaltungen brauchen Menschen, die sich einsetzen und deren Fachkompetenz seitens der Entscheidungsgremien auch anerkannt wird. Tatsächlich – und darüber wird nur hinter vorgehaltener Hand geredet – frustriert es die Verwaltungsmitarbeiter am allermeisten, dass ihr Augenmerk auf fachliche und sachliche Ausgestaltung kommunaler Aufgaben meist aus politischen Gründen in Ratsitzungen missachtet oder angegriffen wird. Das hinterlässt tiefe Wunden.

Dass also Verwaltungen auf dem Arbeitsmarkt auf wenig Gegenliebe stoßen, hat zum großen Teil damit zu tun, dass sehr viele Angestellte zuhause keineswegs euphorisch – oft noch nicht einmal freundlich – über ihren Arbeitsalltag sprechen.

Wenn Kommunalverwaltungen also Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter suchen, dann wäre es ein erster Schritt, diejenigen zu empfehlen zu machen, die bereits dort arbeiten. Empfehlener entstehen jedoch nur durch ein gutes Miteinander im Rathaus, durch Anerkennung der jeweiligen Leistung und durch Führungskompetenz, wenn es nötig ist, Leistung einzufordern. Viel zu oft wird wegeschaut, wenn es im Team nicht mehr funktioniert. Viel zu lange werden Mitarbeiter sich selber überlassen und so entsteht ein Geflecht aus persönlichen Beziehungen anstatt eine klare Richtschnur, an der sich alle messen lassen müssen.

„Ich sehe auch deutlich, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geführt werden wollen“, erklärt Piet Mayr. „Personalführung ist enorm wichtig. Und sie ist Teil unseres Jobs. Eine Verwaltung zu leiten, kostet Zeit und Energie. Ich komme selbst aus der Verwaltungsebene und weiß wovon ich spreche.“

Führungskompetenz oder strukturelle Kompetenzen in einer Verwaltung spielen selten eine Rolle bei der Wahl eines Politikers. Also muss es die Möglichkeit geben, solche Kompetenzen aufzubauen, wenn man bereits im Amt ist. Doch dies geschieht auf freiwilliger Basis – mehr oder weniger konsequent.

Schwierig wird es auch, wenn alte Strukturen den modernen Anforderungen nicht mehr gerecht werden. Wenn zu schnell zu viele Veränderungen eintreten, so dass man sich einem belastbaren Grundgerüst an Struktur nicht mehr annähern kann. Den Verwaltungen wird nachgesagt, sie wären langsam. Doch das ist nicht die ganze Wahrheit. Verwaltungen sind vor allem eins: sorgsam. Und das kostet eben Zeit. Wenn also eine Verwaltung über einen längeren Zeitraum mit zu wenig Personal ausgestattet ist, dann führt das zu einer Spirale des Grauens:

Dies liegt nicht in erster Linie an den mäßigen Gehältern im öffentlichen Dienst (dort schon auch – aber nicht nur). Es liegt auch daran, dass die Rätinnen und Räte im Gremium, die über Personal entscheiden, nicht wissen, was die Verwaltung wirklich leistet und die nicht wahrnehmen, in welcher Massivität neue Aufgaben auf die Verwaltungen zurollen. Längst geht es nicht mehr nur um wachsende Einwohnerzahlen! Es ist definitiv an der Zeit, den Verwaltungen mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Haben Sie Anmerkungen zu diesem Artikel, wollen Sie etwas zu dem Thema beitragen? Schreiben Sie uns: news@gemeindezeitung.de



Bild: Gisela Goblirsch

Großostheim am Telefon sagt: „Wir können zusätzliche Aufgaben nicht mehr erledigen. Wir sind am Anschlag. Uns fehlt Personal.“ Nun liegt Großostheim wirklich am äußersten Zipfel Bayerns, in Unterfranken und die Mieten sind erschwinglich. Woran liegt es also, dass egal in welcher Ecke Bayerns man nachfragt, überall die gleiche, gefährlich dünne Personaldecke vorliegt?

„Ich denke, das Thema trifft uns alle“, sagt Piet Mayr, Bürgermeister von Zorneding. „Große Kreisstädte suchen ebenso verzweifelt Personal wie kleinste VG-Kommunen. Die Aufgaben, die durch Bundes- und Landespolitik nach unten verlagert werden, nehmen kontinuierlich zu. Die Einwohnerzahlen steigen ebenfalls. Die Anforderungen an die Leistung und an die Fach-

relevanz der Arbeit, Sinnhaftigkeit des Tuns, Einflussnahme auf die Gesellschaft direkt vor Ort, eine unglaubliche Fülle an Aufgaben und – absolut unschlagbar für Menschen, die ein gesundes Lebens- und Arbeitsverhältnis wollen – kurze Wege zur Arbeit und viele Möglichkeiten, den Arbeitsalltag zu gestalten.

O.K., das war nicht immer so. Aber Corona hat gerade in Verwaltungen sehr viel verändert. Verwaltungen sind, was Arbeitszeit und Homeoffice angeht, durchaus offener geworden. Und die Erfahrungen mit den neuartigen Regelungen sind nicht halb so grausig, wie erwartet. Grundsätzlich gilt: Wer im Amt Leistungsträger ist, der ist es auch zu Hause. Wer am kommunalen Schreibtisch weniger leistet, der tut das auch zu Hause.

Neuer Fernsiegeldienst von D-Trust

D-Trust, der qualifizierte Vertrauensdiensteanbieter (qVDA) der Bundesdruckerei-Gruppe, hat im Februar die Zertifizierung für einen neuen Fernsiegeldienst von der TÜV Informationstechnik GmbH erhalten und erweitert sein eIDAS-Portfolio im Bereich E-Government.

„Da eine Hardware-Ausstattung mit Siegelkarte und Lesegeräte nun nicht mehr an jedem Arbeitsplatz benötigt wird, ist es für Behörden jetzt noch einfacher, Dokumente wie Bescheide digital und rechtsicher zu erstellen“, sagt Dr. Kim Nguyen, Geschäftsführer von D-Trust. Über eine Schnittstelle, ein sogenanntes API (Application Programming Interface), wird das digitale Siegel nahtlos in bestehende Geschäfts- und Verwaltungsprozesse eingebunden.

Das qualifizierte Siegel ersetzt das Behördensiegel oder den Firmenstempel für juristische Personen in digitalen Verfahren. Der nach eIDAS zertifizierte Vertrauensdienst bietet einen Nachweis über die Herkunft und Unver-

sehrtheit elektronischer Dokumente wie Bescheide, Rechnungen oder Geschäftskorrespondenz. Wie alle eIDAS-Vertrauensdienste ist der D-Trust Fernsiegeldienst auf der EU Trusted List gelistet.

Zusätzlich wird jedes fernausgelöste Siegel von D-Trust automatisch mit einem qualifizierten Zeitstempel versehen. Die durch das Siegel bestätigte Integrität und Authentizität eines Dokuments wird damit langfristig prüfbar. Nguyen: „Die Kombination von qualifiziertem Siegel und Zeitstempel bietet die beste Lösung für den langfristigen Beweiserhalt von Dokumenten beispielsweise in elektronischen Archiven.“

Weitere Informationen zum Fernsiegeldienst von D-Trust unter www.d-trust.net



In Kooperation mit DATEV eG

ABC Arbeitsplatz Kommune Meldungen

an die Zusatzversorgungskasse automatisieren

Im öffentlichen Dienst sind Arbeitgeber bei der Entgeltabrechnung mit einer Vielzahl spezifischer Regelungen konfrontiert und werden vom Gesetzgeber mit einer enormen Taktung an gesetzlichen Änderungen zusätzlich gefordert. Neben einer Vielzahl unterschiedlicher Tarif- und Besoldungstabellen gelten besondere Verfahren beispielsweise für die Ermittlung von Zeitzuschlägen und Zulagen, der Jahressonderzahlung oder falls einmal ein Krankengeldzuschuss fällig wird. Eine weitere Besonderheit: Im Rahmen der Pflichtversicherung ist auch eine Anmeldung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Zusatzversorgungskasse (ZVK) erforderlich.

Die jeweilige ZVK führt die betriebliche Altersversorgung im Auftrag der angeschlossenen Arbeitgeber durch. Diese Arbeitgeber werden je nach Kasse als Mitglieder oder Beteiligte bezeichnet. Sie sind also zugleich Kunden und Gewährsträger der Versorgungseinrichtung. Durch diese Zusatzversorgung erhalten Tarifbeschäftigte des öffentlichen Dienstes zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung eine betriebliche Altersversorgung. Die Beiträge entrichtet hier – anders als bei der gesetzlichen Rentenversicherung – ausschließlich der Arbeitgeber.

So sind die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes verpflichtet, ihre Arbeitnehmer bei einer Zusatzversorgungseinrichtung zu versichern und regelmäßigen Meldepflichten nachzukommen. Innerhalb der Jahresmeldung müssen das zusatzversorgungspflichtige Entgelt sowie die sich dar-

aus ergebenden Umlagen und Beiträge an die jeweilige ZVK gemeldet werden. Das sollte heute in der Regel auf elektronischem Weg erfolgen. Grundlage für das elektronische Meldeverfahren an die ZVK bilden die „Allgemeine Richtlinien der Zusatzversorgungseinrichtungen des öffentlichen und kirchlichen Diensts für ein einheitliches Verfahren der automatisierten Datenübermittlung“ – kurz DATÜV-ZVE.

Zeit und Kosten sparen bei der Lohn- und Gehaltsrechnung

Um die Meldepflichten an die ZVK einfach und effizient erledigen zu können, empfiehlt sich, schon bei der Auswahl der Software für die Entgeltabrechnung darauf zu achten, dass die an die Zusatzversorgungskassen beziehungsweise an den Versorgungsverband bundes- und landesgeförderter Unternehmen (VBLU) abzuführenden Beiträge automatisch berechnet und überwacht werden. Moderne, leistungsfähige Systeme stellen die Datensätze zur maschinellen Weitergabe an die ZVK für die monatlichen und jährlichen Meldungen ebenfalls gleich bereit. So lassen sich in der Lohn- und Gehaltsabrechnung reibungslose und durchgängige Arbeitsabläufe etablieren, die helfen Zeit und Kosten zu sparen. Mit DATEV LODAS Öffentlicher Dienst lässt sich die Lohn- und Gehaltsabrechnung beispielsweise jederzeit rechtssicher komplett digital erledigen.

Weitere Informationen: www.datev.de/public-sector-hr

BREKO-Fiberdays 2023:

Für fairen Wettbewerb im Glasfaserausbau

Bei den Fiberdays in Wiesbaden diskutierten Vertreter aus Politik und Branche, wie die ambitionierten Glasfaserziele der Bundesregierung in Zeiten von Überbau, Fachkräftemangel und Inflation erreicht werden können. Eines der meistdiskutierten Themen war der starke Wettbewerb um Deutschlands Glasfasernetze. Mit der Ankündigung neuer Kooperationsvereinbarungen ließen die Mitgliedsunternehmen des Bundesverbandes Breitbandkommunikation (BREKO) dem Bekenntnis zu Open Access Taten folgen.

Im Rahmen des Eröffnungsgroßes wurden aktuelle Herausforderungen im Glasfaserausbau thematisiert, darunter Überbau, Verunsicherung durch Marktaustritte, und eine zielgenauere Förderung. Aus Sicht von BREKO-Präsident Norbert Westfal gibt es keine spürbare Reduktion der Ausbauproduktion: „Wir sehen in Summe einen stetigen, starken Breitbandausbau – so stark, dass bundesweit immer noch Tiefbaukapazitäten für den eigenwirtschaftlichen und geförderten Ausbau fehlen. Aufträge und finanzielle Ressourcen sind also mehr als reichlich vorhanden. Daher gehe ich davon aus, dass wir weiterhin mit Volldampf ausbauen.“

Open-Access-Bemühungen weiter ausbauen

Neben den BREKO-Cariern, die derzeit 70 Prozent des FTTH-Ausbaus stemmen, nahm Westfal aber auch alle anderen Beteiligten in die Pflicht, ihren Teil zum Erfolg des Glasfaserausbaus beizutragen: „Angesichts der erschwerten Rahmenbedingungen im vergangenen Jahr können wir mit dem Erreichten zwar zufrieden sein, es bedarf aber weiter gemeinsamer Anstrengungen von Politik, Industrie und Öffentlichkeit, um die Ausbauziele zu erreichen.“

Der Wettbewerb um Glasfasernetze, der sich derzeit in sehr starkem Maße auch in einem von der Telekom angedrohten oder tatsächlichen Doppelausbau manifestiert, war eines der meistdiskutierten Themen der diesjährigen Fiberdays. Bundesminister Dr. Volker Wissing

appellierte in seiner Keynote an die Branche, die bisherigen Open-Access-Bemühungen weiter auszubauen. Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) stehe zu Open Access und wolle der Dynamik „weiteren Schwung geben“. „Wir kümmern uns zum Beispiel um schnellere, digitalisierte Verfahren, haben das neue Gigabit-Grundbuch gestartet und eine Potenzialanalyse für den eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau in den Kommunen erstellt. Zudem richten wir die Gigabitförderung des Bundes neu aus, sodass die Fördermittel künftig gezielt dorthin fließen können, wo der Nachholbedarf am größten ist und wo nicht mit einem privatwirtschaftlichen Netzausbau zu rechnen ist“, unterstrich Wissing.

Für faire Bedingungen

Im Rahmen des Open Access Panels diskutierten die CEOs führender deutscher Telekommunikationsunternehmen wie Deutsche Glasfaser, Freenet, Vattenfall Eurofiber, Vitroconnect und Telekom kontrovers über die Frage, inwieweit der Glasfaserausbau einer Regulierung bedarf und welche Merkmale marktfähige Open Access-Lösungen aufweisen müssen. Einig waren sich die CEOs der Glasfaser- und Mobilfunknetzbetreiber über die zunehmende Bedeutung von Open Access für den flächendeckenden Glasfaserausbau und die Notwendigkeit fairer Open Access-Bedingungen. Die Lösung der Wahl sehen die Panelisten in einer Open Access-Kooperation auf Basis virtueller Layer-2 Bitstromprodukte.

Gemeinsam mit dem Branchenexperten und Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Jens Böcker erarbeiten der Bundesverband Breitbandkommunikation und die Stadtwerke Münster einen Ansatz zur Messung von Nachhaltigkeit im Telekommunikationsmarkt. Neun Schlüsselkennzahlen (KPIs) wurden auf den Fiberdays vorgestellt. Kriterien wie Entstärkungsbedarf, Mitverlegung bei Bauarbeiten an anderen Versorgungsinfrastrukturen, Netznutzung, Open Access-Anteil, nachhaltige Finanzierung, Energieeffizienz der TK-Technologien, Verlegemethoden, Ressourcenmanagement und klimarelevante Emissionen sollen die Besonderheiten des Aufbaus und der Nutzung digitaler Infrastrukturen aufgreifen und messbar machen. Die Ergebnisse sollen im Rahmen eines Branchenleitfadens zur Verfügung gestellt werden.

Kommunaler Marktplatz

Auf großes Interesse beim Fachpublikum der Fiberdays stieß der Kommunale Marktplatz, der in diesem Jahr als neues Element ins Leben gerufen wurde. Der zentrale Treffpunkt für kommunale Entscheider stieß auf große Resonanz bei Landkreisen, Städten und Gemeinden sowie weiteren kommunalen Einrichtungen.

Ein Highlight speziell für kommunale Verwaltungen und Unternehmen war der „Gigabit-Campus der Länder und des Bundes“, der auf 150 Quadratmetern die Digitalvertretungen der Länder und das Gigabitbüro des Bundes vereinte. Auch das Infomobil des Gigabitbüros des Bundes stand in Wiesbaden mit kompetenten Ansprechpartnern für die Verantwortlichen in den Kommunen sowie Informationen rund um den Ausbau der digitalen Infrastrukturen Rede und Antwort. **DK**

Regierungserklärung von Staatsministerin Gerlach:

Digitalisierungsstrategie für Bayern

„Wir in Bayern sind keine Follower, wir sind Leader“, unterstrich Digitalministerin Judith Gerlach bei ihrer Regierungserklärung im Bayerischen Landtag, in der sie den „Digitalplan Bayern“ vorstellte. Konkret sieht dieser mehr als 200 Einzelmaßnahmen und -projekte vor.

Zu den Schwerpunkten des bis ins Jahr 2030 weisenden und in einem umfassenden Dialog mit den Bürgern und Experten entstandenen Digitalplans zählen digitale Bildung und Teilhabe, die Schaffung der Grundlagen für eine neue und offene

Datenkultur sowie der Einsatz neuer Technologien wie Künstlicher Intelligenz für den Klimaschutz. Insgesamt investiert die Staatsregierung damit in diesem Jahr rund eine halbe Milliarde Euro und schafft mehr als 100 neue Stellen.

Digitale Bildung ist die Schlüsselkompetenz des 21. Jahrhunderts, weshalb die Bayerische Staatsregierung nach Gerlachs Angaben in die Weiterentwicklung aller Menschen investiert. Für digitale Einsteiger etwa richtet sie in 30 bayerischen Kommunen Beratungstheken für Fragen zu Smartphone und Internet ein. Um die berufliche Fort- und Weiterbildung zu fördern, schließt das Ministerium mit in Bayern ansässigen füh-

renden Unternehmen eine Allianz für Digitale Kompetenzen. Die Partner bieten rund 40 digitale Weiterbildungsangebote mit mehreren hundert Einzelaktionen an, um digitale Fähigkeiten in der Breite der Gesellschaft zu verankern. Für das Handwerk entwickelt der Digitalplan neue, hochmodern ausgestattete berufliche Bildungsstätten in Landshut, Weilheim, Traunstein, München und Bamberg. Bestehende berufliche Bildungsstätten werden ausgebaut.

BayernCloud Schule

Ein vielfältiges digitales Angebot für alle bayerischen Schulen wird mit der BayernCloud Schule auf den Weg gebracht. Insgesamt rund 49 Millionen Euro investiert der Freistaat hier in die digitale Bildung. Auch Lerninhalte sind Teil des Digitalpakts, wie beispielsweise die interaktive App „Wo ist Goldi?“, die Medienkompetenz vermittelt und nun auch Teil des Unterrichts wird. Außerdem entstehen aktuelle digitale Lehr- und Lernmedien für das Fach „Natur und Technik“ an Gymnasien in den Jahrgangsstufen 5 bis 7.

„Behördengänge so schnell und einfach wie Online-Shopping“ lautet ein weiteres Ziel. Mit dem Digital.Campus Bayern entsteht eine virtuelle Qualifizierungsplattform für Verwaltungsmitarbeiter. Dabei gehe es um mehr als um das Lernen von technischen Fertigkeiten, so Gerlach: „Wir setzen auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Verwaltung neu und digital denken und damit Prozesse schneller machen.“ Das Projekt soll noch im April gestartet werden. Geschaffen wurde zudem ei-

ne neue Anstalt des öffentlichen Rechts als Digitalisierungshelfer, um die Verwaltungsmodernisierung in den Kommunen schneller voranzubringen. Die „Bay-Kommun“ wird die bayerischen Kommunen bei der Nutzung und Entwicklung von Online-Diensten gezielt unterstützen. Zudem wird den bayerischen Kommunen mit den „BayernPackages“ ein Paket von über 200 Verwaltungsleistungen geliefert, die diese sofort einsetzen können. Die Investitionen in die Modernisierung der Verwaltung belaufen sich auf über 60 Millionen Euro.

Aufgrund der tiefgehenden Digitalisierung der Verwaltung kann die Staatsregierung den Menschen in Bayern künftig deutlich mehr digitale Daten zur Verfügung stellen. Dies ermöglicht Kommunen, Unternehmen, aber auch Wissenschaft und Zivilgesellschaft neue Projekte und neue Wertschöpfung. Um diese Daten breit verfügbar zu machen, baut der Freistaat gerade ein umfangreiches Open-Data-Portal auf, das diese Daten strukturiert. Noch dieses Jahr geht ein Prototyp mit mehreren tausend Datensätzen an den Start.

Digitale Zwillinge

Ein weiterer Schwerpunkt des Digitalplans umfasst digitale Planungsmodelle, auch digitale Zwillinge genannt, die politische Entscheidungen unterstützen können. Mit dem Digitalplan werden gezielt Kommunen gefördert, die solche Modelle nutzen wollen, etwa um kommunale Prozesse wie den Straßenverkehr zu optimieren.

Mit einem „Digitalen Zwilling Energie“ arbeitet das Digitalmi-

nisterium gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium an einem Planungsmodell für den Energiesektor. Das System führt künftig Daten über den Belastungszustand der Energienetze, die Stabilität der Stromversorgung, die CO₂-Bilanz kommunaler Einheiten sowie über Energieverbrauch und -kosten der Haushalte und Unternehmen zusammen. Das Ziel: ein effizienteres Energiemanagement im Freistaat.

Kompetenzzentrum für Datenschutz

Weil Datennutzung und Datenschutz zwingend zusammengehören, wird überdies das Landesamt für Datenschutzaufsicht zu einem Kompetenzzentrum für Datenschutz ausgebaut. KMUs, Start-ups, Vereine und ehrenamtlich Tätige erhalten hier Beratung aus erster Hand. Künftig soll das Kompetenzzentrum mit seinem großen Know-how auch interne Datenschutzvorschriften für in Bayern ansässige Unternehmen prüfen. „So werden Innovationen und neue Geschäftsmodelle erleichtert und der Wirtschaftsstandort Bayern gestärkt“, unterstrich Gerlach.

Als weiteren Schwerpunkt adressiert der Digitalplan den Klimaschutz. Gemeinsam mit der Universität Passau wird das „Bavarian Green Data Center“ aufgebaut. Das Modellprojekt führt zahlreiche Technologien für ein klimafreundliches Management des Rechenzentrums zusammen: von der Photovoltaik über energieeffiziente Server-Kühlung bis zur Nutzung der Abwärme der Server für den Anbau von Gemüse oder Obst. **DK**

Internationale Konferenz AI.BAY in München:

Leistungsschau der KI-Forschung und Schaulaufen in die Zukunft

Hochkarätige Stars der weltweiten KI-Szene auf dem Podium, mehr als 500 Teilnehmer vor Ort sowie über 1.500 im Livestream und eine beeindruckende Ausstellung von Forschungsinstituten und Unternehmen: Mit der internationalen KI-Konferenz AI.BAY 2023 in München präsentierte sich der Freistaat als einflussreicher Standort auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz. Visionäre Vorträge, fesselnde Diskussionen und faszinierende Exponate machten die Eröffnung zugleich zu einer eindrucksvollen Leistungsschau der aktuellen KI-Forschung und einem Schaulaufen in die Zukunft.

Laut Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder „biete Künstliche Intelligenz völlig neue Chancen für Gesundheit und Krebsforschung, Klimaschutz und moderne Mobilität. KI und Quantencomputing können zum Warp-Antrieb der Zukunft werden. Bayern fördert deshalb Technologie wie kein anderes Bundesland: Mit der Hightech Agenda investieren wir über 3,5 Mrd. Euro und schaffen allein 100 Lehrstühle für KI. Das ist eine Einladung an die Welt, gemeinsam bei uns zu forschen. Live long and prosper!“

Die besten Köpfe für KI

Wissenschaftsminister Markus Blume: „KI ist unsere Eintrittskarte zu einer neuen Welt! Deshalb holen wir mit unserer Hightech Agenda Bayern die besten Köpfe für künstliche Intelligenz in den Freistaat: Von über 100 neu geschaffenen KI-Professuren wurden innerhalb kürzester Zeit bereits drei Viertel besetzt bzw. der Ruf ist angenommen. Bayern ist Vorreiter in ganz Europa. Wir müssen dringend eine europäische KI aufbauen, basierend auf unseren Datenmodellen und mit unseren Wertvorstellungen. Dafür müssen auch die Bundesregierung und die EU größere Anstrengungen unternehmen! Denn es ist die Menschheitsaufgabe unserer Generation, künstliche Intelligenz und ethische Vernunft zu kombinieren. Ich will, dass Deutschland – 500 Jahre nach Luther – wieder Ausgangspunkt für eine neue, eine digitale Aufklärung wird. In den letzten Jahren fanden die großen weltverändernden Digitalerrungenschaften anderswo statt. KI ist unsere Chance, Fortschritt wieder ‚made in Bavaria‘ zu definieren. Der KI-Kongress AI.BAY ist Leistungsschau, Vernetzungsplattform und Ursprung für Neues.“

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger zufolge „ist Bayern Deutschlands industrielles Herz. Deshalb geben wir uns mit der Technik von heute nicht zufrieden, sondern investieren mit der Hightech Agenda massiv in Künstliche Intelligenz. Denn so gut wie alle industriellen Prozesse werden früher oder später mit KI-Technologie verbessert und ergänzt. Damit werden auch die betrieblichen Kalkulationen neu justiert. Für den Standort Bayern entstehen auf diese Weise ganz neue Perspek-

tiven. Ich bin fest davon überzeugt, dass KI somit auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrieproduktion stärken wird. Was vor vielen Jahren ins Ausland verlagert worden ist, kann in Zukunft wieder nach Bayern zurückkommen.“

Digitalministerin Judith Gerlach betonte: „KI wird eine entscheidende Rolle in unser aller Zukunft spielen. Wir wollen dabei nicht nur Konsumenten, sondern Gestalter dieser Technologie sein. Mit unserem KI-Netzwerk ‚baisosphere‘, das sich über ganz Bayern spannt, schaffen wir die richtigen Voraussetzungen. Wir müssen aber gleichzeitig darauf achten, dass KI-Innovationen nicht durch Überregulierung abgewürgt werden. Eine in Bayern erstellte Studie, in der über 100 konkrete Beispiele von KI-Anwendungen aus der Industrie betrachtet wurden, zeigt deutlich: Der vorliegende Entwurf der EU-Verordnung zu Künstlicher Intelligenz wird von vielen Start-ups als innovationsfeindlich, zu risikofeindlich und streckenweise unklar formuliert angesehen. Die KI-Verordnung darf nicht zum praxisfernen KI-Verhinderungsgesetz werden. Hier brauchen wir eine Regulierung mit Augenmaß.“

Auf Einladung der Bayerischen Staatsregierung diskutierten führende Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft mit Vertretern aus Politik und Gesellschaft aktuelle Themen wie ChatGPT, autonome Systeme und vertrauenswürdige KI. Auf dem Podium im Deutschen Museum München: Koryphäen aus dem bayerischen KI-Netzwerk baisosphere sowie von internationalen Top-Playern wie dem Boston Dynamics AI Institute, dem Massachusetts Institute of Technology (MIT), der University of Amsterdam und dem Imperial College London.

Ministerpräsident Söder eröffnete nach seiner Eröffnungsrede mit Prof. Dr.-Ing. Sami Hadadin von der Technischen Universität München (TUM) (Executive Director des Munich Institute of Robotics and Machine Intelligence (MIRMI) und Inhaber des TUM-Lehrstuhls für Robotik und Systemintelligenz) den Aufbau einer KI-Industrie in Bayern. Der US-amerikanische Robotik-Experte Marc Raibert (Executive Director, Boston Dynamics AI Institute) sprach über Möglichkeiten, Roboter „kör-

perlich und geistig“ intelligenter zu machen.

Bayerisches Netzwerk baisosphere

Die Staatsminister Blume, Gerlach und Aiwanger beleuchteten in einer Podiumsdiskussion zudem die enorme Leistungsfähigkeit des international viel beachteten bayerischen KI-Netzwerks baisosphere. Dank der 3,5 Milliarden Euro starken Hightech Agenda Bayern verbindet baisosphere alle Akteure des bayerischen KI-Ökosystems in Wissenschaft und Wirtschaft und macht Bayern in Forschung, Entwicklung und Anwendung der Zukunftstechnologie KI zu einem Premium-Standort von Weltrang. **□**



Meine Finanzen behalte ich im Blick, ohne zu rechnen.

Eine moderne Finanzsoftware für Ihre Verwaltung sollte für jeden intuitiv zu bedienen sein. So wie der OK.FINN Bewirtschaftungsarbeitsplatz: webbasiert, mit übersichtlichem Dashboard und gleichermaßen perfekt für Doppik und Kameralistik.

www.akdb.de

AKDB

VKU-Positionen:

Einwegkunststofffondsgesetz und Verbraucherpaket

Wohlwollend hat sich der Verband kommunaler Unternehmen zum vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Einwegkunststofffondsgesetz (EWKFondsG) geäußert. Laut VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp „ist es höchste Zeit, dass die hohen kommunalen Reinigungskosten, die durch Einwegkunststoffprodukte verursacht werden, nicht länger auf die Allgemeinheit der Steuer- und Gebührenzahler abgewälzt, sondern den Herstellern auferlegt werden. Diese haben es nun in der Hand, verstärkt auf Mehrwegsysteme zurückzugreifen und umweltfreundlichere Geschäftsmodelle zu entwickeln.“

Besonders zu begrüßen sind aus Hasenkamps Sicht auch die Änderungen und Präzisierungen, die die Regierungsfractionen vorgenommen haben. So soll bei der Kostenermittlung nicht nur das Gewicht, sondern auch Volumen und Stückzahl der Einwegkunststoffprodukte herangezogen werden. Dies allein entspricht auch einer wirklichkeitsgerechten Abbildung der kommunalen Entsorgungs- und Reinigungskosten, da der Aufwand z. B. beim Auflesen von Zigarettenkippen kaum vom Gewicht, sondern vielmehr von der Menge der Kippen abhängig ist. Darauf hat der VKU in seinen Stellungnahmen und in der Sachverständigenanhörung zum Gesetzesentwurf eindringlich verwiesen.“

Verschärfung der Evaluierungsklausel

Begrüßt wird vom VKU auch die mittelfristige Aufnahme von Feuerwerkskörpern in die Kostentragungspflicht, da das Aufräumen nach Silvester erhebliche Reinigungskapazitäten bei

den Kommunen bindet. Zudem wird die Verschärfung der sogenannten Evaluierungsklausel als sinnvoll erachtet. Danach ist relativ zeitnah zu überprüfen, ob der Fonds nicht auf weitere Einwegprodukte aus anderen Materialien ausgeweitet werden sollte. Damit greift der Gesetzgeber laut Hasenkamp eine weitere Forderung des VKU auf, nämlich die perspektivische Erweiterung des Einwegkunststofffonds zu einem Anti-Littering-Fonds. „Künftig sollten auch Kaugummi, Pizzakartons oder Aluschalen in die Herstellerfinanzierung kommunaler Reinigungsleistungen aufgenommen werden. Mit dem Bundestagsbeschluss ist ein wichtiger Meilenstein für saubere Städte, Landschaften und Gewässer erreicht und wir werden uns nun intensiv auf die Umsetzung vorbereiten“, unterstrich der Verbandsvize.

Consumer Package

Auch der Vorschlag der EU-Kommission, ein sog. Consumer Package auf den Weg zu bringen, wird befürwortet. Da-

rin geht es zum einen um das Recht auf Reparatur, zum anderen richtet es sich gegen sogenanntes Greenwashing.

Hasenkamp zufolge „wird uns das Maßnahmenpaket europaweit einen großen Schritt voranbringen beim Verbraucherschutz und bei der Vermeidung von Abfällen. Das wurde auch Zeit. Wir haben ebenso wie das Europäische Parlament schon lange ein Recht auf Reparatur gefordert. Genauso lange setzen wir uns dafür ein, dass Hersteller Verbraucherinnen und Verbraucher nicht täuschen dürfen, indem sie umweltschädliche Produkte als ‚grün‘ und nachhaltig deklarieren.“

Recht auf Reparatur

„Es kann im Jahr 2023 nicht mehr sein, dass Handys jedes Jahr ersetzt werden müssen, weil der Akku nicht austauschbar ist oder ein Fön und ein Toaster nicht reparabel sind – Konsumgüter, die wir alle zuhause haben und bei deren Herstellung jeweils erhebliche Mengen an Rohstoffen verbraucht wurden“, unterstrich der Vizepräsident. Wer konsumiert, müsse auch das Recht und die Möglichkeit haben, seine Konsumgüter selbst zu reparieren oder reparieren zu lassen. „Nur wenn die Wiederverwendung ermöglicht wird, können wir unnötige Abfälle vermeiden und kommen unserem Ziel einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft näher.“

Repair Cafés

Erfreulicherweise gebe es seit längerem auch in vielen kleineren Orten bereits Repair Cafés als kleinere Leuchtturbeispiele. Werkstätten oder Reparaturinitiativen würden inzwischen teils finanziell gefördert und in Großstädten hätten sich Recyclinghöfe zu Wiederverwendungszentren entwickelt. In der heutigen globalisierten Zeit, in der über Grenzen hinweg auf dem europäischen Binnenmarkt produziert, gekauft und konsumiert wird, sei es dringend erforderlich, dass ein solches Recht auf Reparatur auf europäischer Ebene geregelt wird, stellte Hasenkamp klar. In Leipzig und in Thüringen gebe es im Rahmen eines Pilotprojekts einen Reparaturbonus: Dort werden 50 Prozent der Reparaturkosten aus öffentlichen Mitteln übernommen, um die Bereitschaft zur Reparatur unter Verbrauchern zu fördern.

Transparenz statt Greenwashing

Mit Blick auf den Vorschlag der Kommission gegen „Greenwashing“ erklärte Hasenkamp: „Wir befürworten seit langem die Einführung einheitlicher EU-Vorschriften für die Einhaltung freiwilliger grüner Angaben. Es darf nicht sein, dass sich Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil verschaffen, indem sie die Verbraucher über vermeintlich positive Umwelteigenschaften ihrer Produkte täuschen. Wir begrüßen daher im Sinne der Nachhaltigkeit und des Verbraucherschutzes, wenn nun Herstellerangaben EU-weit einheitlich und transparent erfolgen müssen. Das gilt für Herstellungsverfahren, dabei verwendete Materialien und die aufgewendete Energiemenge genauso wie für Emissionen aus den Prozessen und deren Auswirkungen und Angaben zur Schonung der Wasserressourcen sowie zur Langlebigkeit.“ DK



Die Auszubildenden im Landratsamt Regen haben sich zu Klimascouts weitergebildet.

Bild: LRA Regen

Den Energieverbrauch im Blick

Für mehr Klimaschutz: Klimascouts und Ausstellung im Landratsamt Regen

Regen. Der Klimaschutz rückt auch im lokalen Handeln immer mehr in den Fokus. Nachdem man im Landratsamt Regen die Nachhaltigkeit verstärkt in den Blick genommen hat und Energiesparen und Ressourcenschonung keine bloßen Schlagworte sind, sondern ernst genommen werden, wurden nun auch die Azubis an das Thema herangeführt. „Wir haben unsere Auszubildenden aus allen Qualifikationsebenen zu Klimascouts weiterqualifiziert“, sagt Landrätin Rita Röhr. Die Ausbildung in Kulmbach bestanden alle vier Teilnehmer mit Bravour und nun stellen sie im Landratsamt Regen ihr neues Wissen unter Beweis.

„Interessierte können sich ab sofort im Foyer des Landratsamtes über die Klimaschutzaktivitäten des Landkreises informieren“, berichtet die Landrätin. Die Klimascouts haben im Rahmen ihres Projekts eine Ausstellung über Aktionen, Projekte und Fördermaßnahmen in Sachen Klimaschutz vorbereitet.

Sensibilisierung der Menschen

Zur Eröffnung präsentieren die Azubis nicht nur die Ausstellung, sie erklärten auch ihr Engagement. „Es ist wichtig, dass man sich vor Ort informieren kann und weiß, was man selbst zum Klimaschutz beitragen kann“, sagte Theresa Saalbach bei der Eröffnung. Damit man weiß, was im Landkreis geschieht, müsse man wissen, wie es um den Energieverbrauch im Arberland bestellt ist. „Auch die Sensibilisierung der Menschen ist notwendig“, erklärten Carina Schwirzinger und Kathrin Freimuth. Um dies zu bewerkstelligen, müsse man wissen, was der Klimawandel überhaupt ist. „Ich war überrascht, als ich erfuhr, dass bei 1,5 Grad durchschnittlicher Erderwärmung rund 20 bis 30 Prozent aller Tierarten vermutlich nicht überleben werden“, sagte Saalbach und betonte, dass der Klimawandel das größte bekannte Artensterben auslösen wird. Dabei müsse man zwischen natürlichem und menschengemachtem Wandel unterscheiden, wir sprechen hier aber von Klimaveränderungen, die der Mensch verursacht. Angesichts dessen müsse man die Klimaschutzbemühungen weiter ausbauen, waren sich alle Auszubildenden einig.

Multiplikatoren

Als Klimascouts sollen sie als Multiplikatoren im Landkreis Regen wirken. Sie sollen Wissen vermitteln, Handlungsmöglichkeiten der Kommunen ermitteln und aufzeigen, wie die Politik planen kann und eigene Ideen entwickeln und vorstellen, so die Zielsetzung des Projektes. „Eine zentrale Frage ist auch, was der Landkreis in der Zukunft machen kann“, sagte Stefan Auling, stelle aber auch heraus, dass „der Landkreis schon viel gemacht hat.“ So spare allein die Umstellung auf LED-Beleuchtung im Amt rund 1,13 Tonnen CO2 pro Jahr.

Dass der Klimaschutz auch im lokalen Geschehen eine zentrale Rolle spielen kann zeigt die Auszubildenden anhand der Stadt Zwiesel auf. Dort gibt

die feststellt: „Gerade beim Klimaschutz macht Kleinvieh auch Mist, denn vieles ist im Kleinen viel besser steuerbar.“

Energiemonitor

Die Auszubildenden stellten zudem den sogenannten Energiemonitor vor. Dieser ist ab sofort online unter <https://energiemonitor.bayernwerk.de/regen-landkreis> einsehbar und gibt einen Überblick über die aktuelle energetische Situation im Landkreis. „Der Energiemonitor gibt Aufschluss darüber inwieweit wir unseren eigenen Energiebedarf, auch aus erneuerbaren Energien, decken können“, erklärte Landrätin Röhr.

Zu guter Letzt gab es noch viel Lob für die Azubis Theresa Saalbach, Carina Schwirzinger, Kathrin Freimuth und Stefan Auling. Sie hatte nicht nur die Ausstellung im Foyer organisiert, sie hatten auch eine Infoveranstaltung für die Landkreismitarbeiter geplant: Wolfgang Kuchler vom Verbraucherschutz Bayern referierte und informierte zu „Energiesparmaßnahmen im Alltag“.

Kaniber schafft neun neue Öko-Modellregionen

Um den Ökolandbau in Bayern weiter voranzubringen hat Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber das Landesprogramm zur Förderung des regionalen Öko-Landbaus kräftig ausgebaut: Künftig wird es neun weitere staatlich anerkannte Öko-Modellregionen in Bayern geben. Sie haben sich in der vierten Wettbewerbsrunde des Ministeriums durchgesetzt.

Insgesamt gibt es damit nun bayernweit 35 Öko-Modellregionen. „Wir setzen damit ein deutliches Zeichen für mehr Produktion heimischer Bio-Lebensmittel und fördern das Bewusstsein der Verbraucherinnen und Verbraucher für die regionale Identität. Die Öko-Modellregionen haben schon bisher der Öko-Branche in ganz Bayern einen kräftigen Schub gegeben. Diesen erfolgreichen Weg gehen wir nun konsequent weiter“, sagte die Ministerin.

Die Öko-Modellregionen sind ein wichtiger Bestandteil des Landesprogramms „BioRegio 2030“, mit dem die Staatsregierung das Ziel von 30 Prozent Ökolandbau bis zum Jahr 2030 verfolgt. In den ausgewählten Modellregionen werden zukunfts-fähige Projekte zur Entwicklung des ökologischen Landbaus umgesetzt, regionale Bio-Wertschöpfungsketten etabliert und das Bewusstsein der Bevölkerung für bio-regionale Ernährung gestärkt. Erzeuger, Verarbeiter, Vermarkter und Konsumenten werden regional vernetzt und arbeiten Hand in Hand. Das Landwirtschaftsministerium übernimmt in den anerkannten Öko-Modellregionen 75 Prozent der Kosten für eine Projektmanagement-Stelle, maximal 75.000 Euro im Jahr. Die Förderung läuft zwei Jahre und kann um weitere drei Jahre verlängert

werden. Das Gesamt-Fördervolumen beläuft sich auf knapp 1,5 Millionen Euro im Jahr.

Ministerin Kaniber: „Die Öko-Modellregionen funktionieren hervorragend, auf freiwilliger Basis und ohne gesetzliche Vorschriften. Wenn alle in einer Region an einem Strang ziehen, kann es gelingen, dass die Menschen die Produkte der Landwirte ihrer Heimat wieder schätzen lernen und sich bewusst werden, dass regionale Öko-Produktion die nachhaltigste ist.“

Detaillierte Informationen zu den bisherigen Öko-Modellregionen in Bayern und ihren Projekten gibt es unter dem Link www.okeomodellregionen.bayern.

Die neuen Öko-Modellregionen sind: Bamberger Land (31 Kommunen im Lkr. Bamberg), ILE an Rott und Inn (11 Kommunen im Lkr. Passau), Landkreis Aschaffenburg (32 Kommunen im Lkr. Aschaffenburg); Landkreis Kelheim (24 Kommunen im Lkr. Kelheim); Landkreis Rottal-Inn (31 Kommunen im Lkr. Rottal-Inn); Naturpark Oberer Bayerischer Wald (39 Kommunen im Lkr. Cham und 3 Kommunen im Lkr. Schwandorf); Region Landshut (35 Kommunen im Landkreis und Stadt Landshut); Stadt.Land.Ingolstadt (Stadt Ingolstadt und 6 Kommunen im Lkr. Eichstätt) sowie Verwaltungsgemeinschaft Glonn (6 Kommunen im Lkr. Ebersberg). □

Neue Lärmkarten für Bayern sind jetzt online

Umgebungslärm an Hauptverkehrsstraßen, in Ballungsräumen und an Flughäfen wird sichtbar

Die neuen Berechnungsergebnisse des Umgebungslärms entlang Hauptverkehrsstraßen, in Ballungsräumen und im Umfeld von Flughäfen sind nun als digitale Lärmkarten im UmweltAtlas Bayern abrufbar. Ergänzend stehen die Lärmkarten auf den Internetseiten des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU) als Gemeindedatenblätter mit spezifischen Angaben zur Lärmbelastung zum Download zur Verfügung.

Die aktuell veröffentlichten Lärmkarten dienen als fachliche Grundlage für die anstehende Lärmaktionsplanung auf staatlicher und kommunaler Ebene mit dem Ziel, die Lärmbelastungen zu senken und die Lebensqualität zu erhöhen. Die Berechnung des Umgebungslärms umfasst die Flughäfen München und Nürnberg, die Ballungsräume München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Würzburg, Ingolstadt, Fürth und Erlangen und die rund 7.500 km Hauptverkehrsstraßen außerhalb der Ballungsräume. Für den Straßenverkehr, mit großem Abstand der Hauptverursacher für Lärmbelastigungen, wurde der Lärm auf einer Fläche von knapp 17.000 km², an ca. 1,7 Millionen Wohngebäuden sowie an ca. 10.000 Schul- und Krankenhausbauwerken berechnet.

Gemäß den gesetzlichen Vorgaben wird alle fünf Jahre die Belastung der Bevölkerung durch Umgebungslärm ermittelt und in Lärmkarten dargestellt. In Bayern übernimmt diese Aufgabe das LfU. Davon ausgenommen sind die Haupteisenbahnstrecken, welche durch das Eisenbahnbundesamt kartiert werden. Die Lärmkartierung ist für Ballungsräume mit einer Einwohnerzahl von mehr als 100.000, für Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen mit einem Verkehrsaufkommen von mehr als 3 Millionen Kfz pro Jahr (Hauptverkehrsstraßen), Schienenwege mit mehr als 30.000 Zügen pro Jahr (Haupteisenbahnstrecken) und Großflughäfen mit mehr als 50.000 Flugbewegungen verpflichtend. In den Ballungsräumen werden neben den Hauptverkehrsstraßen auch die übrigen relevanten Straßen, die Straßenbahnen und oberirdisch verlaufenden U-Bahnen sowie die Gewerbe- und Industrieanlagen, die der Europäischen Industrieemissionsrichtlinie (IED) unterliegen, kartiert. Hierzu hat das LfU eine große Datenmenge neu erhoben und aufbereitet. Unter anderem sind aktuelle Daten zu Verkehrsaufkommen, Geschwindigkeiten, Fahrbahnoberflächen, Lärmschutzbauwerken, Gebäuden und Gelände in die Berechnung eingeflossen. Die Lärmbelastung ist nach festgelegten Berechnungsverfahren für eine Höhe von 4 m über Boden in einem Raster von 10 m x 10 m zu ermitteln. In der aktuellen Lärmkartierung der vierten Runde wurden erstmals europaweit einheitliche Berechnungsmethoden angewandt.

Weiterführende Informationen auf der Internetseite des LfU Allgemeines zur EG-Umgebungslärmrichtlinie.

Die Gemeindedatenblätter mit spezifischen Angaben zur Lärmbelastung stehen unter Ergebnisse der Lärmkartierung zum Download zur Verfügung.

Die jüngsten Berechnungsergebnisse stehen als digitale Karte im UmweltAtlas Bayern. □

Ressourcenschonung im Straßen- und Wegebau

Vor zwei Jahren wurde die „Verordnung zur Einführung einer Ersatzbaustoffverordnung, zur Neufassung des Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung und zur Änderung der Deponieverordnung und der Gewerbeabfallverordnung“, die sog. Mantelverordnung, im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Unter Berücksichtigung von Übergangsregelungen tritt diese am 1. August 2023 in Kraft.

Somit liegt erstmalig eine bundeseinheitliche Verordnung vor, welche rechtsverbindlich Anforderungen definiert. Neben der Schonung natürlicher Ressourcen soll der Schutz von Mensch und Umwelt bei der Erzeugung und Bewirtschaftung von Abfällen – insbesondere im Straßen- und Schienenverkehrswegebau –

sichergestellt werden.

Ein Hauptaugenmerk wird auf die Herstellung und den Einbau mineralischer Ersatzbaustoffe sowie an die Verwertung von Materialien in Verfüllungen von Abgrabungen und Tagebauen gelegt. Vor allem in ländlichen mit untergeordneten Wegen geprägten Gegenden führt

dies zu massiven Änderungen.

Laut Kreislaufwirtschaftsgesetz sind Böden am Ursprungsort, nicht kontaminiertes Bodenmaterial und andere natürlich vorkommende Materialien, die bei Bauarbeiten ausgehoben und in ihrem natürlichen Zustand am Ort, an dem sie ausgehoben wurden, für Bauzwecke verwendet werden kein Abfall. Aber dies ist de facto nicht zu 100 Prozent umsetzbar! Denn Belastungen aus Einträgen der Landwirtschaft oder sogar natürlichen Ursprungs sind keine Seltenheit.

Per Definition sind alle Stoffe oder Gegenstände, derer sich ihr

Besitzer, also der Bauherr entledigt, entledigen will oder entledigen muss, Abfälle!

Also Aushubmaterial beim Straßen- und Wegebau einfach deponieren? Nein, für wiederverwertbare Abfälle gilt ein Deponieverbot. Hier steht der Deponiebetreiber in der Nachweispflicht. Gerichte gehen davon aus, dass für den Bauherren Mehrkosten von 50 bis 100 % für die Wiederverwendung oder Wiederverwertung absolut akzeptabel sind!

Verfestigung mit Zement als alternatives Verfahren

Alternativ bietet sich ein Verfahren an, welches seit Jahren in Deutschland Anwendung findet: Die Verfestigung mit Zement. Je nach vorhandenem Material kann unter Zugabe von Zement und gegebenenfalls Mineralstoffen eine Tragschicht oder eine Tragdeckschicht hergestellt werden, die in Anlehnung an das Technische Regelwerk für den Straßenbau den Anforderungen des modernen, landwirtschaftlichen Maschinenparks gewachsen ist.

Den Unterschied macht das patentierte Additiv NT BASE® aus. Eine CE-zertifizierte Polymerdispersion der corent AG, welche die Eigenschaften des hydraulischen Bindemittels Zement derart positiv beeinflusst, dass die Nutzungsdauer von Wegen nachweislich deutlich verlängert wird. Die Umweltunbedenklichkeit wurde durch eine Studie des Fraunhofer Institutes (IBP) nachgewiesen. Somit spricht alles für einen Einsatz – auch in umweltsensiblen Bereichen. Und dies ohne Mehraufwand in der Herstellung – alles passiert in einem Arbeitsgang.

Mittlerweile belegen etliche



Nicht modifizierter Streckenabschnitt.



Mit NT BASE® modifizierter Streckenabschnitt.

Referenzstrecken im In- und Ausland eindrucksvoll die Vorteile dieser Bauweise.

Beispielsweise wurden im Sommer 2021 mehrere Forstwege im Taunus mit NT BASE® ertüchtigt. Nach nunmehr acht Monaten hat die Belastung aus Verkehr und Frost auf den wassergebundenen

Anschlussstücken Ihren Tribut gezollt. Die mit NT BASE® verfestigten Strecken sind nach wie vor vollständig intakt.

Wiederverwendung und Wiederverwertung muss also nicht unnötig teuer sein – sondern kann ökonomisch und ökologisch sinnvoll gestaltet werden.

Internationaler bvse-Altpapiertag in Stuttgart

Das internationale Altpapier-Marktgeschehen, Gefahren der Cyberkriminalität im internationalen Handelsgeschäft, aber auch Chancen für die Altpapierbranche standen im Mittelpunkt des 25. Internationalen bvse-Altpapiertags in Stuttgart. Vor über 500 Teilnehmern vermittelten Fachexperten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Behörden und Verbänden ihre Perspektive und Lösungsansätze zu den brennenden Themen der Branche.

Die vorwiegend mittelständisch geprägte Altpapierbranche leidet als energieintensive Branche unter den immens gestiegenen Energiekosten. Energie muss wieder bezahlbar werden, um drohende wirtschaftliche und gesellschaftliche Schäden abzuwenden, forderte bvse-Präsident Henry Forster in seiner Begrüßungsrede.

„Der Mittelstand, zu dem auch der Großteil der deutschen Recycling- und Entsorgungswirtschaft zählt, ist unbestritten eine wichtige Säule unserer Gesellschaft. Lieferketten-, Fachkräfte- und Klimaprobleme sind nur einige Herausforderungen, vor denen unsere Branche derzeit steht. Wir müssen Gas geben und werden Lösungen finden, allerdings brauchen wir vor allem eine verlässliche Politik, die sich um das derzeitige Hauptproblem unserer Branche und des Mittelstandes kümmert: Wir müssen Energie bezahlbar machen!“, erklärte Forster.

„Der Mittelstand und insbesondere die Entsorgungswirtschaft ist in der Region vernetzt und kann seine Aktivitäten nicht ‚mal schnell‘ ins Ausland verlegen, weil dort niedrigere Energiepreise locken“, hob der Präsident hervor und machte mit einem Beispiel auf die prekäre Situation der Unternehmen aufmerksam: „Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern produziert ca. zweieinhalbmal mehr Energie als es selbst verbraucht, hat aber mit die höchsten Netzentgelte und Stromkosten in Deutschland. Dies ist absurd und schadet nicht nur der Bevölkerung, sondern auch der Industrie und dem Handwerk.“ Die Unternehmen des Mittelstandes müssten hier zusammenstehen, aber vor allem sei die Politik gefragt, sich dieses Problems dringend anzunehmen, lautete Forsters nachdrücklicher Appell.

Werner Steingäß, Vorsitzender des Fachverbandes Papierrecycling und Vizepräsident des bvse-Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung, betonte, dass die Altpapierbranche die dreijährige Dauerkrise bewältigt habe. Er erläuterte, dass die konjunkturellen Schwierigkeiten der Papierbranche zu einem zeitweise erheblichen Aufbau der Lagerbestände geführt hätten. In dieser schwierigen Gemengelage habe sich der Altpapier-Export wieder einmal als unverzichtbares Ventil erwiesen. „Ohne dieses Ventil der Marktentlastung hätte diese Krise nicht bewältigt werden können, denn wir sind in Europa nach wie vor Nettoexporteur von Altpapier in Höhe von rund 6 Millionen Tonnen pro Jahr“, stellte Steingäß

fest. Der Vizepräsident machte deutlich, dass Exporte von qualitativ behandelten, normierten Rohstoffen aus dem Recycling ein unerlässliches Regulativ für die Funktionalität der innersuropäischen Märkte seien.

„Verstopfte Märkte, wie im letzten halben Jahr, führen ohne einen funktionierenden Export zum Verlust des Wertes der Ware Altpapier und das können wir uns nicht leisten. Die Erfassung, Aufbereitung und zielgerichtete Vermarktung von Altpapier kostet Geld und das muss über den Wert der Ware kompensiert werden. Über die Gefahr reduzierter oder gar wegfallender Einnahmequellen auch für die Kommunen wollen wir gar nicht reden. Wenn wir es zulassen, dass durch verstopfte Märkte, auch wenn es kurzzeitig ist, der Wert der Ware die Kosten nicht mehr deckt, dann gehen Teile dieses wertvollen Rohstoffs Altpapier der Wertschöpfungskette verloren, teilweise auch unwiederbringlich verloren“, so Steingäß.

Vom Wert der Ware Altpapier

Nach seinen Worten habe Deutschland die besten Erfassungssysteme mit der besten Qualität, so dass die deutschen Papierfabriken eine Spitzen-Altpapiereinsatzquote von 79 Prozent vorweisen könnten. Um all dies zu erhalten, dürfe der Wert der Ware Altpapier auch in schwierigen Zeiten nicht verloren gehen. Dies gelinge auf Dauer nur über einen freien, funktionierenden Weltmarkt und nicht durch Abschottung und Abgrenzung.

Aus Steingäß' Sicht entwickelt sich die Novelle der EU-Abfallverbringungsverordnung aber „genau in diese Richtung“ der Einschränkung und Behinderung. „Man muss es sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Die Politik greift – ohne zu unterscheiden zwischen qualitativ aufbereiteten Verwertungsabfällen einerseits und unbehandelten Abfällen andererseits – massiv in funktionierende Märkte von Sekundärrohstoffen ein. Der bvse sieht daher die erfolgreiche Arbeit der Branche massiv gefährdet durch die drohende Behinderung des freien Welthandels mit aufbereitetem Altpapier.“ Umso wichtiger sei es, das Thema „Ende der Abfalleigenschaft für Altpapier“ voranzutreiben, konstatierte der Fachverbandsvorsitzende. Würden bestimmte qualitative Kriterien erfüllt, könne Altpapier das Ende der Abfalleigenschaft erreichen. Dies entspreche bereits der gängigen Rechtsauffassung und Um-

setzung in Spanien, Italien, Frankreich und der Wallonie sowie in Bayern und Nordrhein-Westfalen. Nach Ansicht des bvse ist es deshalb längst überfällig, dass der Gesetzgeber dies in Deutschland bundesweit anerkennt. Mit Blick auf die EU-Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle begrüße der bvse grundsätzlich die Ziele dieses Entwurfes, darunter die Stärkung des Verpackungsrecyclings auf dem Weg zu mehr Ressourcenschutz und Nachhaltigkeit, führte Steingäß aus. Allerdings lehne der bvse-Fachverband Papierrecycling die generelle Vorgabe zum verbindlichen Einsatz wiederverwendbarer Verpackungen ab.

„Der dabei pauschal unterstellte Vorteil einer Mehrwegverpackung ist nicht belegt. Im Gegenteil: Der Aufbau notwendiger Rücknahmesysteme für Verpackungen aus PPK brächte deutlich mehr negative als positive Effekte mit sich. Das erfolgreiche, höchst effiziente Recyclingsystem von PPK-Verpackungen – also die Wiederverwertung statt Wiederverwendung – würde nachhaltig Schaden nehmen und getreu dem Motto: ‚never change a running system‘ sollte hieran nichts geändert werden“, hob Steingäß hervor. Der Mehrwert bei PPK bestehe gerade darin, dass der Faseranteil in den bereits bestehenden Recyclingsystemen ökologisch vorteilhaft und effizient genutzt wird. Gerade bei PPK seien daher alle Anforderungen an Mehrweglösungen überflüssig. Auch die Dekarbonisierung sei für die Altpapierbranche ein wichtiges Thema. Mit etwa einer Milliarde Tonnen CO₂-Einsparpotenzial trage das Altpapierrecycling erheblich zu den internationalen Bemühungen der Bekämpfung der Klimakrise und dem politischen Willen nach „Grünen Lösungen“ bei. „Durch Recycling schonen wir primäre Ressourcen und leisten so unseren erheblichen Beitrag zum Naturschutz und zur Artenvielfalt. Die Recyclingwirtschaft ist Teil der Lösung für mehr Klimaschutz“, stellte der Vizepräsident fest. Der bvse, so berichtete er, habe sich zusammen mit dem TÜV Süd dem Thema Dekarbonisierung, konkret der Sichtbarmachung von CO₂-Reduktion bei der Erfassung und Aufbereitung von Sekundärrohstoffen wie Altpapier, gewidmet. Über einen standardisierten Prozessablauf könnten der CO₂-Rucksack und auch CO₂-Kennzahlen in der Erfassung und Aufbereitung von Altpapier ermittelt werden. „Der Vorteil dieser Feststellung besteht darin, die eigenen Werte und das Einsparpotenzial zu erkennen und hieraus auch gezielt in Energieeffizienz investieren zu können. Auch hier gilt es, die Nase vorne zu haben. Hier wollen wir mit der Unterstützung unserer Mitgliedsunternehmen auch unseren Beitrag zur CO₂-Reduktion leisten“, so Steingäß abschließend. DK



EINFACH BESSER - FÜR IHR BUDGET UND DIE UMWELT

Als Unternehmen haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, für Straßen- und Wegebau sowie sonstige zementgebundene Bauweisen ein Additiv zu entwickeln, welches ökonomisch und ökologisch neue Maßstäbe setzt – unser NT BASE.

NT BASE verbessert nachweislich die Eigenschaften von Zement. Und das in jeder Schicht. Sparen Sie sich den Ausbau, den Transport, die Lagerung und die Deponierung von Baustoffen, welche Sie bereits teuer bezahlt und verbaut haben. Verfestigen Sie den Oberbau unmittelbar vor Ort und reduzieren Sie Instandhaltungskosten und Bauzeiten.

Es ist so einfach und effizient wie es sich anhört!

Sie haben Fragen an uns? Wir helfen Ihnen gerne!

089 - 215 45 40 30 | www.corent-ag.de



Der Ressenig-MAN TGS 28.510. Die Kugelmann Aufbau-Kombistreumaschine FS 100 lässt sich in fünf Minuten von einer Person abbauen.



Georg Plut, Verkaufsleiter Kommunal-, Gewerbe- und Forsttechnik Südbayern stellte das BayWa-Team den über 1.500 Mitarbeitern der kommunalen Bauhöfe, Straßen- und Autobahnmeistereien vor.

Technische Daten:

MAN TGS:

- Leistung: 375 kW/510 PS
- Radstand: 3.600 mm
- Zulässiges Gesamtgewicht: 26.000 kg
- 3-Achs-Fahrgestell mit Lenk-Lift-Achse
- Blatt-Luft Federung
- Vollhydraulisches Ressenig Wechselsystem mit 3-Seitenkipper:

- Abmessungen innen: 4.540 x 2.420/2.405 mm
- Aluminium-Bordwänden, Seitenwandhöhe: 1.000 mm
- Boden: 5 mm Hardox®-Blech
- Seiten- und Heckwand hydraulisch zu öffnen und zu verschließen

- Kugelmann Aufbau-Kombistreumaschine FS 100:
- 7.200 l Solevolumen
- Trockenstoffvolumen: bis zu 6 m³
- Vollweageabhängige digitale Regelung über K-tronic²-Steuerung
- Optionale Ausstattung: z.B. elektrische Streubildverstellung, elektrische Streukontrolle

Abschluss der Winterdienstvorführtage:

BayWa rief und alle kamen

Nach 2019 konnten das erste Mal wieder die Winterdienstvorführtage durchgeführt werden. Nach Stationen in Oberwiesenthal, Birschofheim, Straubing und Kirchheim unter Teck fand der Abschluss der BayWa-Winterdienstvorführtage auf dem Parkplatz der Taubensteinbahn am Spitzingsee statt. Insgesamt haben über 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Veranstaltungen besucht.

Traditionell finden die Vorführtage alle zwei Jahre statt – 2021 mussten sie entfallen. Umso größer war der Andrang dieses Jahr. Dem Fachpublikum, bestehend aus Mitarbeitern und Leitern von Bauhöfen, Straßen- und Autobahnmeistereien und Behörden, wurden Maschinen und Geräte für den professionellen Winterdienst präsentiert und Neuheiten vorgeführt. Neben der persönlichen Ansprache des Verkaufspersonals bot sich hier die Möglichkeit verschiedene Fahrzeuge Probe zu fahren und Geräte auszuprobieren.

Herausforderungen der Branche

Neben Energiesparen und Arbeitssicherheit stehen die Themen Nachhaltigkeit und Umwelt-

schutz in der Branche ganz oben auf der Tagesordnung. Den inzwischen durchschlagenden Fahrkräftemangel begegnet man mit technischen Lösungen. Die Fahrer sind meist allein unterwegs und müssen so auch alle Aufgaben erledigen können. Hochtechnisierte Fahrzeuge, die noch dazu für verschiedene Aufgaben verwendet werden können, helfen hierbei. Immer mehr kleinere bis mittelgroße elektrische Fahrzeuge, wie Kehmaschinen und Transportfahrzeuge, sorgen für abgasfreies und geräuscharmes Arbeiten in den Ortskernen.

Klimawandel

Boris Giesen, Key-Account-Manager, staatl. Bauämter, Wasserwirtschaftsämter und Autobahn GmbH des Bundes, bringt einen

weiteren Aspekt mit in die Diskussion: Der Klimawandel verändert die Aufgaben in den Bauhöfen. Gehölzpflege in den Wintermonaten ist bspw. in bestimmten Gebieten jetzt fast durchgängig möglich. Und der Winterdienst, so sagt er, wäre jetzt auf Bundesstraßen und Autobahnen immer öfter rein präventiv mit Sole unterwegs. Die Vorteile von Sole gegenüber dem reinen Streusalz, so der Spezialist, lägen darin, dass bei Streusalz ca. 80 Prozent verwehen und das Salz nicht dort ankommt, wo es gebraucht werde.

Sole hingegen könne punktuell und genau dosiert ausgebracht werden. Das schont die Umwelt und spart Geld.

Ressenig-MAN TGS 28.510

Als Hightech-Lösung für diese Aufgabe wird der Ressenig-MAN TGS 28.510 mit einer Kugelmann Aufbau-Kombistreumaschine FS 100 präsentiert, ein System-LKW für den Straßenbetrieb mit einem hydraulischen Wechselsystem, das minutenschnelle Umbauten erlaubt, die nur von einer Person durchgeführt werden. So lassen sich eine große Anzahl an kommunalen Aufgaben durch unterschiedliche Aufbauvarianten erledigen.

Die Kommunalhydraulik von Kugelmann lässt sich einfach über ein Bedienpult für alle Geräte, z. B. Wechselaufbau, Streuautomaten, Frontanbaugeräte usw., steuern. Die auf der Veranstaltung vorgeführte Kugelmann Aufbau-Kombistreumaschine FS 100 ermöglicht alle Streutechnologien: Elektronik, Steuerungen, Pumpen, Streuteller und ein Zweikammersystem können von Trockensalz, Mischbetrieb bis FS 100 alles darstellen. Diese Dosiergenauigkeit trägt maßgeblich zur Wirtschaftlichkeit des Fahrzeugs bei. Im Sommer kann das Fahrzeug leicht umgerüstet werden und als Kipper/Kran oder Gießanlage Verwendung finden. **CH**

Stadt Marktrechwitz:

1. Bayerische Schneeflugmeisterschaft

Am Sonntag, 21. Mai 2023 veranstaltet die Stadt Marktrechwitz unter der Schirmherrschaft des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder die 1. Bayerische Schneeflugmeisterschaft. Rund um die Wettkämpfe findet ein fröhliches Familienfest mit viel Musik und zahlreichen Attraktionen statt, an dem nicht nur die Teams und ihre Fanclubs teilnehmen, sondern auch die breite Öffentlichkeit eingeladen ist.

Die teilnehmenden 21 Teams treten in einem spannenden Geschicklichkeitswettbewerb gegeneinander an und können tolle Sachpreise gewinnen. Die Fahrer müssen möglichst zügig und fehlerfrei den Parcours, der reelle Situationen des Winterdienstes abbildet, mit einem Unimog vorwärts und rückwärts bewältigen. Geschicklichkeit, Präzision und Sicherheit sind dabei siegentscheidende Bewertungskriterien. Um den Fahrern beste Startbedingungen zu geben, findet einen Tag vorher, also am 20. Mai 2023, ein freies Training statt.

Im Vordergrund der Veranstaltung steht, in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein für die psychischen und physischen Belastungen des Winterdienstes zu schaffen. Im Rahmen einer kleinen Outdoor-Messe präsentieren sich außerdem Aussteller aus den Bereichen Unfall- und Gesundheitsschutz. Mit der Austragung der Meisterschaft soll aber auch der Berufsstand aus einem anderen Blickwinkel gezeigt werden und damit aktiv an der Nachwuchs-Gewinnung gearbeitet werden.

Safety First

Die Rolle der Umweltkommunikation am Wertstoffhof

In Deutschland gibt es mehr als 3.300 Wertstoffhof- und Recyclinghöfe. Sie sind die zentrale Institution der kommunalen Kreislaufwirtschaft. Die Beschäftigten auf Wertstoffhöfen stehen dabei an vorderster Stelle beim Übergang von der Wegwerf- zur Kreislaufgesellschaft. Von welcher Bedeutung die Servicekräfte nicht nur hinsichtlich einer sachgerechten Entsorgung von Wertstoffen, sondern auch für die Umweltkommunikation mit Bürgerinnen und Bürger sind, erörtert kommunalwirtschaft.eu in Zusammenarbeit mit Werner P. Bauer, dem geschäftsführenden Gesellschafter der ia GmbH – Wissensmanagement und Ingenieurleistungen.

Wer im Zentrum für Umweltkommunikation der Deutschen Bundestiftung Umwelt DBU bzw. in deren Internetangebot nach den aktuellen Themen der Umweltkommunikation forscht, findet unter anderem die Wanderausstellung „Grün Stadt Grau – nachhaltige StadtLandschaften“, „Städte im Zeichen des Klimawandels“ mit dem Schwerpunkt Ozon- und Feinstaubkonzentration als eine Auswirkung der weltweiten Erwärmung sowie den DBUdigital Online-Salon zum „Management für die Ernährungswende in Großküchen“. Immerhin hat unsere Ernährung nicht nur einen erheblichen Einfluss auf die individuelle Gesundheit, sondern auch grundsätzlich auf das Klima.

Kommunikationshürden

Alles wichtige Themen. Im Hinblick auf Wertstoffhöfe stellt sich jedoch die Frage, ob Personen, die einen Wertstoffhof besuchen, ähnlich weitgehend über Umweltthemen informiert werden möchten. Selbst am besten als „außerschulischen Lernort“ ausgebauten Wertstoffhof geht es in der Hauptsache um Abfall. Und – wie der Name sagt – um Wertstoffe.

Interessieren sich wirklich alle für den Unterschied zwischen PET und PE-Kunststoff? Oder dafür, was Altholz I-III bedeutet und was zu der Altholzkategorie A IV

gehört? Folgt man den Sachkundigen vor Ort, den Servicekräften am Wertstoffhof, dann möchten die meisten vor allem möglichst schnell den Platz wieder verlassen und beabsichtigen deswegen, lediglich die mitgebrachten Abfälle in den richtigen Containern zu entsorgen. Der Einfachheit halber heißt die helfende Anweisung dann schließlich „zu Container 4 oder 7“ oder „gemäß des angebrachten Piktogramms“. Die eben genannten Beispielfragen lassen sich dementsprechend mit einem klaren NEIN beantworten.

Richtiges Sortieren

Zahlreiche Wertstoffhöfe haben eine Theke für Elektroaltgeräte eingeführt, um den umweltfreundlichen Umgang mit Elektroschrott zu fördern und dessen ordnungsgemäße Entsorgung zu gewährleisten. Durch die Trennung dieser Geräte von anderen Wertstoffen kann sichergestellt werden, dass sie fachgerecht recycelt und entsorgt werden, anstatt einfach als Abfall zu enden. Außerdem kann durch die getrennte Sammlung wertvolles Material wiederverwendet und die Umweltbelastung reduziert werden.

Dies hilft auch überforderten Kundinnen und Kunden, die sich die Anweisungen auf den wenigen Meter bis zur Annahmestelle nicht merken können. Sie kön-

nen gebrauchte Elektrowaren – auch Lampen oder Kleineres wie CD-ROMs oder Tonerpatronen einfach auf den Tisch legen. Die Einordnung in die Behälter, Gitterboxen oder den Container übernehmen dann die Servicekräfte. Für ausgebildete und somit auch selbstbewusste Servicekräfte ist das keine Schwierigkeit. Sie kennen sich aus und kümmern sich lieber selbst um die Qualität der Wertstoffe, als dies den gestressten Besuchern und Besucherinnen zu überlassen.

Arbeitsschutz und Vermeiden von Unfällen

Die besondere Rolle von Servicekräften auf Wertstoffhöfen besteht aber zuallererst darin, die Sicherheit auf dem Hof zu gewährleisten. Safety First! Dabei geht es nicht nur um die Sicherheit sowohl von Besucherinnen und Besuchern als auch von Kolleginnen und Kollegen, sondern auch um die eigene Sicherheit und die Vorsorge, nicht durch falschen Fleiß mittelfristig einen Rückenschaden zu riskieren. Dies erfordert, vorausschauend zu denken, aufmerksam hinzusehen und

beherzt auffällige Personen davon abzuhalten, sich durch übermäßige Hektik selbst oder andere zu gefährden. Wenn beispielsweise die Hand- oder Aktentasche versehentlich in die Presse gefallen ist, gilt es, blitzschnell und eindeutig einzugreifen.

Ausfalltage in Folge von Arbeitsunfällen

Ein unfallfreier Wertstoff- oder Recyclinghof ist das beste Resultat einer guten Planung und eines guten Betriebs. Einer im letzten Jahr durchgeführten Umfrage des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) zufolge erleiden jährlich ungefähr 0,5 Prozent der Beschäftigten auf einem Wertstoffhof einen Arbeitsunfall. Im Jahr 2021 waren dies 46 von 1.000 Mitarbeitenden auf Wertstoffhöfen. Durchschnittlich 19 Ausfalltage zogen diese Unfälle nach sich. Auf den häufig ohnehin schon unterbesetzten Wertstoffhöfen hat dies oft Konsequenzen für die Kolleginnen und Kollegen, welche die fehlende Fachkraft ersetzen müssen,

und für die Besucherinnen und Besucher, die den Ausfall im Service spüren.

Kommunikationsanlässe

Doch noch einmal zurück zur viel besprochenen Abfallberatung und Umweltkommunikation. Gemäß der Zen-Weisheit „Kein neuer Tee in volle Tassen“ kann eine gute Beratung zur richtigen Gelegenheit stattfinden. Treffen Besucherinnen und Besucher einen aufgeräumten Hof mit kompetenten Servicekräften an, so kann auch mal genügend Zeit für die ein oder andere Frage bleiben: Zum Beispiel ob der mitgebrachte Wecker tatsächlich weggeworfen werden soll oder ob er doch noch zu gebrauchen ist. Oder ob zu Hause noch alte Handys oder Kleidung, die längst zu klein oder zu groß geworden ist, herumliegen. Gut ausgebildete Servicekräfte können alle Aspekte der Abfallentsorgung und des Recyclings ansprechen:

- Sortierung von Abfällen: Sie können beraten, wie Abfälle richtig zu sortieren sind, um eine ordnungsgemäße Entsorgung zu gewährleisten.
- Entsorgung von Elektroschrott: Sie können Kundinnen und Kunden erklären, wie sie ihre alten Elektrogeräte ordnungsgemäß entsorgen können.
- Recycling: Sie können über die Vorteile von Recycling und persönliche Beiträge zur Abfallvermeidung informieren.
- Umweltvorschriften: Sie können Besucherinnen und Besucher über geltende Umweltvorschriften und -bestimmungen informieren und ihnen helfen, diese einzuhalten.

Gemeinde Planegg:

Kostenlose Ausgabe von Saatgut für Blumenwiesen

Seit 2019 verschenkt die Gemeinde Planegg naturschutzfachlich hochwertiges, gebietsheimisches Saatgut an die Bürger. Ob im Garten oder im Balkonkasten, jeder Beitrag hilft ein kleines bisschen den in unserer Region heimischen Insekten, die richtigen Pflanzen mit den richtigen Blüten zu finden.

Alle Planegger und Martinsrieder, die etwas für die heimische Natur, insbesondere für Wildbienen, Schmetterlinge & Co tun wollen können sich ab sofort und zunächst bis Ende Mai 2023 kostenlos gebietsheimisches Saatgut für eine artenreiche "Bienenweide" abholen.

Qualifikation

Ein optimal organisierter Wertstoffhof erleichtert die Entsorgung von Abfällen wie Sperrmüll, Grünschnitt oder Elektro-Altgeräten. Ein optimal ausgebildetes Personal am Wertstoffhof weiß darüber hinaus diese Besuchszeit für Umweltberatung zu nutzen. Die Geschichten bilden sich dann wie von selbst um die mitgebrachten Abfälle und Wertstoffe. Für neue Kolleginnen und Kollegen ohne einschlägige Vorbildung vermittelt der Lehrgang „Servicekraft Wertstoffhof“ die notwendige Sachkunde für die Umweltberatung.

Mit einer guten Ausbildung kann das Personal die verschiedenen Typen von Abfällen richtig identifizieren und sortieren, um eine sachgerechte Entsorgung zu gewährleisten. Außerdem kann es die Kundinnen und Kunden beraten und ihnen helfen, ihre Abfälle ordnungsgemäß zu entsorgen. Ein gut ausgebildetes Personal kann auch bei der Vermeidung von Umweltverschmutzung, Unfällen und Verstößen gegen Umweltvorschriften helfen. Nur mit qualifiziertem Personal ist es möglich, eine sichere und nachhaltige Annahme von Wertstoffen sicherzustellen.



Inmitten der Gäste v.l.: Rolf Trampert, Leiter Vertrieb Unimog DACH, Claus Roth, General Manager, Business Development & Sales, beide Daimler Truck AG, Mercedes Benz Special Trucks, Tim Oßwald und Prof. Gerhard Mayer, beide Geschäftsführer Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge, Johannes Stingl, Zweiter Bürgermeister der Stadt Neu-Ulm, Helmut Armbruster, Regionalleiter Service Unimog und Frank Neumann, Leiter Service Unimog Europa. Bild: CH

Stadt Neu-Ulm:

Zukunftsweisendes Gebäude für anspruchsvolle Technik von Morgen

Universaldienstleister Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge nimmt Erweiterungsbau in Betrieb

Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge wurde vor über 120 Jahren in Neu-Ulm gegründet und ist nur etwas über 30 Jahre jünger als die Stadt selbst. Inzwischen ist der Platz am Firmensitz in der Industriestraße eng geworden und um die hoch technischen und wertigen Produkte, u.a. Unimog und Mitsubishi-Gabelstapler, den Kunden in einer adäquaten Umgebung präsentieren, vorführen und ausliefern zu können, hat der zweitälteste Neu-Ulmer Familienbetrieb im ältesten Industriegebiet ein Gewerbegebäude mit Signalwirkung errichtet. Für Neu-Ulms Zweiten Bürgermeister Johannes Stingl ist der moderne Erweiterungsbau ein „starkes Bekenntnis für den Standort“.

Prof. Gerhard Mayer, Hauptgesellschafter und Geschäftsführer in dritter Generation, bezeichnet einen „Neubau auch immer als Zensur, als ein Stück Familiengeschichte“.

Diese Geschichte begann 1901 mit der Gründung der Firma durch den Erfinder Wilhelm Mayer, der zu den Wegbereitern des Unimogs zählt, und

setzte sich fort mit der Ansiedlung des Unternehmens in der Industriestraße in Neu-Ulm 1918. Unter dem Sohn Willy Mayer erfolgte der großflächige Ausbau und Aufbau zu einem Großhandelsunternehmen. Seit 1954 ist Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge Vertriebs- und Servicepartner des Unimogs, der seit 1952 zu Daimler gehört. Laut Claus Roth, General Manager Business Development & Sales bei der Daimler Truck AG, zählt das Unternehmen zu den ersten Vertriebspartnern überhaupt.

REFORM und Beuthauser:

Ausbau der langjährigen Zusammenarbeit

Die Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG und die Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG übernehmen ab sofort die Gebietsbetreuung der gesamten REFORM Fahrzeugpalette (Metrac, Muli und Boki) im Vertriebsgebiet Thüringen, Oberfranken, Oberpfalz und in Niederbayern (hier teilweise gemeinsam mit Fa. Reif, Landshut). Nach der erfolgreichen Zusammenarbeit beim Vertrieb der REFORM Metrac-Baureihe erfolgt damit eine Erweiterung der bestehenden Kooperation.

Zusätzlich zu der ausgezeichneten Vertriebskompetenz war für REFORM die flächendeckende Serviceabdeckung des Gebietes ein wesentlicher Punkt für die Intensivierung der Kooperation. Neben den regelmäßigen Wartungs- und Servicearbeiten werden künftig auch alle sonstigen Reparaturen und Umbauten von den Experten der Fa. Beuthauser durchgeführt. Dadurch wird eine rasche und kompetente Kundenbetreuung in den Werkstätten und vor Ort sichergestellt.

Für Beuthauser war es nach der bereits erfolgreichen Partnerschaft beim Vertrieb der Metrac-Modelle, ein logischer Schritt, das komplette Produktportfolio zu übernehmen. Die hohen Qualitätsstandards der Fahrzeuge, die breite Produktpalette, sowie die sehr gute Zusammenarbeit auf Augenhöhe spielten hierbei auch eine zentrale Rolle.

Mitte März war es dann so weit. Das jetzt vollständig in das Beuthauser-Sortiment übernommene REFORM-Produktportfolio wurde den Fachbesuchern am Beuthauser-Standort in Hengersberg präsentiert. Ca. 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Bauhöfen, Friedhöfen und Straßenmeistereien nahmen die neuen Fahrzeuge unter die Lupe.

REFORM

REFORM ist führender Spezialist in der europäischen Bergland- und Kommunaltechnik. Im Jahr 1910 von Johann Bauer gegründet, produzierte man bereits in den Anfangsjahren Gerätschaften für die Landwirtschaft, von der Sämaschine „Welsia“ bis zum Energiesparofen. Im Laufe der 112 Jahre erfand sich das Unternehmen mehrfach neu und entwickelte sich von der Gießerei zur Fahrzeugfabrik. REFORM ist nach wie vor ein Familienunter-

nehmen, mittlerweile in der dritten Generation.

Das Unternehmen verfügt über langjährige Erfahrung in der Produktentwicklung und Produktion und punktet mit seiner hohen Lösungskompetenz sowie seinem erstklassigen Kundenservice. Dadurch ist REFORM ein zuverlässiger Partner auf dem Weg in die Zukunft. Reinhard Riepl (CEO), Franz Haas (CSO) und Wolfgang Zauner (COO) sind die Geschäftsführer der REFORM-Werke.

Die REFORM-Fahrzeuge

Zur Unternehmensgruppe mit mehr als 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zählen die REFORM-Werke in Wels (Österreich), die Agromont AG in Hünenberg (Schweiz) und die Kiefer GmbH in Dorfen (Deutschland). REFORM entwickelt und produziert Spezialfahrzeuge für den Ganzjahreseinsatz in der Bergland- und Kommunaltechnik. Zu den erfolgreichen REFORM-Produkten zählen die Transporter Muli und Boki, der Geräteträger Metrac, die Einachser Motech sowie die Friedhofsbugger Boki.

Beuthauser-Gruppe

„Mensch. Technik. Lösungen.“ Getreu diesem Motto begeistert Beuthauser seine Kunden nicht nur mit Technik, sondern auch mit erstklassigem Service. Die Beuthauser-Gruppe ist mit 1.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an 27 Standorten und 507 Mio. Euro Jahresumsatz ein marktführendes Handels- und Dienstleistungsunternehmen in den Bereichen Verkauf, Vermietung und Service von hochwertigen Produkten sowie digitalen Lösungen. Zu den Hauptlieferanten zählen die Premium-Hersteller Liebherr Baumaschinen, Linde Flurförderzeuge und Mercedes-Benz Unimog. Den absolut entscheidenden Mehrwert für ihre Kunden leisten die Mitarbeiter an all den Standorten: Persönlich, kompetent, schnell und lösungsorientiert. Genau das, was weder künstliche Intelligenz noch Algorithmen leisten können. □



Die erfolgreiche Kooperation zwischen REFORM und Beuthauser wird weiter ausgebaut. Im Bild v.l.: Martin Kloboucnik (Geschäftsführer Kiefer GmbH), Claus Artmayr (Fa. Beuthauser), Franz Haas (CSO REFORM) sowie Reinhard Riepl (CEO REFORM) Bild: Fa. Beuthauser

Der Alleskönner Unimog vereint über 75 Jahre Ingenieurskunst mit dem praktischen Nutzen und das in der allerhöchsten Qualität. Diesem Fahrzeug wird das nun ebenfalls an der Industriestraße neu errichtete Gebäude gerecht. Das Architekturbüro o5 Architekten BDA aus Frankfurt arbeitete Vision und Zweck in den Entwurf ein. Bürgermeister Stingl lobte, dass – gemäß dem Firmenmotto „Nutzen nach Maß“ – genau darauf geachtet wurde, für wen gebaut wird.

Klimaneutraler Industriebau

So entstand, unter der Federführung des Firmen-Gesellschafters Dr. Jan Mayer, ein klimaneutraler Industriebau mit Effizienzhaus-Plus Standard. Eine Grundwasser-Wärmepumpe sorgt für die Heizung, in Dach und Fassade integrierte PV-Flächen für den Strom. Über das Jahresmittel gerechnet wird sogar ein Überschuss an Strom erzeugt, mit dem dann auch der elektrische Fuhrpark betrieben werden kann. Die Lüftung auf dem Dach ist mit einer Wärmerückgewinnung ausgestattet und das Gebäude gut gedämmt, damit die Wärme im Gebäude bleibt. Im Sommer sorgt die Nachtauskühlung für angenehme Arbeitstemperaturen.

Gebaut hat die Schwesterfirma Wilhelm Mayer Grundstücksgesellschaft (mbH & Co. KG). Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge ist zentraler Mieter der Ausstellungs-, Diagnose- und Rüsthalle mit integriertem Büro-Zwischengeschoss. In dem neuen Gebäude



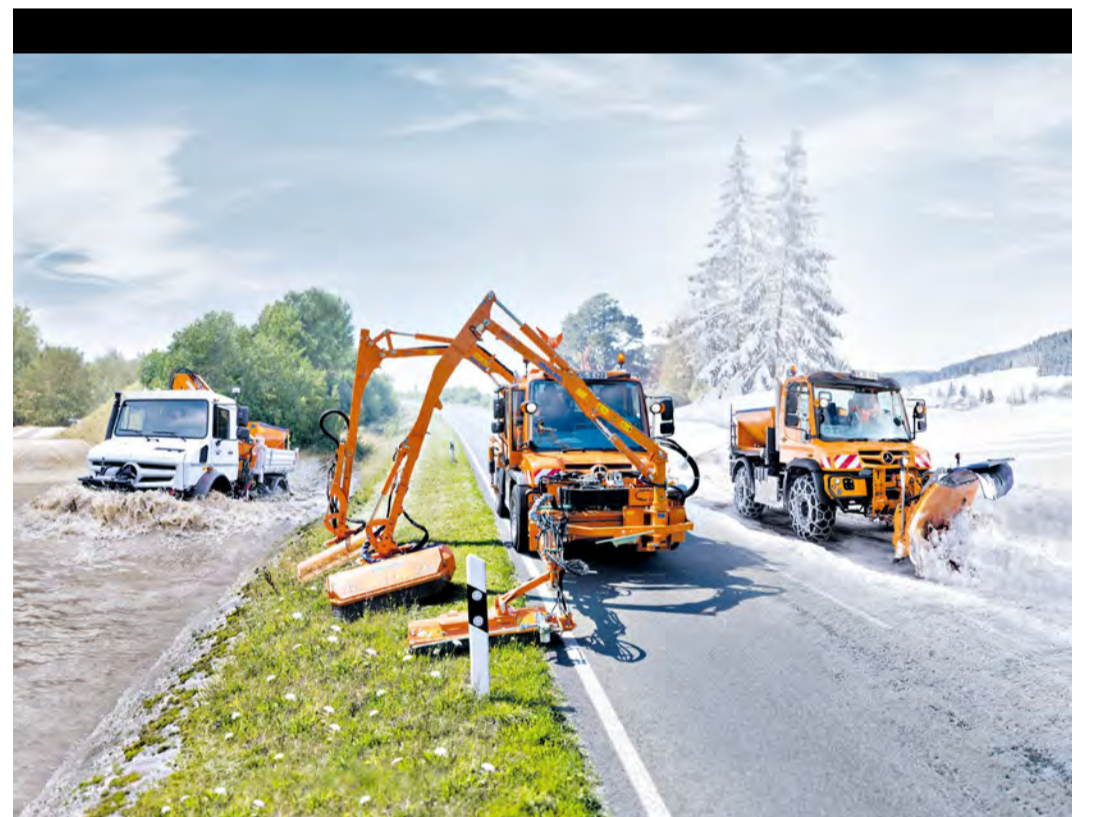
Das neue Gebäude. Rechts an der Fassade ist die integrierte PV-Anlage zu erkennen. Links ist eine fünf Meter hohe Auskragung. Durch diese können große Fahrzeuge das Gebäude umfahren und den Verladehubtisch ansteuern. Außerdem dient der überdachte Bereich als Parkfläche für das eigene Tiefladefahrzeug. Die beiden obersten Stockwerke werden fremdvermietet. Bild: CH

de werden nun Betriebsabläufe optimiert und Zeitverluste reduziert. Die neue Halle ist mit einer modernen, gut zugänglichen Prüfstraße ausgestattet, die sämtliche Prüfeinrichtungen nach geltenden Richtlinien genauso enthält wie spezielle Arbeitsplätze für Elektrofahrzeuge.

Qualität, Effizienz und Innovation

Tim Oßwald, Geschäftsführer von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge, beschreibt die Halle auch als „das Herz aller zukünftigen Kundenaktivitäten. Als kundenori-

entiertes Unternehmen verstehen wir uns als Universal-Dienstleister.“ Das Kundenzentrum dient fortan nicht nur als Auslieferungshalle (mit Übergabe und Einweisung) oder Rückgabestation von Miet- oder Vorführfahrzeugen, sondern hier werden auch kundenspezifische Rüstarbeiten (Customizing) vorgenommen oder Schulungen durchgeführt. Außerdem wird die Halle als Ausstellungsbereich von Produktvorstellungen genutzt werden. So finden sich in diesem Gebäude die Ansprüche der Kunden an die Produkte, die sie kaufen: Qualität, Effizienz und Innovation. CH



Überzeugt Unternehmer, Entscheider und Fahrer zugleich: der Unimog.

Kompakt, kraftvoll, robust: die Kommunalprofis von Mercedes-Benz. Städten und Gemeinden gehen die Aufgaben nie aus. Die Budgets dagegen werden immer knapper. Deshalb verlangen sie nach wirtschaftlichen und vielseitigen Lösungen.

Der Unimog macht Ihnen die Entscheidung leicht: egal ob besonders kompakt (U 216 / U 218 / U 219), besonders kraftvoll (U 318 bis U 530) oder besonders robust und geländegängig (U 4023 / U 5023).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Markt Rohr i.NB, im Landkreis Kelheim, 3480 Einwohner. Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

01. Mai 2020, hauptamtlich. Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich bin examinierte Krankenschwester und half meinem Ehemann in seinem Fuhrunternehmen (Büro, LKW fahren). Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Nachdem ich bereits seit 2008 im Marktgemeinderat war/bin, davon 6 Jahre Zweite Bürgermeisterin, wollte ich meine Ziele, Vorstellungen und meine persönliche Art mit Personen und Projekten umzugehen noch besser einbringen.

Birgit Steinsdorfer

Erste Bürgermeisterin – Markt Rohr i.NB

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Mit einem einwöchigen Seminar für Bürgermeisterkandidaten, vielen Gesprächen mit amtierenden Kollegen und mit den sehr aktiven Kandidaten meiner Liste.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Mit der Wahl vor genau 3 Jahren, am 15.03.2020, schlug direkt die Pandemie zu. Die vielen Einschränkungen, Maßnahmen die es zu erfüllen gab und Vorschriften blockierten tatsächlich die angestrebten Ziele. Termine, Veranstaltungen uvm.



Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Der Neubau einer Kindertagesstätte, die Erschließung von ca. 3 ha zu einem Wohngebiet, die hohen Energiekosten, die sich in den Haushaltsvorbereitungen niederschlagen.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die städtebauliche Entwicklung im Klosterumfeld des Rohrer Ortskerns ist ein Thema, was ich sehr gerne anpacken würde.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Der offene, ehrliche Umgang und ein vernünftiges und höfliches Miteinander zahlt sich immer aus!

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Mir war und ist es sehr wichtig, dass über wichtige Themen immer transparent und ehrlich gesprochen wird. Mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sowie auch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Eine Meinung oder Idee, die gut ist, wird akzeptiert und weiter verfolgt, egal von wem sie kommt.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Ein wichtiger und richtiger Weg, doch auch eine sehr große Herausforderung für die Kommunen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Es geht nur miteinander, einfach so oder so!“

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Es wäre schön, wenn mich „meine“ Bürgerinnen und Bürger als freundliche, engagierte und für ihre Heimat brennende Frau in Erinnerung behalten würden.

Wie können wir Jugendliche für die Politik gewinnen?

Tagung der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (IPBK) in Lindau

Vertreter der Landtage und Kantonsparlamente der vier Länder der Bodenseeregion haben sich bei ihrer Frühjahrskonferenz in Lindau unter bayerischem Vorsitz ausgetauscht. Die Internationale Parlamentarische Bodensee-Konferenz (IPBK) hatte zum Schwerpunktthema Jugend und Politik Fachreferenten aus Politik und Gesellschaft zu Gast, die unterschiedliche Perspektiven zum Jugendengagement in der Politik sowie zum grenzüberschreitenden Jugendaustausch vorstellten.

Knapp 45 Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsländer und -kantone der IPBK folgten der Einladung des Vorsitzlandes Bayern nach Lindau am Bodensee. Die große Teilnehmerzahl bei der traditionellen Frühjahrskonferenz der IPBK bringt den vertrauensvollen und engen Austausch der Parlamente in der Bodenseeregion und deren intensive Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg zum Ausdruck.

Vertrauen in Politik herstellen

Für viele drängende Themen vor heute, wie Klimakrise und Umweltverschmutzung, sind die Impulse und das Engagement von Kindern und Jugendlichen wichtig, um Lösungen für morgen – auch über Grenzen hinweg – zu finden. Die IPBK befasste sich daher mit Fragen und Best-Practice-Beispielen, wie es gelingen kann, das Vertrauen der Jugendlichen in die etablierte Politik (wieder)herzustellen und diese verstärkt in politische Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Auch Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen über Grenzen hinweg und Möglichkeiten der internationalen Jugendbegegnungen wurden erörtert. Das Thema wurde durch Impulsreferate von Experten aus Politik und Gesellschaft vertieft:

• Die Abgeordnete Tanja Schorer-Dremel, Vorsitzende der Kinderkommission des Bayerischen Landtags, informierte über die Arbeit dieses Gremiums, das sich als parlamentarischer „An-

walt der Kinder und Jugendlichen“ versteht. Der Bayerische Landtag ist eines der wenigen Parlamente in Deutschland, das über eine Kinderkommission verfügt.

• Als Beispiel für eine seit mehr als 75 Jahren bewährte Zusammenarbeit von Jugendverbänden, -gemeinschaften und -initiativen in Bayern und einer in Deutschland einmaligen Form von demokratischer Teilhabe und Interessenvertretung wurde der Bayerische Jugendring von der Geschäftsführerin Dr. Gabriele Weitzmann vorgestellt.

• Die noch junge Stiftung Internationaler Jugendaustausch Bayern, vorgestellt von Judith Fesser, Fachbereich Programmkoordination, steht beispielhaft für eine landesweite Anlaufstelle in Bayern, bei der sich Schüler, Eltern, Lehrkräfte und Projektträger aus dem In- und Ausland zentral über Möglichkeiten und Wege für einen Aufenthalt im Ausland informieren können.

• Dass und wie Jugendliche selbst „Politik machen“, wurde von Konstantin Pius Hälg erläutert, der sich im schweizerischen Jugendparlament der Kantone St. Gallen, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden politisch engagiert und dort das Amt des Präsidenten des Jugendparlaments innehat.

Die Internationale Parlamentarische Bodensee-Konferenz hatte zum Ziel, die Anliegen der Bevölkerung der Bodenseeregion zu vertreten, die Standortattraktivität der Region zu erhöhen und die natürlichen Lebensgrundla-

gen nachhaltig zu sichern. Außerdem fördert die IPBK den Meinungsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten. Die Präsidentinnen und Präsidenten sowie die Abgeordneten der Landtage von Bayern, Baden-Württemberg, Vorarlberg, des Fürstentums Liechtenstein sowie der Kantonsparlamente von Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau und Zürich treffen sich zweimal jährlich zur IPBK. Jedes Jahr wechseln der Vorsitz und damit auch der Austragungsort der halbjährlichen Sitzungen.

Eine echte Erfolgsgeschichte in Franken

Ämter für Ländliche Entwicklung Ober-, Mittel- und Unterfranken feiern 100. Geburtstag

100 Jahre alt und kein bisschen müde: Das Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken hat zusammen mit den Ämtern aus Mittel- und Unterfranken in Iphofen im Landkreis Kitzingen Geburtstag gefeiert. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder und Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber kamen mit knapp 250 Festgästen zum Gratulieren. Die Ämter für Ländliche Entwicklung unterstützen den ländlichen Raum unter anderem mit der Dorferneuerung, Flurneueinrichtung und begleiten kommunale Allianzen.

„Das Jubiläum erfüllt mich mit Stolz und Dankbarkeit. Die Ländliche Entwicklung in Bayern ist eine echte Erfolgsgeschichte, die für Gemeinschaft, Regionalität und Beteiligung steht“, so Ministerin Michaela Kaniber, „es braucht immer einen, der anschiebt und einen, der zieht.“ Allein in Franken liefen an den drei Behörden im Moment 1.100 Projekte. Die Mitarbeiter seien dabei Schrittmacher und ein Top-Backup. Die Behörde arbeite mit den Menschen und nicht gegen sie. „Es ist wichtig, die Leute vor Ort zu motivieren, damit sie mitmachen“, sagte die Staatsministerin. Es stehe die Freiwilligkeit über dem Ordnungsrecht. Mit der Wiederbelebung von Leerständen in den Ortskernen seien die Ämter am „Puls der Zeit“, so die Ministerin weiter. Das gilt



V.l.: Patrick Friedl (MdL), Thomas Gehring (MdL und Vizepräsident des Bayerischen Landtags), Anne Franke (MdL), Berthold Rüh (MdL), Landrat Jens Marco Scherf, Landkreis Miltenberg, Innenstaatssekretär Sandro Kirchner (MdL), Landrat Thomas Karmasin, Landkreis Fürstfeldbruck und Präsident des Bayerischen Landkreistags und Johannes Becher (MdL).

Bild: Bayerischer Landkreistag

Der Landkreis Miltenberg in Bildern

Neue Ausstellung im Haus der bayerischen Landkreise in München

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Landkreis Fürstfeldbruck, Innenstaatssekretär Sandro Kirchner, MdL, und Landrat Jens Marco Scherf, Landkreis Miltenberg, eröffneten eine neue Ausstellung im Haus der bayerischen Landkreise in München. „Der Landkreis Miltenberg in Bildern: Wo Lebensqualität auf Wirtschaftskraft trifft“ zeigt mit Fotografien der vielfach international ausgezeichneten Fotografen Bernd Ullrich meisterhaft die Vorzüge der Region.

Staatssekretär Sandro Kirchner, MdL, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, gratulierte dem Landkreis für die gelungene Ausstellung: „Das Haus der bayerischen Landkreise ist ein großartiges Schaufenster, um die bayerische Heimat präsentieren zu können. Im Landkreis Miltenberg treffen Lebensqualität, Wirtschaft und Tourismus aufeinander. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass die Miltenberger die Ärmel hochkrempeln und anpacken. Im Landkreis gibt es ein hohes Maß an Ehrenamtlichkeit.“

Miltenberg liegt malerisch im Dreiländereck von Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Hier trifft atemberaubende Natur auf pulsierende Wirtschaftskraft. Mit Ullrichs Fotografien von Landschaft, Sehenswürdigkeiten und Wirtschaft wird der Landkreis in bestem Licht wiedergegeben. „Wir haben auch aus gesamtstaatlicher Sicht Bedeutung, weil wir die Nord-West-Flanke Bayerns mit unserer Grenze zu den badischen Freunden sowie zur länderübergreifenden Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main, als dessen industrieller Kern und bayerisches Herz wir uns im Landkreis Miltenberg

verstehen, sichern“, führte Landrat Jens Marco Scherf mit einem Augenzwinkern in die Ausstellung ein.

Tourismusbildung in Miltenberg

„Ich kann mir für mich und meine Familie keinen schöneren Ort zum Leben und Arbeiten vorstellen. Wir sind Teil zweier Mittelgebirge, des Spessarts und des Odenwalds und haben somit Anteile am Naturpark Spessart und am UNESCO-Geopark Bergstraße-Odenwald. Touristen aus dem In- und Ausland kommen zu uns zum Wandern, Radfahren und Genießen und besuchen gerne die zahlreichen Burgen der Burglandschaft und die malerischen Städte und Gemeinden“, so der Landrat aus Miltenberg.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, freute sich, dass sich nach der Zwangspause durch die Corona-Pandemie und dem wichtigen 30-jährigen Jubiläum des Europabüros der bayerischen Kommunen im letzten Jahr endlich wieder ein Landkreis im „Hauptquartier“ der bayerischen Landkreise in München präsentiert: „Jede Landrätin, jeder

pulse zur Ländlichen Entwicklung“ nahm unter anderem Prof. Dr. Günter Dippold, Bezirksheimatpfleger von Oberfranken teil. In Bezug auf die seit rund 40 Jahren andauernde Dorferneuerung sagte er: „Die wahrscheinlich wichtigsten Denkmalschützer in Bayern sind die Ämter für Ländliche Entwicklung“, denn: „sie gehen mit hoher Sensibilität mit der Herausforderung um, aus den Dörfern wieder Orte der Gemeinschaft zu machen und füllen Altbestandsbauten mit Leben.“

„So viel Lob mit nach Hause zu nehmen, freut uns natürlich sehr“, resümierte der oberfränkische Amtsleiter Lothar Winkler und sprach seinen Dank an alle ehemaligen und aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre gute Arbeit aus.

Unter den aktuellen Projekten sind 630 Dorferneuerungsprojekte und 360 Flurneueinrichtungen. In 67 integrierten Ländlichen Entwicklungen (kurz: ILE) haben sich über 500 Gemeinden jeweils freiwillig zusammenschlossen, um die interkommunale Zusammenarbeit zu verstärken.

Landrat weiß, warum sein Landkreis der Schönste ist. Alle 71 Landkreise haben viel zu bieten. Die Ausstellungen in unserem Haus geben einen Vorgeschmack auf das, was es vor Ort alles gibt.“

Die Ausstellung im Haus der bayerischen Landkreise (Kardinal-Döpfner-Str. 8, 80333 München) kann während der Öffnungszeiten (Montag bis Donnerstag 9:00 – 12:00 Uhr und 14:00 – 16:00 Uhr, Freitag 9:00 – 12:00 Uhr) kostenlos besichtigt werden.

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,
Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2023
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MwSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MwSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse)
€ 27,-- zzgl. MwSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



V.l.: Santiago Diaz de Villegas, Dace Vinovska, Juli Shah Fiorovanti (alle Ausschuss der Regionen), Luca Barani (EU Kommission, Policy Officer), Verena Wisthaler (Eurac Research), Omar Ba (Bindusworks), Ilke Adam (Vrije Universiteit Brussel), Suzanne Monkasa (Platform of the Women of the Congolese Diaspora in Belgium), Tiziana Caponio (Universität Turin) und Gudrun Niedorf (Ausschuss der Regionen) Bild: European Committee of the Regions

Europäischer Ausschuss der Regionen:

Steuerung der Integration von Migranten

Das Thema Migration ist längst kein allein bayerisches oder deutsches, sondern auf europäischer Ebene angekommen. Wie können europäische Regionen und Städte in der Steuerung der Integration von Migrantinnen und Migranten unterstützt und gestärkt werden, dieser Frage ging eine Veranstaltung nach, die federführend von der Eurac Research, Bozen/Italien, organisiert und gemeinsam mit dem Ausschuss der Regionen (European Committee of Regions) in Brüssel durchgeführt wurde. Einige Best-Practice-Beispiele aus Italien (Südtirol), Bayern (Dachau), Belgien (Leuven) und Lettland (Riga) wurden diskutiert. Die Lösung: Kooperation und Koordination.

Die Integration von Migrantinnen und Migranten ist ein nicht mehr wegzudenkender Politikbereich für alle Regierungen in Europa. Integration ist ein typischer Fall von Multi-Level-Governance, und lokale, regionale, staatliche, EU- und internationale Ebenen tragen Verantwortung. Außerdem ist die Integration von Zuwanderern ein sektorübergreifendes Politikfeld. Sie ist nicht nur Aufgabe der offiziell für Einwanderung und Integration zuständigen Stellen und Behörden, sondern auch der für Bildung, Arbeit und Soziales, Gesundheit und Wohnungswesen zuständigen Ministerien. Die Steuerung von Migration und Integration findet auf allen Regierungsebenen, und im Austausch zwischen Regierungsakteuren, Zivilgesellschaft, und Vereinigungen statt. Während frühere und aktuelle humanitäre Krisen die Notwendigkeit der Zusammenarbeit gezeigt haben, ist relativ wenig bekannt darüber, wie diese Aufgabe tatsächlich gelingen kann und welche Koordinierung am effizientesten ist.

Verena Wisthaler, Eurac Research, diskutiert mit Forschungskolleginnen und Entscheidungsträgern aus europäischen Regionen und Städten sowie dem Ausschuss der Regionen wie Regierungen auf verschiedenen politischen Ebenen und in verschiedenen Politikbereichen zusammenarbeiten. Lläuft diese Zusammenarbeit reibungslos oder manchmal konfliktreich? Was sind die Bedingungen für eine fruchtbare Interaktion? Kooperieren die Regierungen regelmäßig über institutionalisierte Plattformen, oder findet die Zusammenarbeit nicht statt oder ist informell? Und können EU-Akteure wie die Europäische Kommission und der Ausschuss der Regionen eine wirksame Interaktion fördern?

Beispiel: Brenner 2016

Die Wissenschaftlerin berichtete beispielhaft über die Situation am Brenner 2016. Österreich kündigte Ende April die Schließung des Grenzübergangs an, um die „Durchwink-Politik“ der italienischen Regierung zu stoppen. Es folgten intensive Gespräche, zunächst der beiden Tiroler Landeshauptmänner Günther Platter (Tirol, Österreich) und Arno Kompatscher (Südtirol, Italien) und in der Folge dann auch zwischen den Außenministern (Sebastian Kurz, Österreich und Paolo Gentiloni, Italien) sowie zwischen Regierungschef Matteo Renzi und

den österreichischen Bundeskanzlern Werner Faymann (bis 09.05.2016), Dr. Reinhold Mitterlehner (bis 17.05.2016) und Christian Kern.

Bereits im Vorfeld gab es Spannungen, in die auch Bayern involviert war, da ein Dominoeffekt befürchtet wurde. Im Mai 2016 wurde als Ergebnis der Beratungen eine Taskforce gegründet, die zum einen Informationen über den Grenzfluss zeitnah austauschte, damit es nicht zu einem „Rückstau“ (so die offizielle Bezeichnung) am Brenner komme. Somit sollte erreicht werden, dass die Menschen bereits in Bozen bzw. Brixen einen Asylantrag stellen. Zum anderen wurde eine trilaterale Polizeizusammenarbeit (IT/AT/GER) eingesetzt, sodass Grenzpolizisten zwischen Trento und München gemeinsam in den Zügen patrouillierten und Kontrollen durchführten.

Stadt Würzburg:

Mehr Diskurs wagen

OB Christian Schuchardt plädiert für größere gegenseitige Verständnisbereitschaft

Es ist noch gar nicht so lange her, als es jede Menge Sachen gab, die das Gros verband. „Man saß zum Beispiel um 20 Uhr vor der Tagesschau“, führt Oberbürgermeister Christian Schuchardt als Beispiel an. Am Sonntagabend sah man „Tatort“. Und sprach darüber am nächsten Tag im Betrieb. Solcherart Gemeinsamkeiten werden rarer. Die Menschen leben in immer mehr „Teilwelten“. Diskursräume zwischen diesen Welten zu eröffnen, ist Schuchardt ein großes Anliegen.

Ein Oberbürgermeister hat, wenn er sich nicht bewusst abschottet, hautnahe Beziehungen zu allen Teilen der Stadtbevölkerung. Schuchardt schottet sich nicht ab. Er geht zu Veranstaltungen, Empfängen und Versammlungen. Nicht zuletzt in seine Bürgersprechstunde sind alle Stadtbewohner willkommen. Schuchardt scheute sich nicht einmal, auf einer Montagsdemo mit einem, wie er sagt, „Corona-Leugner“ zu sprechen. Im Rathaus unterhält er sich mit Beschäftigten, die russisches Staatsfernsehen empfangen und eine dem hiesigen Mainstream diametral entgegengesetzte Auffassung von den Hintergründen des Ukraine-Kriegs haben.

Nun ist es tatsächlich eine interessante Frage, ob in dem Krieg, dessen Ausbruch nach wie vor unfassbar bleibt, einzig und allein das Machtstreben eines Imperialisten zum Ausdruck kommt. Oder ob es noch andere Aspekte gibt, die zu wissen und zu verstehen wichtig wären. Gerade Kriege sind komplex. So könnten der

Beispiel: Dachau 2023

Aus Bayern war der Dachauer Landrat Stefan Löwl online zugeschaltet. Im Vergleich mit den anderen europäischen Beispielen war interessant zu beobachten, dass derzeit (2022/2023) in Bayern, anscheinend viel mehr Menschen zu organisieren sind als im direkten europäischen Vergleich. Der Landkreis Dachau ist im vergangenen Jahr allein durch den Zustrom an Geflüchteten um ein Prozent gewachsen.

Verbindliche Regelungen

Seit 2014 gibt es acht Prozent mehr Einwohner im Landkreis. Von diesen wiederum sind drei Prozent geflüchtete Personen. Der Landkreis zeigt sich ratlos, er werde von den Behörden auf nationaler Ebene im Stich gelassen. Kooperation und Koordination der verschiedenen staatlichen Ebenen untereinander, die am Brennerbeispiel folgten, fänden momentan in Deutschland nicht statt: „Die Zeit für EU-weite verbindliche Regelungen den Zustrom an Menschen betreffend ist längst gekommen!“ Stand jetzt fehlen sowieso allein im Landkreis Dachau schon 600 bis 800 Wohnungen. Und der Flüchtlingsstrom reißt nicht ab. CH

Erste und der Zweite Weltkrieg jeweils ganze Bibliotheken füllen. Immer dann, wenn etwas komplex ist, wäre es wichtig, Erkenntnisse, Einsichten und Erfahrungen zusammenzutragen. Schuchardt plädiert dafür, die beklemmte eng gewordenen Debattenräume zumindest in der Würzburger Stadtgesellschaft wieder zu öffnen.

Vergleicht man das Einst und das Jetzt, wird klar, warum gesellschaftlich inzwischen alles so schwierig erscheint. Nicht nur die „Tagesschau“ und der „Tatort“ verbanden in früheren Zeiten. Die allermeisten Menschen gehörten auch einer der christlichen Religionen an. „Inzwischen ist nicht einmal mehr die Hälfte der Bevölkerung christlich“, so Schuchardt. Auch Familienverbände lösen sich immer weiter auf. Statt einer „Hauptlebenswirklichkeit“, wie es sie vielleicht noch in den Achtzigerjahren gab, stehen heute viele verschiedene Lebenswirklichkeiten einander gegenüber – nicht selten sogar in unversöhnlichem Gegensatz zueinander.

GZ PINOS WELT

Was war das für eine Woche, diese vergangene Woche. 30 Stunden atemlose Spannung bei den Koalitionsgesprächen und dann noch der Besuch von König Karl, der Dritte dieses Namens, aus London, der als oberster Goodwill-Botschafter der britischen Regierung auf dem Kontinent gut Wetter für sein vom Brexit gebeuteltes und mangels Handelsabkommen ökonomisch zerrüttetes Land machen will. OK, eigentlich wäre Frankreich vor Deutschland auf dem Programm gestanden (dort herrscht aber, wie man so schön sagt, soziale Unrast), aber hier gilt das gleiche wie für schöne Positionen bei einer Ortsverbandswahl: Wichtig ist nicht, als Erster gefragt worden zu sein, sondern als Erster ja gesagt zu haben.

So hatten wir also das Vergnügen, für drei Tage einen etwas tütteligen, aber charmanten



gemixt (kleiner tut es das ehemalige Empire nicht).

Aber säkularen Republikanern fehlt wohl der Sensus für derlei Spitzfindigkeiten. So wurde aber zum Abendessen beim Bundespräsidenten als Dresscode Frack verordnet. Ganz schön heavy für ein Land, dessen Spitzenpolitiker oftmals das Binden einer Krawatte nicht mehr beherrschen.

Kein Wunder, dass die Regierungsspitzen außer dem stilsicheren Finanzminister eher durch Abwesenheit auffielen. Bei Scholz ist allerdings zu seiner Entschuldigung zu vermuten, dass er vergessen hatte, wo die Einladungskarte liegt.

Sensationell an diesem Besuch war auch, dass es die Deutsche Bahn geschafft hat, die Staatsgäste pünktlich mit dem ICE auf der doch herausfordernden Strecke Berlin-Hamburg zu transportieren. Diese Geschichte ist noch lange nicht auserzählt und wird sicher noch jahrelang im Kreise der wegen Stellwerksstörungen, Gleisbauarbeiten oder wegen einer sonstigen der gefühlt 400 Ausreden der Bahn irgendwo im Nirgendwo gestrandeten Fahrgäste erzählt werden.

So konnten die Menschen beim Blick in den Fernseher, die Zeitung oder auch die Timeline in ihrem Smartphone ein bisschen Abstand gewinnen von der bundesrepublikanischen Tristesse. Denn wer die Nachrichten rund um den Staatsbesuch verfolgt hat, erkennt, dass dieses Land mit Vollgas in einen Nebel fährt, der Zukunft heißt und nur ein Amulett am Rückspiegel baumeln hat, auf dem „vielleicht“ steht. Vielleicht haben wir in Zukunft genügend Energie aus Wind und Sonne, vielleicht gelingt es uns, erzeugten Strom auch zu speichern, vielleicht geht die Inflation ja auch mal im Bereich der Grundnahrungsmittel zurück, vielleicht sind ja andere Länder auch so blöd wie wir und steigen vom unternehmerischen Wagemut auf staatliche Gängelung um, vielleicht haben auch andere Länder keinen Bock mehr auf Innovation.

Bei so viel Trostlosigkeit allenthalben hilft royaler Glanz bei der Ablenkung. Da hält es die Bundesregierung wohl mit Winston Churchill: „Mit dem Geist ist es wie mit dem Magen: Man sollte ihm nur Nahrung zumuten, die er verdauen kann“.

Ihr Pino

Mit Vollgas in den Nebel namens Zukunft

Gast im Land zu haben, der keine sich ihm hin-streckende Hand ignorierte und sich im Hinblick auf das deutsche Faible für „Dinner for one“ durchaus als Landeskenner empfahl. Aber eigentlich kam da ja auch ein alter Bekannter, der schon seit vielen Jahren zu immer anderen Gelegenheiten sein Land, seine Mutter oder irgend ein Anliegen hier vertrat. So mancher Leser der Herzblattgeschichtenblätter ist mit ihm alt geworden auf seiner Reise vom jungen Prince of Wales über den Mann von Diana und den Papa von William zum ewigen Thronfolger, der in einem Alter König wurde, in dem andere schon langsam versuchen, ihre Ehrenämter in jüngere Hände zu geben.

Obwohl er noch nicht gekrönt ist, wurde sehr viel pomp und circumstances um den Besuch gemacht. Naja, Krönungen wollen ja gut vorbereitet sein, mit all dem Merchandising drum herum, den Fernsehrechten, Teetassen und Sonderbriefmarken rund um den Globus. Da geht schon mal unter, dass nach den alten Vorstellungen des Gottesgnadentums erst die Salbung aus einem gewöhnlichen Menschen einen von Gott erwählten Herrscher macht. Das britische Salböl (gute Frage: ist es nun englisch oder schottisch?) wurde ja auch schon in Jerusalem

Aus- und Abgrenzung

Dieser Tage wird schon in kindlichem Alter gelernt, mit Unterschieden umzugehen. Etliche Erzieherinnen bemühen sich darum in Krippen und Kindergärten. In der Erwachsenenwelt schaut das anders aus. Es wird diffamiert statt zugehört. Man grenzt sich ab und andere aus, wenn sie anderer Auffassung sind. Die Corona-Krise verschlimmerte diesen Trend. „Das Virus droht zum Spaltpilz zu mutieren“, konstatierte Schuchardt bereits Anfang 2022 beim städtischen Neujahrsempfang. Schon vor mehr als einem Jahr plädierte er dafür, politische Minderheiten nicht länger zu marginalisieren. Auch Menschen, die „abstruse Ansichten“ hätten, müssten sich ernstgenommen fühlen.

Bis heute predigen die christlichen Kirchen, dass man seinen Nächsten lieben soll. Dabei wird nicht unterschieden zwischen

Menschen mit konformen Einstellungen und solchen, die zu abweichenden Meinungen gekommen sind. Schuchardt ist nicht nur ein Pro forma-Christdemokrat. Man sieht ihn immer wieder mal im Gottesdienst. Was er vor einem Jahr in seiner Neujahransprache sagte, deckt sich voll mit dem Gebot der Nächstenliebe, aber auch mit urdemokratischen Gepflogenheiten, die aktuell dramatisch ins Hintertreffen zu geraten drohen. „Ein totaler Ausschluss missliebiger Ansichten ist per se mit einer demokratischen Streitkultur inkompatibel“, so der OB.

Schuchardt ist damit schon vor mehr als einem Jahr als Mahner aufgetreten. Der „Spaltpilz“ Corona-Virus hat seitdem an Brisanz verloren. Etliche andere Themen sorgen derweil für Zündstoff. Dazu gehört der Krieg in der Ukraine. Dazu gehört das zum Teil als „Sprachzwang“ gewertete Gendern. Dazu gehört die Klimadiskussion. Dazu gehören Fragen

die Migrationspolitik betreffend. Als Oberbürgermeister ist es Schuchardt wichtig, bei allen kontroversen Themen, um Verständnis zu werben und zu appellieren, Maß zu halten. „Wenn man das nicht tut, verliert man das eine oder das andere gesellschaftliche Ende“, sagt er. Damit wäre die Spaltung endgültig vollzogen.

Vielorts ist inzwischen zu erleben, wie massiv negativ sich konsequente Diskursverweigerung auswirken kann. „Man darf Menschen, die den Mainstream nicht teilen, nicht der sozialen Verdammnis aussetzen“, warnt Schuchardt. Streit und Diskurs seien keine Schwächen, sondern sie seien die Stärken der Demokratie. Er selbst, verspricht er, wird sich weiter bemühen, den Dialog mit möglichst allen Menschen zu führen. Gerade auch mit solchen, die abweichende Ansichten vertreten. Wer weiß, vielleicht haben sie ja irgendwo sogar recht. **Pat Christ**



Das Landratsamt Pfaffenhofen veranstaltete für die Träger der Kindertageseinrichtungen im Landkreis einen Workshop zum Fachkräftemangel. Rund 25 Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen und verschiedenen Organisationen sind der Einladung des Sachgebiets Jugendhilfe Verwaltung gefolgt, um sich mit der aktuellen Thematik auseinanderzusetzen. Auf der Agenda standen u.a. eine Sensibilisierung für die Ursachen des heutigen Fachkräftemangels sowie Orientierungshilfen für neue Möglichkeiten und nachhaltige Strategien in Sachen Mitarbeiterakquise, -bindung und -entwicklung. Bild: Rottler

Lebensqualität sichern, Wirtschaftskraft fördern

Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) informierte über regionale Planung und Entwicklung in Großstadregionen sowie den Geschäftsführerwechsel

Wie können wir im Wirtschaftsraum München die Lebensqualität sichern und die Wirtschaftskraft fördern? Um diese Frage ging es auf einer Fachveranstaltung des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München (PV). Rund 130 Mitglieder, Gäste aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie Mitarbeiter waren der Einladung des Verbandsvorsitzenden Landrat Christoph Göbel in die Freiheitshalle München gefolgt. Sie informierten sich über kommunale Zusammenarbeit und regionale Entwicklung. Prof. Dr. Axel Prieb, Präsident Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL), beleuchtete in einem Vortrag aktuelle Herausforderungen in Großstadregionen. Zudem verabschiedete der PV seinen langjährigen Geschäftsführer Christian Breu in den Ruhestand und begrüßte den Nachfolger Marc Wißmann.

Um die regionale Planung und Entwicklung in großstädtischen Räumen ging es in dem Vortrag von Prof. Dr. Axel Prieb, Präsident ARL. Prieb betonte die Notwendigkeit, die räumliche Entwicklung auf regionaler Ebene zu gestalten. So entstehe ein Rahmen, den die Städte und Gemeinden ausfüllen. „Die Regionalplanung ist das zentrale Instrument, die Entwicklung einer Region zu

gestalten. Gerade in den großstädtischen Regionen müssen sehr viele Weichen gestellt werden, damit diese langfristig lebenswert bleiben und die Resilienz gegen Krisen gestärkt wird“, führte Prieb aus.

Die Regionalplanung in Großstadregionen wie München decke laut Prieb zwei „Kernanliegen“ ab. Zum einen gelte es, eine geordnete Struktur von Sied-

lung, Verkehr und Freiraum zu schaffen. Als entscheidend sieht Prieb das konzeptionelle Zusammenführen dieser drei Elemente. Dies erläuterte er anhand internationaler Beispiele wie etwa der Region Stockholm. Mit Blick auf Nachhaltigkeit bei der Siedlungsentwicklung werde gerade die Schiene „wiederentdeckt“, schloss Prieb: „Nur durch eine konsequente Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf leistungsfähige Schienenstrecken werden wir die Verkehrs- und Energiewende schaffen. Dabei gewinnen tangentielle Verbindungen zunehmend an Bedeutung.“

Grünzüge und Freiräume

Zum anderen bekämen klassische Instrumente der Regionalplanung eine neue Bedeutung, wenn es darum gehe, auf „multiple Krisensituationen“ zu reagieren. Dies zeige beispielhaft die Sicherung von Grünzügen und Freiräumen. „Die grünen Infrastrukturen erfüllen zahlreiche Zwecke. Sie sorgen für eine ökologische Vernetzung und ermöglichen eine stadtnahe Landwirtschaft. In der Klimakrise tragen sie mit ihrer kühlenden Wirkung wesentlich zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels bei. Gleichzeitig wurde in der Pandemie deut-

lich, wie wichtig die soziale Funktion wohnungsnaher Grünflächen ist“, erläuterte Prieb.

Stärke durch Schulterschluss

Christoph Göbel, PV-Verbandsvorsitzender und Landrat des Landkreises München, führte durch die Veranstaltung. „Damit unsere Region spitze bleibt und alle Menschen auch in Zukunft bei uns besonders gerne und gut wohnen, leben und arbeiten können, setzen wir im interkommunalen Schulterschluss inzwischen seit Jahrzehnten auf unseren Planungsverband, um mit innovativen Ideen auf unsere Stärken zu setzen und unsere guten Chancen zu nutzen“, unterstrich Göbel. Er dankte dem langjährigen Geschäftsführer Christian Breu für seine Verdienste im Namen des PV: „Bei nahe ein Vierteljahrhundert haben Sie an der Spitze des Planungsverbands die Geschicke unserer Region ganz maßgeblich mit beeinflusst und gestaltet. Mit Weitsicht, planerischem Fingerspitzengefühl, Hartnäckigkeit und diplomatischem Geschick gleichermaßen haben Sie es verstanden, die Kommunen bei ihren jeweiligen Fragestellungen exzellent zu beraten, sie aber auch an einen Tisch zu holen und die Zusammenarbeit zu fördern. In einer Region, die so vielschichtig ist, wie die unsere, ist dies eine gewaltige Aufgabe und eine nicht minder große Leistung. Dafür können wir alle Ihnen, lieber Herr Breu, gar nicht genug danken.“

Stefan Schelle, Verbandsvorsitzender des Regionalen Planungsverbands München (RPV) und Erster Bürgermeister der Gemeinde Oberhaching, ging auf die kommunale Zusammenarbeit und regionale Entwicklung für die Region München im Rahmen des RPV ein und würdigte dabei Breus Leistungen: „Es geht zweifellos eine Ära zu Ende, geprägt von sehr großen Herausforderungen für unsere Region, geprägt aber auch von hoher Fachkompetenz und einem kollegialen Miteinander auf Augenhöhe.“ Der RPV ist Träger der Regionalplanung.

Vielfalt verteidigen

Der Geschäftsführer Christian Breu ließ seine knapp 25jährige Amtszeit für beide Verbände Revue passieren. Sein erklärtes Ziel war es, einen Beitrag zur Förderung der Wirtschaftskraft und Lebensqualität im Wirtschaftsraum München zu leisten. „Die Vielfalt der Lebensstile sowie unterschiedlicher Mobilitäts- und Baustrukturen macht den Reiz unserer Region aus. Es war mir immer ein Anliegen, diese Vielfalt gegen Gleichmacherei zu verteidigen“, fasste Breu zusammen und bedankte sich bei den Mitgliedern, Partnern und Mitarbeitern.

Der designierte Geschäftsführer Marc Wißmann setzt sich

künftig verstärkt für den Austausch und die Zusammenarbeit in der Region ein. „Besonders am Herzen liegt mir dabei der Austausch zwischen der Landeshauptstadt und den anderen Kommunen im Wirtschaftsraum München“, führte Wißmann aus. „Und natürlich unterstütze ich unsere Kommunen tatkräftig, wenn es um die Wahrnehmung ihrer Planungshoheit geht“, so Wißmann.

Klimaschutz und Klimaanpassung

Bei der räumlichen Entwicklung legt er den Fokus auf Klimaschutz und Klimaanpassung und den Ausbau erneuerbarer Energien. Ein weiteres Thema auf seiner Agenda: Digitalisierung im kommunalen Planungsbereich. Dafür bringt der Diplomingenieur (TU) 25 Jahre Erfahrung in der Stadt- und Regionalplanung sowie der Kommunalberatung mit. Seit 2010 ist er beim PV tätig, bisher als Stellvertreter des Geschäftsführers sowie als Leiter der Ortsplanung. Er übernimmt ab dem 1. April die Geschäfte beider Verbände – des PV und des RPV. Als sein Stellvertreter im PV und neuer Leiter der Ortsplanung folgt Christian Schwander. Der Architekt leitet dort seit 2013 eine der drei Gruppen für die Orts- und Stadtplanung. □

Vorschau auf GZ 8/2023

In unserer Ausgabe Nr. 8, die am 20. April 2023 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energie: Erzeugung, Beschaffung, Speicherung
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung, Facility Management
- Kommunaler Bau
- Krankenhäuser, Pflegeheime
- Schulen, Kindergärten, Horte, Spielplätze
- Kommunale Museen und Bibliotheken

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische
Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etbs.de

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

GemeindeZeitung auf folgenden
Social Media Kanälen:



Energiedienstleistung



Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahren-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

UG
Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86
85737 Ismaning

VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.

Jetzt UGG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten
für 2023 sichern unter: **0800 410 1410 111**

powered by Allianz

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten
schützen. Förderung nutzen!

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunale Fachmedien

Flamingos haben wir nicht!

Aber wir bieten komplette Lösungen für öffentliche Verwaltungen:

Zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de **schweitzer**
Fachinformationen

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die
kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette
Produktpalette für
effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal
Driven by better

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimbüchel, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de



Photovoltaik

UNTERHOLZNER ENERGIELÖSUNGEN

Tel. +49 (0) 8732 - 92 15 0
www.unterholzner-photovoltaik.de

- Photovoltaik
- Batteriespeicher
- Ladeinfrastruktur
- Lastmanagement
- und mehr

Softwarelösungen

M7I SERVICE

Wir vereinfachen deinen Alltag mit der passenden Software.

m7i-service.de

Das Gigabitbüro des Bundes

Gemeinsam. Digital. jetzt.

Das Gigabitbüro des Bundes ist ein Kompetenzzentrum des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr. Unser Ziel ist es, den flächendeckenden Gigabitausbau in Deutschland weiter voranzubringen und zu beschleunigen.

Dafür bieten wir Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und Unternehmen umfangreiche kostenfreie Informations- sowie Dienstleistungsangebote und stehen ihnen beratend zur Seite.

Auf unserer Website finden Sie aktuelle Entwicklungen zum Gigabitausbau in Deutschland, Hintergrundinformationen und weiterführende Informationsmaterialien wie Publikationen und Praxisbeispiele.

Unser kompetentes und erfahrenes Team steht Ihnen für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung und vermittelt passende Ansprechpersonen.

Kommen Sie gerne auf uns zu.



**GIGABITBÜRO
DES BUNDES**

Ein Kompetenzzentrum
des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr

Der Flyer „Ihr Glasfaseranschluss“ wird im Rahmen der Maßnahme „Informationskampagne zur Inhouseverkabelung“ der Gigabitstrategie der Bundesregierung veröffentlicht.



**GIGABITBÜRO
DES BUNDES**

Ein Kompetenzzentrum
des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr

Ihr Glasfaseranschluss

So kommt die Glasfaser zu Ihnen



Gigabitbüro des Bundes
Kapelle-Ufer 4
10117 Berlin Deutschland

Tel.: +49 (0) 30 2636 5040
Fax: +49 (0) 30 2636 5042
kontakt@gigabitbuero.de

www.gigabitbuero.de

Im Auftrag des



Bundesministerium
für Digitales
und Verkehr

Vorteile eines Glasfaseranschlusses

Mit einem Glasfaseranschluss zieht die Zukunft in Ihrem Zuhause ein. Die Eigenschaften der Glasfaser sorgen schon heute für schnelles, reibungsloses und unterbrechungsfreies Arbeiten, Lernen und Entertainment im Internet - und werden Anwendungen ermöglichen, die heute vielleicht noch unvorstellbar sind.

Das bietet Ihnen ein Glasfaseranschluss



gleichzeitiges Hoch- und Herunterladen sehr hohe Datenmengen

Daten, Bilder und Videos in Sekundenschnelle online abrufen und speichern



sehr geringe Latenz

Video- und Internettelefonie ohne Verzögerungen und Aussetzer



stabile Übertragungen

Die versprochene Bandbreite steht jederzeit zur Verfügung



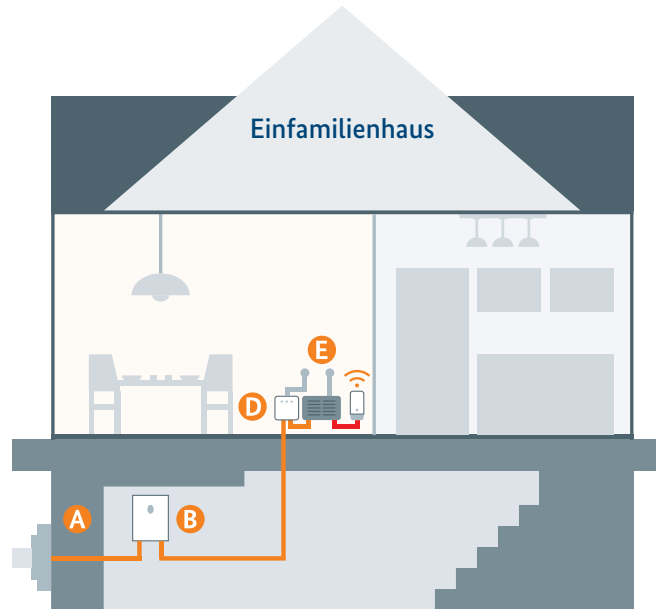
Glasfaser ist die Infrastruktur für die nächsten Jahrzehnte

zusätzliche Bandbreite ist ohne weitere Baumaßnahmen verfügbar

Mit Glasfaser in die Zukunft

Wer digital nicht abgehängt werden will, muss bereits heute die Voraussetzungen für morgen schaffen. Von Smart Home bis E-Health, von Home-Office bis E-Learning, von Entertainment bis Kommunikation – die schnelle und zuverlässige Verfügbarkeit von Daten wird zukünftig noch viel wichtiger für alle Lebensbereiche werden.

Verkabelung im Gebäude



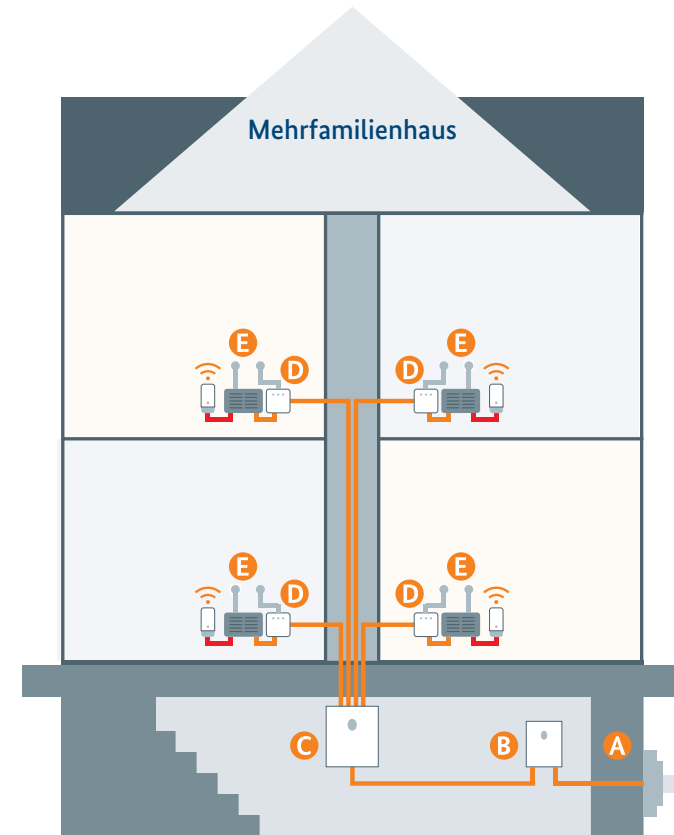
— Datenkabel
— Glasfaserkabel

A Hauseinführung
B Glasfaser-Abschlusspunkt



Wo finde ich weitere Informationen?

Sie wollen mehr über den Nutzen eines Glasfaseranschlusses erfahren? Besuchen Sie die Website des Gigabitbüro des Bundes unter gigabitbuero.de/mit-glasfaser-in-die-zukunft



C Gebäudeverteiler
D Glasfaser-Teilnehmeranschlussdose

E Glasfasermodem und Router

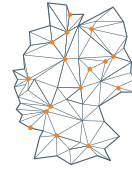


Wie kommt die Glasfaser zu Ihnen?

Sie wollen wissen, wie die Glasfaser zu Ihnen nach Hause kommt? Besuchen Sie die Website des Gigabitbüro des Bundes unter gigabitbuero.de/so-kommt-die-glasfaser-zu-ihnen



Bundesministerium
für Digitales
und Verkehr



**GIGABITBÜRO
DES BUNDES**

Ein Kompetenzzentrum
des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr

So kommt die Glasfaser zu Ihnen nach Hause

Leitfaden für Einfamilienhäuser



Inhaltsverzeichnis

Vorwort

S. 3

Gut zu wissen

S. 5

Wie erfolgt der Glasfaserausbau in Ihrer Region?

S. 5

So können Sie Ihren Glasfaseranschluss vorbereiten

S. 5

Der Ablauf des Glasfaserausbaus in drei Phasen

S. 7

1 Vor dem Ausbau

S. 7

2 Der Ausbau des Glasfasernetzes bis zum Grundstück

S. 8

3 Der Weg der Glasfaser bis ins Haus

S. 8

Die Vernetzung des ganzen Hauses

S. 10

Der Weg zum Glasfaseranschluss kann so einfach sein!

S. 11

Vorwort

Die Digitalisierung findet in allen Lebensbereichen statt. Jeder Mensch benötigt daher die Möglichkeit, wachsende Datenmengen schnell, sicher und energiesparend zu empfangen und abzurufen. Die Glasfaser ist die Technologie, die schnell Zugriff auf alle digitalen Leistungen der modernen Welt bietet – heute und insbesondere in den kommenden Jahren, wenn Anwendungen entwickelt werden, die wir jetzt noch gar nicht für möglich halten. Ein Glasfaseranschluss bedeutet daher Zukunftssicherung: für die Familie, für die Immobilie und für die Gesellschaft.

Um den Glasfaserausbau voranzubringen, hat die Bundesregierung in der Gigabitstrategie dieses Ziel gesetzt: Bis 2030 soll jedes Haus einen Glasfaseranschluss erhalten.

Im Rahmen der Gigabitstrategie stellt das Gigabitbüro des Bundes mit diesem Leitfaden Maßnahmen zur Modernisierung von Netzinfrastrukturen in Bestandsgebäuden und beim Neubau von Einfamilienhäusern (inkl. Doppelhaushälfte, Reihenhaus etc.) vor – von der ersten Ausbauankündigung bis zur Vernetzung des ganzen Hauses.

Das Gigabitbüro des Bundes

Das Gigabitbüro des Bundes ist ein Kompetenzzentrum des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV). Unser Ziel ist es, den flächendeckenden Gigabitausbau in Deutschland weiter voranzubringen und zu beschleunigen.

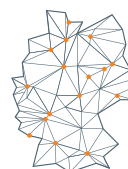
Wir stellen ein umfangreiches Informationsangebot bereit

Für Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen haben wir umfangreiche Informations- und Dienstleistungsangebote erstellt, die kostenfrei genutzt werden können. Auf unserer Website finden Sie

Informationen zum Fortschritt des Gigabitausbaus in Deutschland sowie zahlreiche thematische und praxisnahe Broschüren und andere Publikationen rund um den Ausbau digitaler Infrastrukturen.

Wir sind Ihr Ansprechpartner zu Fragen rund um den Gigabitausbau

Wir stehen Ihnen auch beratend zur Seite. Unser kompetentes und erfahrenes Team beantwortet gern Ihre Fragen und vermittelt Ihnen passende Ansprechpersonen.



**GIGABITBÜRO
DES BUNDES**

Ein Kompetenzzentrum
des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr

Surfspaß oder Spaßbremse?






Gut zu wissen





Wie erfolgt der Glasfaserausbau in Ihrer Region?

Der Ausbau digitaler Infrastrukturen findet immer auf regionaler Ebene statt. Gemeinsam mit der öffentlichen Hand und dem Netzbetreiber. Für die Koordinierung der Baumaßnahmen ist in vielen Fällen eine regionale Ansprechperson aus der Verwaltung (Breitband- oder Gigabitbeauftragte) zuständig.

Wie Sie vom Ausbau erfahren können

-  Benachrichtigung über den anstehenden Ausbau per Post
-  Information auf der Website der Kommune bzw. des Landkreises oder in den Social-Media-Kanälen
-  Informationsveranstaltung vor Ort

Wie Sie sich informieren können

-  über den Internetauftritt der vor Ort aktiven Netzbetreiber
-  Kontaktaufnahme mit dem vor Ort aktiven Netzbetreiber, zum Beispiel telefonisch oder in der örtlichen Niederlassung
-  Kontaktaufnahme mit dem bzw. der Gigabit- oder Breitbandbeauftragten der Kommune oder des Landkreises
-  Austausch mit der Nachbarschaft

So können Sie Ihren Glasfaseranschluss vorbereiten



Sind Leitungswege vorhanden?

Gibt es bereits vorhandene Leitungswege, zum Beispiel Kabelkanäle? Halten Sie Dokumentationen über vorhandene Leitungswege im Haus bereit.



Wo soll der Router stehen?

Sehen Sie gegebenenfalls schon einen Ort für das Glasfasermodem und/oder den Router vor.

Kosten des Glasfaseranschlusses

In vielen Fällen erfolgt der Glasfaseranschluss Ihres Hauses für Sie kostenfrei. Ein sonst üblicher Eigenanteil bewegt sich meist zwischen 500 und 1.000 Euro. Die Kosten können aber auch höher ausfallen – zum Beispiel, wenn Ihr Haus nicht an der geplanten Glasfasertrasse liegt.



Erst wenn das Haus an das Glasfasernetz angeschlossen ist, können Sie darüber auch internetbasierte Dienste (z. B. Telefon, Internet, TV) beziehen. Hierfür müssen Sie einen Vertrag mit einem Anbieter, der seine Dienste über das Glasfasernetz bereitstellt, abschließen.

Wahrscheinlich verfügen Sie bereits über ein Telefon- und/oder Internetanschluss. In diesem Fall muss der bestehende Vertrag ersetzt werden, möglicherweise ist es auch nötig, zu einem anderen Anbieter zu wechseln. Prüfen Sie rechtzeitig, wie die Kündigungsfrist im bestehenden Vertrag festgelegt ist.

Gut aufgehoben oder abgehängt?



Der Ablauf des Glasfaserausbaus in drei Phasen

1

Vor dem Ausbau **Hier ist Ihr Mitwirken gefragt!**

2

Der Ausbau des Glasfasernetzes bis zum Grundstück

3

Der Weg der Glasfaser bis ins Haus



Phase 2 und Phase 3 werden idealerweise in einem Schritt durchgeführt – es kann aber auch sein, dass zwischen den beiden Phasen mehrere Wochen oder Monate liegen.

1 Vor dem Ausbau

Szenario 1: Information

Sie werden über den bevorstehenden Ausbau informiert – in der Regel per Brief.

Szenario 2: Vorvertrag

Sie werden gebeten, einen Vorvertrag abzuschließen. Mit einem solchen Vorvertrag möchten einige Netzbetreiber sichergehen, dass genügend Interessenten und Interessentinnen in einer Gegend vorhanden sind, bevor sie mit dem Ausbau beginnen.



Überlegen Sie sich Ihre Entscheidung rechtzeitig!

Denn wenn Sie sich erst nach dem Ausbau des Glasfasernetzes für einen Anschluss Ihres Hauses entscheiden, kann dies deutlich aufwendiger und daher mit Mehrkosten verbunden sein.

Szenario 3: Eigeninitiative

Ihr Haus liegt neben einer geplanten Glasfasertrasse, soll aber vorerst nicht angeschlossen werden. Wenn Sie trotzdem bereits einen Anschluss wünschen, können Sie sich in einigen Fällen beim Netzbetreiber melden.



In jedem Fall ist hier Ihr Mitwirken gefragt: Wenn Sie möchten, dass Ihr Haus ans Glasfasernetz angeschlossen wird, müssen Sie vor dem Ausbau einen Vertrag abschließen.

2 Der Ausbau des Glasfasernetzes bis zum Grundstück

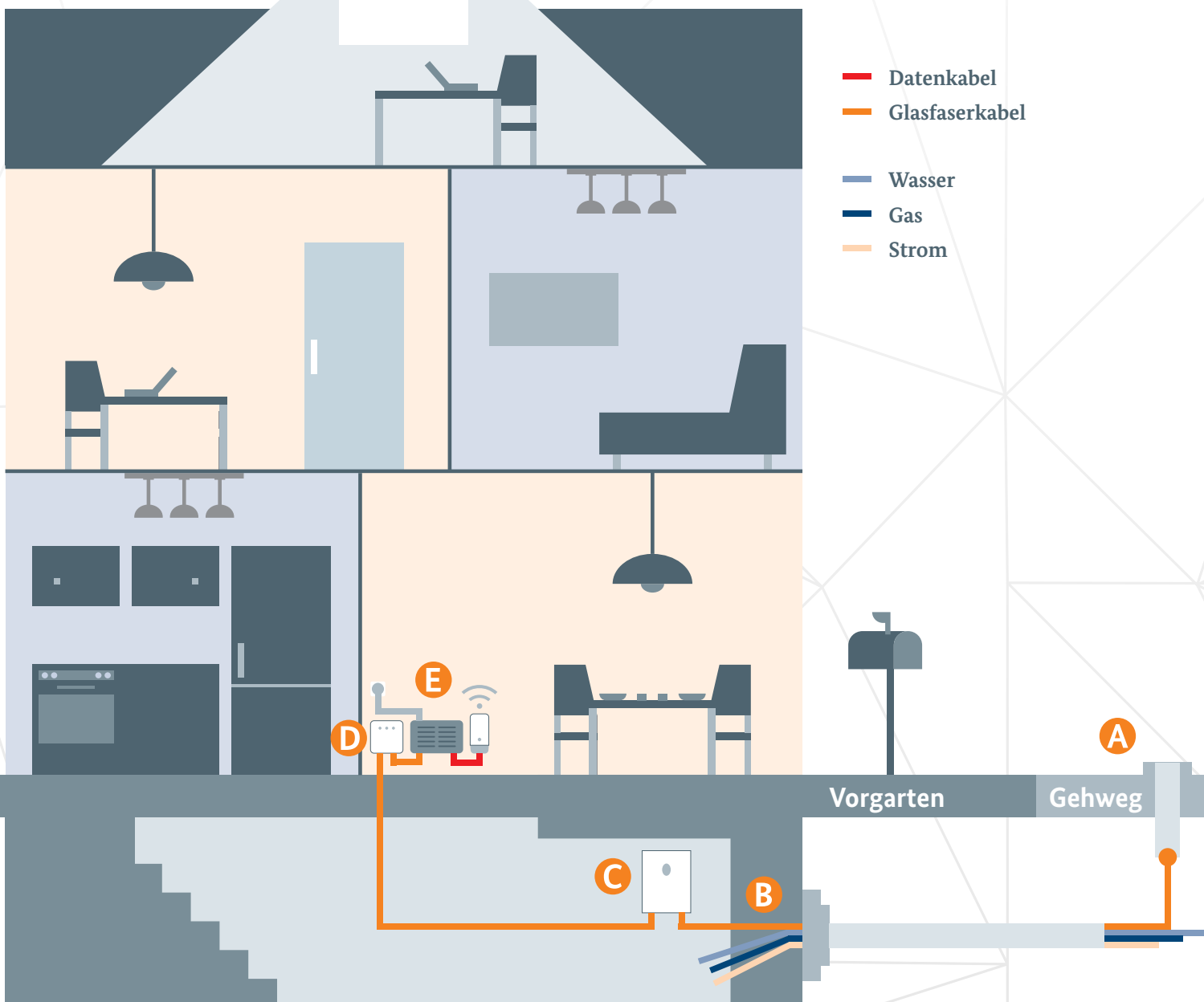
Der Netzbetreiber errichtet sein Glasfasernetz im Ort. Die erforderlichen Rohre und Kabel werden meist unter der Straße oder unter dem Bürgersteig verlegt.

Die neuen Glasfaserkabel führen somit nahe an den Grundstücken vorbei.

3 Der Weg der Glasfaser bis ins Haus

Wie die Verlegung erfolgt, wo die Leitungswege zu Ihrem Haus und in dieses hineinführen und wo die notwendigen Bauteile im Haus installiert werden – all das entscheiden Sie gemeinsam mit dem Netzbetreiber, zum Beispiel bei einer gemeinsamen Begehung.

Es kann sein, dass die einzelnen Arbeiten für die Fertigstellung Ihres Hausanschlusses an mehreren Terminen stattfinden. Achten Sie darauf, dass die Leitungswege und die Installationsstellen im Haus jeweils frei zugänglich sind.



A Die Hauszuführung

Sie müssen sich keine Gedanken um die Blumenbeete im Vorgarten machen. Denn minimalinvasive Verfahren sorgen dafür, dass möglichst wenig Oberfläche geöffnet werden muss. Mit Hilfe einer Erdrakete oder einer kleinen steuerbaren Maschine wird dabei ein unterirdischer Kanal bis zum oder sogar bis ins Haus gegraben.

B Die Hauseinführung

Hierbei wird das Glasfaserrohr in das Gebäudeinnere geführt. Dies geschieht entweder unterirdisch oder, falls Ihr Haus keinen Keller hat, oberirdisch. Die Hauseinführung wird von der ausführenden Fachfirma wasser- und gasundurchlässig zum Schutz vor möglichen Schäden abgedichtet.

Bestandsgebäude:

Oft wird die neue Glasfaserleitung in einer separaten Einführung ins Haus gelegt. Ist eine Mehrsparten-hauseinführung vorhanden, kann das Glasfaserrohr gegebenenfalls dort mit eingeführt werden.

Neubau:

Die Einführung der Glasfaserleitung ins Haus können Sie in Absprache mit den Netzbetreibern anderer Sparten (Strom, Gas, Wasser) mit ausreichend zeitlichem Vorlauf planen.

C Der Glasfaser-Abschlusspunkt

Im Keller oder im Technikraum wird der Glasfaser-Abschlusspunkt installiert. Dort endet das Netz des Netzbetreibers.

Bestandsgebäude:

Die Glasfaserinfrastruktur wird zusätzlich zu den bestehenden Telekommunikationsinfrastrukturen (Telefon, Kabel-TV) installiert. Sie können diese Infrastrukturen separat weiter nutzen.

Neubau:

Über den Glasfaseranschluss lassen sich alle Dienste (Telefon, Internet, TV etc.) abrufen. Weitere Telekommunikationsinfrastrukturen benötigen Sie in der Regel nicht.

D Die Glasfaser-Teilnehmeranschlussdose

Vom Keller bzw. vom Technikraum aus wird die Glasfaserleitung häufig noch weiter ins Haus verlegt, zum Beispiel bis in das Wohnzimmer. Dort wird dann die Glasfaser-Teilnehmeranschlussdose installiert (ähnlich der Telefondose oder koaxialen TV-Dose). An diesen Anschlussdosen endet das öffentliche Telekommunikationsnetz. Einige Netzbetreiber bieten im Zuge des Glasfaseranschlusses diese Weiterverlegung kostenfrei – oder bei längeren Wegen im Haus zu einem geringen Aufpreis – an.

Bestandsgebäude:

Vorhandene Leitungswege können gegebenenfalls für die weitere Verlegung der Glasfaser im Haus genutzt werden. Die Glasfaser-Teilnehmeranschlussdose lässt sich unweit der vorhandenen Telefondose oder TV-Dose installieren. So können Geräte wie der Router an ihrem gewohnten Platz verbleiben; Sie können aber auch einen neuen Ort dafür auswählen.

Neubau:

Lassen Sie die Glasfaser-Teilnehmeranschlussdose an einem zentralen Ort des Hauses installieren, zum Beispiel im Wohnzimmer oder im Hausflur. Sie ist der Ausgangspunkt für die weitere Netzverteilung im Haus.

E Glasfasermodem und Router

Ein Glasfaseranschluss erfordert den Betrieb zusätzlicher bzw. neuer Geräte. Sie benötigen daher entweder ein Glasfasermodem und einen Router oder statt der beiden Geräte einen Glasfaserrouter. Die Geräte werden jeweils durch ein Glasfaserkabel mit der Glasfaser-Teilnehmeranschlussdose verbunden.

Wenn Sie Ihren vorhandenen Router weiter nutzen wollen, empfiehlt es sich, beim Hersteller des Routers nachzufragen, ob dies technisch möglich ist.

Einige Netzbetreiber bieten bei der Buchung des Tarifs einen Glasfaserrouter als Kauf- oder Mietgerät mit an. Sie haben aber eine gesetzlich festgelegte Routerfreiheit, das heißt, Sie können Ihre Endgeräte frei wählen.

Die Vernetzung des ganzen Hauses

Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, Ihr Zuhause leitungsgebunden oder drahtlos zu vernetzen. Der Markt für Heimnetzwerke bietet unterschiedliche technologische Lösungen an, um das Netz bis zu jedem beliebigen Ort im Gebäude zu verteilen. Das Heimnetzwerk auf Basis eines Glasfaser-Hausanschlusses funktioniert ähnlich wie bei einem Kabel-TV- oder DSL-Anschluss. Aber: Auch ein schneller Glasfaseranschluss hilft nicht, wenn Ihr Haus nicht ausreichend vernetzt ist.

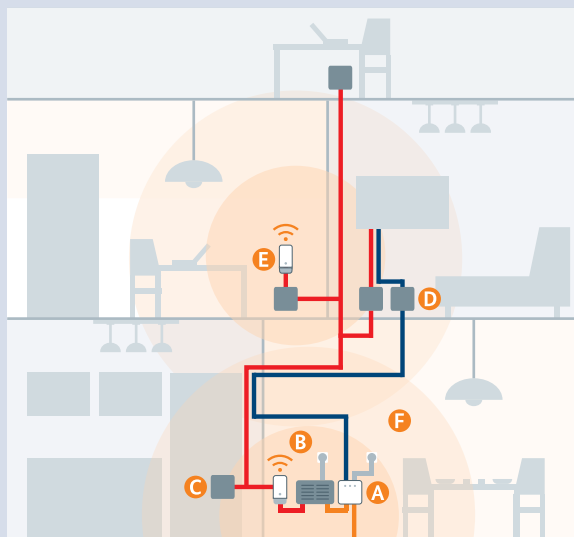
Nahezu alle heutigen Endgeräte können nur elektrische Signale empfangen. Daher müssen die optischen Signale der Glasfaser in elektrische Signale umgewandelt werden. Diese Umwandlung übernimmt ein Glasfasermodem oder ein Glasfaserrouter. Diese leiten die umgewandelten Signale entweder leitungsgebunden oder per WLAN weiter.



Optimal: die strukturierte Hausverkabelung

Für die optimale Vernetzung des ganzen Hauses bietet es sich an, alle Räume per Datenkabel anzubinden. Dazu kann jeder Raum entweder mit Netzwerkdosen oder zusätzlichen WLAN-Zugangspunkten ausgestattet werden. Diese werden an den Router oder gegebenenfalls an einen zusätzlichen Switch mit modernen Datenkabeln (CAT 7) angebunden. Über den Glasfaseranschluss kann auch das Kabel-TV-Signal übertragen und innerhalb des Hauses an das (bestehende) koaxiale TV-Netz weitergegeben werden; so lassen sich TV-Geräte anbinden.

Idealerweise nutzen Sie für die Kabelverlegung im Haus sogenannte Leerrohre. So können Sie die darin verlegten Kabel später bei Bedarf austauschen oder auch zusätzliche Kabel einziehen. In den Leerrohren können dann auch Glasfaserkabel verlegt werden. Glasfaser in jedem Raum zu haben, ist zwar technisch heute schon möglich, erfordert aber zusätzliche Geräte (optisch-elektrische Wandler). Die Verlegung und Anbindung von Glasfaserkabeln wird von Fachfirmen durchgeführt.



- | | |
|-------------------------------------|-----------------------------|
| — Datenkabel | ⓑ Glasfasermodem und Router |
| — Glasfaserkabel | ⓒ Netzwerkdose |
| — Koaxialkabel | ⓓ TV-Dose |
| ⓐ Glasfaser-Teilnehmeranschlussdose | ⓔ WLAN-Zugangspunkt |
| | ⓕ WLAN-Abdeckung |

Bestandsgebäude: Gibt es schon bestehende Leitungswege oder Leerrohre zu den jeweiligen Räumen? Gegebenenfalls können diese weitergenutzt oder nicht mehr benötigte Leitungen ausgetauscht werden. Alternativ dazu lassen sich mitunter auch Deckenabhängungen oder durch den Schornsteinfeger freigegebene Schornsteine für die Hausverkabelung nutzen.

Neubau: Denken Sie die Verkabelung in Leerrohren schon früh mit und planen Sie ausreichende Kapazitäten und Standorte für WLAN-Zugangspunkte oder Datendosen mit ein.



Der Weg zum Glasfaseranschluss kann so einfach sein!

Mit einem Glasfaseranschluss zieht die Zukunft in Ihrem Zuhause ein. Die Eigenschaften der Glasfaser sorgen heute schon für schnelles, reibungsloses und unterbrechungsfreies Arbeiten, Lernen und Entertainment im Internet – und sie werden künftig Anwendungen ermöglichen, die wir uns heute vielleicht noch nicht einmal vorstellen können.

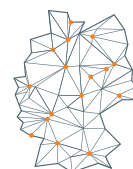
Aktuell werden vielerorts Glasfasernetze ausgebaut. Wenn das Glasfasernetz in Ihrer Region ausgebaut wird, kann Ihr Haus in der Regel mit geringem Aufwand angeschlossen werden. Bei einem nachträglichen individuellen Anschluss ist damit zu rechnen, dass der Aufwand deutlich größer ist und damit auch zusätzliche Kosten für Sie anfallen. Daher ist es wichtig, heute schon an morgen zu denken.

Mit diesem Leitfaden hat Ihnen das Gigabitbüro des Bundes einen ersten Einblick in den Ablauf des Glasfaserausbaus und der Vernetzung Ihres

Hauses gegeben. Bei Ihren regionalen Breitband- oder Gigabitbeauftragten oder dem vor Ort aktiven Netzbetreiber erhalten Sie die genauen Informationen zu Zeitpunkt, Ablauf und Kosten Ihres neuen Glasfaseranschlusses.

Scannen Sie den nebenstehenden QR-Code, um auf die Website des Gigabitbüros des Bundes zu gelangen (<https://gigabitbuero.de/so-kommt-die-glasfaser-zu-ihnen/>).

Dort finden Sie weiterführende Informationen zum Inhalt dieses Leitfadens sowie zu weiteren Themen des Glasfaserausbaus in Deutschland.



**GIGABITBÜRO
DES BUNDES**

Ein Kompetenzzentrum
des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr

Gigabitbüro des Bundes
Kapelle-Ufer 4
10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 2636 5040
Fax: +49 (0) 30 2636 5042
kontakt@gigabitbuero.de

www.gigabitbuero.de